



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Landtags- und Bezirkswahlen in Bayern:

Mehrheit für bürgerliche Koalition

Die bayerischen Bürger haben ihrem Wunsch nach politischer Kontinuität auch bei den Landtagswahlen 2023 deutlich Ausdruck verliehen. Die CSU ist mit 37 Prozent der Stimmen unangefochten die stärkste Kraft. Jedoch hat sie ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950 erzielt (2018: 37,2 Prozent). Wie schon vor fünf Jahren strebt die Christlich Soziale Union erneut eine Koalition mit den Freien Wählern an, die ihr Ergebnis von 11,6 Prozent auf nun 15,8 Prozent deutlich verbessern konnten und damit zweitstärkste Kraft sind.

Auf dem dritten Platz rangiert die AfD mit 14,6 Prozent (2018: 10,2 Prozent) und liegt damit knapp vor den Grünen mit 14,4 Prozent (17,6 Prozent). Die SPD landete bei 8,4 Prozent (9,7 Prozent). Den Einzug in das Maximilianeum nicht mehr geschafft hat hingegen die FDP mit einem Stimmenanteil von 3,0 Prozent (5,1 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag bei 73,3 Prozent.

Plus für die einen, Federn lassen für die anderen

Auch bei den Bezirkswahlen holte die CSU nach den derzeit vorliegenden (Zwischen-)Ergebnissen die meisten Stimmen, musste aber in Niederbayern und der Oberpfalz Einbußen hinnehmen. Kräftig zu legten Freie Wähler und AfD, während SPD und Grüne teils erheblich Federn lassen mussten.

In Oberbayern votierten für die CSU 34,5 Prozent der Wähler – ein Plus von 3,4 Prozentpunkten im Vergleich zu 2018. Die Freien Wähler gewannen 7 Prozentpunkte hinzu und kamen auf 19 Prozent. Drittstärkste Kraft wurden die Grünen mit 14,2 Prozent (minus 7,2 Punkte) vor der AfD mit 12,7 Prozent (plus 4,2 Punkte). Die SPD vereinte 7,3 Prozent der Stimmen auf sich (minus 2,3 Punkte). Die Wahlbeteiligung lag bei 75,3 Prozent.

Aiwanger-Bonus in Niederbayern

In Niederbayern kam die CSU auf 34,9 Prozent der Stimmen – ein Minus von 4,1 Prozent ge-

genüber 2018. Die Freien Wähler wurden mit 23,8 Prozent zweitstärkste Kraft (plus 7,4 Prozent), gefolgt von der AfD mit 18,5 Prozent (plus 5,6 Prozent). Die Grünen kamen auf 6,8 Prozent (2018: 9,7 Prozent). Die SPD landete bei 6,5 Prozent – ein Minus von 1,5 Prozent gegenüber 2018. Wahlbeteiligung: 73,3 Prozent.

Große Unterschiede in einzelnen Regionen

In der Oberpfalz verlor die CSU mit 36,8 Prozent geringfügig gegenüber 2018 (37,5 Prozent). Das zweitbeste Ergebnis erreichten die Freien Wähler mit 20,7 Prozent (plus 3,1 Punkte). Die AfD landete bei 17,3 Prozent (plus 5,3 Punkte) und damit deutlich vor den Grünen (9,0



Wahlnacht im Bayerischen Landtag. Im Bild v.l.: Florian von Brunn, SPD, Katharina Schulze, Grüne, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, CSU, die beiden BR-Moderatoren Achim Wendler und Birgit Kappel, stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger, FW und für die AfD Katrin Ebner-Steiner.

Prozent – minus 2,6 Punkte). Die SPD büßte 1,9 Punkte ein und erreichte 7,4 Prozent. Wahlbeteiligung: 74,6 Prozent.

Treueste CSU-Wähler in Unterfranken

In Mittelfranken vereinte die CSU 34,4 Prozent der Stimmen auf sich und gewann damit 1,4 Punkte hinzu. Mit einem Zuwachs von 5,7 Punkten gegenüber 2018 erzielten die Freien Wähler 16,4 Prozent der Stimmen. Die Grünen erreichten 14,4 Prozent (minus 3,7 Punkte) und lagen damit hauchdünn vor der AfD mit 14,3 Prozent (plus 4,5 Punkte). Für die SPD votierten 10,4 Prozent (2018: 13,2 Prozent). Wahlbeteiligung: 74,5 Prozent.

Mit 40,3 Prozent erzielte die CSU in Unterfranken um 2,7 Pro-

zentpunkte mehr als 2018. Die AfD kam auf 15,3 Prozent (plus 5,7 Punkte), für die Freien Wähler stimmten 13,8 Prozent (plus 1,3 Punkte), während die Grünen 12,8 Prozent – ein Minus von 3,1 Punkten – verbuchten. 10 Prozent der Stimmen erreichte schließlich die SPD (minus 0,4 Punkte). Wahlbeteiligung: 74,3 Prozent.

Endergebnisse bei den Bezirksregierungen

Die Ergebnisse der Bezirkswahlen aus Oberfranken und Schwaben lagen bei Redaktionschluss noch nicht vor und werden in der GZ-Ausgabe 20 veröffentlicht. Weitere Informationen und Aktualisierungen sind den Internetseiten der Bezirksregierungen zu entnehmen. **DK**

Präsidium des Deutschen Landkreistags:

Vertrauen nicht verspielen

Der Zuzug von Geflüchteten sowie die beabsichtigten Reformen der Krankenhausstrukturen und des Rettungsdienstes standen im Mittelpunkt der jüngsten Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Westerwaldkreis. Wie DLT-Präsident Reinhard Sager betonte, „können die Landkreise allein die reine Unterbringung Geflüchteter kaum mehr bewältigen. An Integration ist erst recht nicht mehr zu denken.“

In vielen Landkreisen würden Notunterkünfte wie Zelte und Turnhallen genutzt, sämtliche verfügbaren leerstehenden Heime oder Hotels seien angemietet worden, so der DLT-Präsident. „Das wird gesellschaftlich zu einem immer größeren Problem. Die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern lässt sich nicht sichern, wenn die Bundesregierung nicht endlich konsequent die Zuwanderung deutlich begrenzt und besser ordnet.“

Weiterverteilung nur bei Bleibeperspektive

Wichtig sei darüber hinaus, dass die Bundesländer nur Menschen auf die Kommunen weiterverteilen, die eine Bleibeperspektive haben. Vor Ort wachse das Unverständnis, weil es nicht ausreichend Kapazitäten gibt. „Eine aussichtsreiche Integration mit Kita- und Schulplätzen, Sprachkursen, Weiterbildung, Qualifizierung und Aufnahme einer Erwerbsarbeit ist in einer derart prekären Gesamtsituation nicht möglich. Auf diese Weise türmen sich riesige Integrationsnotwendigkeiten auf, die nur schwerlich bewältigt werden können. Wir schaffen an dieser Stelle riesige Zukunftslasten.“

Europäischer Ansatz

Jetzt müsse es darum gehen, auf der EU-Ebene einen entscheidenden Schritt weiterzukommen, fuhr Sager fort: „Wir brauchen einen generellen europäischen Ansatz, um den Zuzug zu steuern. Deutschland darf deshalb nicht wie aktuell weiter auf der Bremse stehen, wir brauchen den Asylkompromiss. Dazu müssen sich das EU-Parlament, die europäischen Regierungen und die EU-Kommission rasch einigen.“

National müsse zudem ein wirksamer Grenzschutz gewähr-

leistet werden. „Es ist richtig und lange überfällig, an den Grenzen zu Tschechien und Polen auch stationäre Kontrollen durchzuführen. Auch müssen wir die Personen zurückführen, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Dazu braucht es auch eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten einschließlich der Maghreb-Staaten und der Türkei.“

Rückführung

Vor diesem Hintergrund sei es zu begrüßen, dass die Bundesinnenministerin Vorschläge zur Verbesserung der Rückführung gemacht und dabei auch Änderungswünsche der Kreisaußenländerbehörden aufgegriffen habe. „Die Verlängerung der Höchst-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Pflegetag in Berlin:

Bausteine für eine krisenfeste Versorgung

Übertragung von Heilkundetätigkeiten, bessere Bildung und Arbeitsbedingungen sowie politische Mitbestimmung fordert der Deutsche Pflegetag e.V. für die Pflege. Eine aktuelle forsa-Umfrage zum Thema Pflege im Auftrag des Bosch Health Campus stützt die Positionen, wie Präsidentin Christine Vogler beim Deutschen Pflegetag in Berlin deutlich machte: „Seit vielen Jahren richten wir uns wieder und wieder mit Forderungen an die Bundesregierung und zeigen den Handlungsbedarf auf, um die Pflege zukunftssicher zu machen. Und diese Forderungen sind begründet – durch nationale und internationale Studien, durch Beispiele aus anderen Ländern und mit sorgenvollem Blick auf die demografische Situation.“

Vor über 3.500 Teilnehmern forderte Vogler, das Potenzial der beruflich Pflegenden zu nutzen, um die Pflege- und Gesundheitsversorgung zu sichern. Dies sei der wesentliche Baustein für eine nachhaltige und krisenfeste Versorgung. „Die Fachkräftesicherung in der Pflege ist der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit für unsere Demokratie. Die gesellschaftliche Haltung zum Thema Pflege muss sich entscheidend ändern.“

Bessere Rahmenbedingungen

Wichtige Punkte blieben weiterhin die Bezahlung sowie bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Vogler plädierte für eine Anhebung des Einstiegsgehalts von 4.000 bis 4.500 Euro für Fachkräfte. In der

Bevölkerung befürworten laut forsa-Umfrage 91 Prozent eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals und 79 Prozent eine Festlegung verbindlicher Personalbemessungsgrenzen.

Berufsrückkehrer gewinnen

„Durch eine solche Verbesserung der Arbeitsbedingungen lassen sich Berufsrückkehrer gewinnen und Teilzeitarbeit überbehalten, ihre Stundenzahl auszuweiten“, zeigte sich die Präsidentin überzeugt. Auch Pflegefachpersonen aus dem Ausland müssten verstärkt in den Blick genommen werden. Sie benötigten eine nachhaltige Begleitung und weniger bürokratische Hürden im Anerkennungsverfahren.

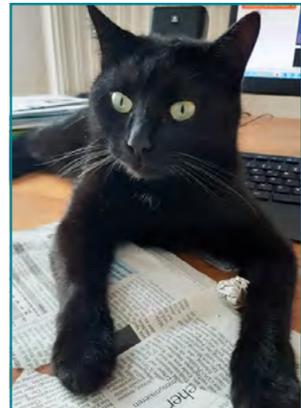
Die Ergebnisse der forsa-Umfrage zeigten zudem, dass die

Bevölkerung – zumindest bislang – Zweifel an einer gelungenen Umsetzung dieser Aspekte hat: 92 Prozent der Befragten vertrauen nicht darauf, dass die Politik in Zukunft eine qualitativ hochwertige und bezahlbare pflegerische Versorgung für alle Bürger sicherstellt. Nur sieben Prozent stimmen der Aussage zu, dass die Politik für die Aufgaben der pflegerischen Versorgung vorbereitet ist.

Befugnisse ausweiten

Außerdem schlug Vogler vor, die Befugnisse für Pflegefachkräfte auszuweiten, um ihren Beruf etwa bei der pflegerischen Diagnostik, Therapie und Betreuung souverän ausüben zu können. Die Übertragung von Heilkundetätigkeiten sei dabei unerlässlich und in anderen Ländern schon lange selbstverständlich. „Wir müssen moderne und versorgungsrelevante neue Berufsbilder wie die Community Health Nurse oder die Schulgesundheitspflege einführen. So schaffen wir Perspektiven, mit denen wir Pflegefachpersonen im Beruf und in Deutschland halten können.“

Darüber hinaus brauche es durchlässige und bundesweit gültige Pflegebildungsstrukturen. Es komme auf gute Bil-



Ob wirklich alles Mist wäre, fragt sich Pino, der Rathauskater, bei der Rede unseres Bundespräsidenten zum Nationalfeiertag. Oder verkommt der 3. Oktober zum Nationaljammertag? Aber schon Bundeskanzler Helmut Kohl wusste, dass die Deutschen „auf sehr unsympathische Weise Weltmeister im Jammern“ sind. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Jubiläum 25 Jahre Tag der Regionen	2
SGK: Positionen zur Krankenhausstrukturreform	2
Termine GZ-Akademie	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Erfolgreiche Flüchtlingspolitik braucht klare Regeln	3
BKPV-Geschäftsbericht 2022	3
Bayern startet Mission Kernfusion	4
Kommunale Bauthemen.	5-8
Kommunale Umweltthemen.	9-11
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau.	11-13
Aus den bayerischen Kommunen.	14-16

Jubiläum 25 Jahre Tag der Regionen:

Rekordzahlen zum Jubiläum

Erstmals mit rund 1.200 Aktionen und 16 Schirmherrschaften aus dem Bundesministerium und 15 Landesministerien wirbt der Tag der Regionen für die Stärken von Regionalität

Feuchtwangen/Borgentreich. Was für ein Jubiläum! Seit 1999 engagieren sich in ganz Deutschland Menschen zum Tag der Regionen und präsentieren ihre regionalen Köstlichkeiten, Fertigkeiten und Besonderheiten.

In diesem Jahr mit rund 1.200 Veranstaltungen mit mehr Aktionen als bisher in der 25-jährigen Geschichte. 25 Jahre – in denen der Tag der Regionen viel erreicht hat: Verständnis und Aufmerksamkeit für Regionalität sowohl in der Gesellschaft als auch bei den politischen Entscheidungsträgern. Sie spiegeln sich in Kooperationen und Zusammenarbeit mit vielen anderen Organisationen und der Unterstützung auf ministerieller Ebene durch 16 Schirmherrschaften wider. Dennoch ist die Arbeit des Tags der Regionen heute wichtiger denn je. Denn die Regiobranche ächzt und braucht dringend Rückenwind. Landwirtschaft und Lebensmittelhandwerk befinden sich in tiefen Krisen – der Tag der Regionen kann dort Vertrauen für regionale und transparente Kreisläufe stiften, wo sie hingehören – in die Mitte der Gesellschaft.

Regionalität schafft Identität

Produzentinnen und Produzenten regionaler Produkte stecken in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite sollen sie dem Wunsch nach hochwertigen regionalen Lebensmitteln gerecht werden, auf der anderen Seite müssen sie steigende Produktions- und Lohnkosten abfedern und sehen sich außerdem nach wie vor der Marktmacht des Lebensmittelhandels und überbordender Bürokratie ausgeliefert. Es ist die Leidenschaft und das Wissen, das es um mehr geht, als nur um regional produzieren und einkaufen, die täglich motiviert. Es geht um gute und verfügbare Lebensmittel, es geht um Landschaftspflege, die es auch für den Tourismus braucht, es geht um Umwelt- und Naturschutz, es geht um regionale Arbeitsplätze – und um Vieles mehr.

Cem Özdemir, Bundesminister

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Stiglmayr
94167 Tettenweis
am 19.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Josef Niederraier
83646 Bad Tölz
am 14.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Ziegler
97483 Eltmann
am 17.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerhard Poschinger
94157 Perlesreut
am 19.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Blatt
85253 Erdweg
am 17.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stephan Schlier
83043 Bad Aibling
am 14.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

ter für Ernährung und Landwirtschaft, ist Bundes-Schirmherr für den Tag der Regionen. Er betont in seinem Grußwort: „In der Kraft unserer ländlichen Räume liegt unsere Zukunft: Mittelständische Industrien und Handwerk, regionale Wirtschaft und angewandte Wissenschaft, Erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe, Wasser und Wälder, Ackerböden und Artenvielfalt. Hier entscheidet sich, ob wir auf neuen Wegen und mit guten Ideen unseren Wohlstand bewahren.“

Keimzellen des Wohlstands

Dessen ist sich auch der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Werner Schwarz bewusst: „Die regionale Wertschöpfung ist der Schlüssel, um die ländlichen Räume auch in Zukunft attraktiv zu gestalten.“ Thorsten Glauber, bayerischer Staatsminister für Umwelt- und Verbraucherschutz konstatiert, „dass Regionen die Keimzellen unseres Wohlstandes und der Startpunkt zahlloser Innovationen sind“. Er führt weiter über die Regionen aus: „In ihnen liegt auch der Schlüssel für die gewaltigen Aufgaben, vor denen wir im Umwelt- und Klimaschutz stehen.“

Ähnlich beschreibt es auch Dr. Till Backhaus, Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt in Mecklenburg-Vorpommern: „Regionale Wirtschaftskreisläufe werden gerade in Zeiten des Klimawandels immer wichtiger, sie sind der Schlüssel für die Lösung vieler Probleme.“ Thomas Schmidt, sächsischer Staatsminister für Regionalentwicklung, bekräftigt:

Klausurtagung des SGK-Bundesvorstands:

Positionen zur Krankenhausstrukturreform

Der Vorstand der Bundes-SGK hat anlässlich seiner Klausurtagung in Braunschweig ein Positionspapier mit Anforderungen an eine Krankenhausstrukturreform aus kommunaler Sicht beschlossen. Grundsätzlich wird das Vorhaben von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zur geplanten Krankenhausreform begrüßt. In enger Abstimmung mit Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie Vertretern der Länder sei ein entsprechendes Eckpunktepapier vorgelegt worden, das als Grundlage für das Gesetzgebungsverfahren dienen soll.

Vor diesem Hintergrund stellt die Bundes-SGK folgende Forderungen:

1. Die vollständige Umsetzung dieser Reform wird Jahre dauern. Mit Blick auf die aktuelle Lage, in denen sich die Krankenhäuser befinden, ist es daher erforderlich, dass noch in diesem Jahr eine wirksame Lösung gefunden wird, die die stark gestiegenen Personal- und Sachkosten zeitnah kompensieren kann.
2. Die in der Reform vorgesehenen Vorhaltepauschalen sind ausdrücklich zu begrüßen. Die Krankenhäuser können so Ihrem Versorgungsauftrag gegenüber den Patientinnen und Patienten besser nachkommen. Jedoch darf das bisherige Finanzvolumen nicht nur von den Fall- zu den Vorhaltepauschalen verschoben werden. Es muss langfristig und dauerhaft mehr Geld ins Gesundheitssystem fließen.
3. Um die geplante Qualitätssteigerung für Patientinnen und Patienten zu gewährleisten, sollte eine konsequente Umsetzung der Reformansätze durch deutliche Begrenzung der Leistungs-

„Vor allem die klein- und mittelständischen Unternehmen aus Handwerk, Tourismus oder auch der Lebensmittelbranche bilden das Fundament unserer bodenständigen Wirtschaft.“

Lebensmittel aus der Heimat

Für Petra Berg, saarländische Ministerin für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar- und Verbraucherschutz, bedeutet Regionalität: Wohnortnahe Jobs, Versorgung vor Ort und Lebensmittel aus der Heimat. Für Katrin Eder, Klimaschutzministerin aus Rheinland-Pfalz, bedeutet Regionalität die zukunftsfähige Gestaltung unserer Heimat.

Axel Vogel, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg, bestätigt dies: „Wir müssen reden über Resilienz, wir müssen uns Gedanken darüber machen, dass die Lieferketten, die sich über Jahre hinweg aufgebaut haben und immer stärker vernetzt sind, eben auch besonders verletzlich sind.“

Neu denken und handeln

„Wenn wir auf Dauer die Produkte unserer Heimat genießen wollen, müssen wir neu denken und entsprechend handeln.“, weiß auch Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen. Dr. Felor Badenberg, Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz, weist darauf hin, dass es beim Handeln nicht alleine gehe, sondern zusammen gearbeitet werden müsse: „Die Herausforderungen unserer Zeit kennen keine Landesgrenzen und lassen sich auch nicht getrennt lösen.“

Zum diesjährigen Motto des Tag der Regionen „...wurzeln in einer globalisierten Welt“ steht

für Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen fest, dass jeder gefragt ist, um die Wurzeln zu bewahren.

Dem schließt sich auch Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Hessen, an: „Schließlich lässt sich die Bedeutung von regionaler Lebensmittelerzeugung und -vermarktung gar nicht hoch genug einschätzen, aus ökologischer und aus ökonomischer Sicht.“ Auch Peter Hauk, baden-württembergischer Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, ruft dazu auf, aktiv am Tag der Regionen teilzunehmen.

Bernhard Stengele, Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz des Landes Thüringen, bekräftigt: „Jede und Jeder von uns kann Teil dieser attraktiveren kleineren Kreisläufe sein, daran erinnern die vielfältigen Aktionen zum Tag der Regionen.“ „Dank dieser wunderbaren Initiative lassen sich Handwerk, Kultur und all die anderen wertvollen Besonderheiten unserer Heimat entdecken“ konstatiert auch Prof. Dr. Armin Willingmann, Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, und gratuliert zum 25-jährigen Jubiläum.

Fundament belastbarer Daseinsvorsorge

Der Tag der Regionen steht für die Wertschätzung all der regionalen Leistungen, die wir genießen, weiß Dr. Melanie Oertel, Projektleiterin des Tag der Regionen. „Der Regionalgedanke ist die Sicherheitsarchitektur in einer globalisierten Welt – Nachversorgungsregionen sind die Elemente dieser Sicherheitsarchitektur, die die Basis einer lebendigen Stadt-Land-Beziehung sowie das Fundament belastbarer Daseinsvorsorge sein kann“, ist sich Heiner Sindel, seit 25 Jahren Sprecher des Tag der Regionen sicher.

aufwändige Überprüfungen sind perspektivisch verzichtbar. Denn während heute durch einen hohen Aufwand jede einzelne Leistung im Krankenhaus dokumentiert werden muss, soll zukünftig durch die Strukturprüfungen der Qualitätsvorgaben der Leistungsgruppen auf komplexe Einzeldokumentationen verzichtet werden.

7. Zur Gewinnung von Fachkräften und zur Vermeidung von Berufswechsellern und -abbrüchen muss die Attraktivität der Arbeitsplätze im Gesundheitswesen gesteigert werden. Vor allem die Länder müssen die Ausbildungskapazitäten erhöhen, um mehr Fachpersonal zu gewinnen.
8. Die Bundes SGK fordert neue Ansätze integrierter Versorgungsformen, wie lokale Gesundheitszentren und Gesundheitskioske, zügig umzusetzen und deren Finanzierung sicherzustellen. Einrichtungen, die patientenorientierte und sektorenübergreifende Versorgungsansätze verfolgen, indem sie auf lokaler Ebene niedrigschwellige Angebote der medizinischen und pflegerischen Primärversorgung, Prävention und Gesundheitsförderung mit sozialer Betreuung vernetzen, können einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsversorgung in ländlichen und sozial benachteiligten städtischen Regionen leisten.

Auf der Agenda der Klausurta-

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Social Media für Kommunen

16. November 2023, 10:00 – 12:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Krisenprävention

12. Dezember 2023, 14:00 – 16:30 Uhr

Keine Kommune kommt ohne Krisen aus. Krisen müssen aber nicht in Katastrophen führen. Wie sind Krisen aufgebaut und was kann man im Vorfeld tun, um sich bestmöglich vorzubereiten? Das Seminar zeigt Modelle und Vorgehensweisen und lässt Lösungen aufscheinen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf:

Wir wollen Fachkräfte gewinnen und Betreuungsplätze schaffen

„Mir ist der stetig wachsende Bedarf an qualifiziertem pädagogischem Personal und an Betreuungsplätzen für unsere Kinder bewusst. Wir handeln entschlossen, um Fachkräfte zu gewinnen und mit der hohen Qualität in unseren Kindertageseinrichtungen zu verbinden“, betonte Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf zur aktuellen Kita-Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft.

Die Ergebnisse zum Betreuungsbedarf decken sich mit der von Scharf in Auftrag gegebenen Studie des Staatsinstituts für Frühpädagogik und Medienkompetenz. „Mit unseren Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und zum Platzausbau haben wir die Segel richtig gesetzt! Der Freistaat beschreitet damit kraftvoll neue Wege mit der Verknüpfung aus Bewährtem und Innovationen. Bayerns Familien können auf eine verlässliche Kinderbetreuung vertrauen. Bis zum Ende des Jahrzehnts schaffen wir ausreichend Betreuungsplätze für unsere Kinder und stellen eine hochwertige pädagogische Betreuung durch qualifiziertes Personal in unseren Kitas sicher. Ich will noch mehr Menschen für den sinnstiften-

den Beruf in einer Kita begeistern. Die Beschäftigten arbeiten dort täglich mit viel Herzblut, Engagement und pädagogischer Fachkenntnis zum Wohle unserer Kinder. Mit unserem ‚Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung‘ bieten wir weitere Qualifikationswege für den Quer- und Neueinstieg ergänzend zur klassischen Erzieher- und Kinderpflegeausbildung. Ein Arbeitsplatz in der Kita ist berufliche Perspektive mit Zukunft.“

Die Ministerin erklärte dass es ihr wichtig sei, die Pädagoginnen und Pädagogen bestmöglich zu unterstützen. Ab 2024 wird die Zahl der staatlich geförderten Teamkräfte von rund 6.000 auf rund 12.000 verdoppelt. Mit Hilfe des Personalbonus solle gezielt das pädagogische Personal entlastet werden.

„Mit Hilfe der im Herbst 2022 auf den Weg gebrachten zusätzlichen Fördererleichterungen bei der ‚Mini-Kita‘, der Großtagespflege sowie zur Schaffung von Einstiegsgruppen haben Kommunen die Chance unkompliziert neue Betreuungsplätze zu schaffen. An der hohen Qualität im Regelbetrieb ändern diese Maßnahmen nichts“, berichtete die Ministerin weiter.

Die Gewinnung von Fachkräften und Schaffung von Betreuungsplätzen bedürfe der gemeinsamen Kraftanstrengung von Kommunen und freien Trägern, die sich wiederum der Unterstützung durch den Freistaat gewiss sein dürfen. Es brauche aber einen Schulterchluss. „Nur gemeinsam können wir den familien-, sozial- und integrationspolitischen Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden“, so Scharf.

In den 10.600 Kitas in Bayern arbeiten mittlerweile über 114.000 Beschäftigte: Die Zahl der in Kitas tätigen Fach- und Ergänzungskräfte ist von rund 63.900 Kräften im Jahr 2011 auf rund 114.000 im Jahr 2022 gestiegen. In der laufenden Legislaturperiode wurden über 80.000 Betreuungsplätze – 73.500 neue Kita-Plätze für unter Sechsjährige und rund 9.000 Hortplätze für Kinder im Grundschulalter – auf den Weg gebracht. Zusätzlich zu dem neuen „Gesamtkonzept für die berufliche Weiterbildung“ wurde die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zum Schuljahr 2021/2022 modernisiert und von fünf auf vier bzw. drei Jahre verkürzt.

Der Zuständigkeitswechsel hätte die Unterstützung der ca. 700.000 betroffenen Jugendlichen bei der Ausbildungssuche und der Arbeitsvermittlung aus einer Hand aufgelöst, es wären neue Schnittstellen zwischen Jobcenter und Arbeitsagentur geschaffen und die Abläufe zu Lasten der Jugendlichen vereinfacht worden. „Jugendliche brauchen bewährte und erfolgreiche aufsuchende Hilfen aus einer Hand“, stellte Kornblum fest.

DK

BKPV-Geschäftsbericht 2022:

Von Lieferengpässen bis Bodenaushub

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2022 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben einem Organisationsmodell und Musterstellenplan für kreisangehörige Gemeinden mit 20.000 Einwohnern, dem elektronischen Signatur- und Anordnungsworkflow, und dem Umgang mit Forderungen von Vertragspartnern nach § 313 BGB anlässlich Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg stehen die Themen „Umgang mit Preissteigerungen und Lieferengpässen bei Baumaterialien“, „Hinweise und Empfehlungen zum sachgerechten Umgang mit (kontaminiertem) Bodenaushub“, „Neue Verfügungen zur Umsatzsteuerbarkeit interkommunaler Zusammenarbeit“ und „Reformbedarf beim Kapitalertragsteuerabzug“ auf der Agenda.

In seinem Geschäftsbericht stellt der BKPV zunächst ein Organisationsmodell für eine Musterkommune mit ca. 20.000 Einwohnern vor, das den Rahmen für eine Aufbauorganisation nach organisatorischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufzeigt. Ziel des Modells ist es, den Mitgliedern eine Basis für die Entwicklung einer „effizienten“ Organisationsstruktur anzubieten. Grundsätzlich wird eine viergliedrige Verwaltung empfohlen. Unterhalb des ersten Bürgermeisters sollten die Fachbereiche Zentrale Steuerung und Dienste, Bürgerdienstleistungen und Ordnungswesen, Finanzen, sowie Planen und Bauen, Umwelt- und Klimaschutz gebildet werden. Die Fachbereiche 1, 2 und 4 seien weiter in Sachgebiete zu untergliedern.

Örtliche Bedürfnisse berücksichtigen

Die vom rechtlichen Rahmen vorgegebene und im Spielraum der kommunalen Selbstverwaltung gewünschte Ausrichtung sowie das daraus abgeleitete Produktportfolio mit den damit verbundenen Auswirkungen auf Personal und Steuerung müssen nach Angaben des Prüfungsverbands auf die örtlichen Bedürfnisse zugeschnitten und die Organisationsstruktur jeweils entsprechend angepasst werden (sog. Customizing). Für die Musterkommune wird neben der Aufbauorganisation ein typisches Aufgabenportfolio dargestellt. Dieses wurde nach

organisatorischen Grundsätzen auf einzelne Musterstellen verteilt. Anschließend wurden die Stellen nach den tariflichen Eingruppierungsvorschriften bewertet. Damit wurde ein fiktiver Stellenplanvorschlag erarbeitet. Ziel der Musterstellenpläne ist es, Hinweise zur Bewertung typischer Aufgaben und Funktionen nach den aktuellen Eingruppierungsregelungen des TVöD zu geben.

Tipps aus der Beratungspraxis

Mit einem weiteren Beitrag gibt der BKPV Hinweise aus seiner Beratungspraxis zu den Erlassen und Rundschreiben der zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene bzw. den darauf abstellenden Empfehlungen für bayerische kommunale Auftraggeber zum Umgang mit Preissteigerungen und Lieferengpässen bei Bau- und Betriebsstoffen als Folge insbesondere des Ukraine-Krieges.

Für bestimmte Produktgruppen wie etwa Stahl, Aluminium, Kupfer, Erdöl- und Zementprodukte, Holz oder Gusseisenrohre, wurden im Rahmen der Empfehlungen Sonderregelungen eingeführt, u.a. zur Anwendbarkeit der Stoffpreisgleitklausel bei neuen und laufenden Vergabeverfahren. In diesem Zusammenhang verweisen der Freistaat Bayern und die Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände auf die vom Staatlichen Bauamt Bamberg entwickelte Excel-basierte Arbeits- und Berechnungshilfe. Das StMI empfiehlt den bayerischen kom-

munalen Auftraggebern die Anwendung dieser im Internet frei erhältlichen Arbeitshilfe. Vom StMB wird allen Baubeteiligten, auch beauftragten Dritten (z.B. Architektur- oder Ingenieurbüros), die Anwendung der Arbeitshilfe auch aus Gründen der Vereinheitlichung nahegelegt. Der Umgang mit der Stoffpreisgleitklausel insbesondere im Rahmen der Ausschreibung und Vergabe sowie die Abrechnung von Bauleistungen gehört laut BKPV grundsätzlich zu den Grundleistungen der beauftragten Büros.

Möglichst hochwertige Verwertung

Mit Blick auf den sachgerechten Umgang mit (kontaminiertem) Bodenaushub heißt es: „Der bei den kommunalen Bauvorhaben anfallende Bodenaushub ist rechtlich oftmals als Abfall einzustufen. Dies gilt unabhängig davon, ob der Boden mit Schadstoffen belastet ist oder nicht. Entscheidend ist vielmehr, ob sich der Bauherr seiner entledigen will oder muss. Die Vermeidung von abzuführendem Bodenaushub sollte daher sowohl bei der Planung als auch bei der Ausführung stets oberste Priorität haben. Ist es nicht möglich, Bodenaushub zu vermeiden oder diesen an Ort und Stelle wiederzuverwenden, muss dieser als Abfall einer möglichst hochwertigen Verwertung zugeführt werden.“

Der derzeit in den weit überwiegenden Fällen praktizierten Praxis der Verfüllung des Bodenmaterials in Gruben, Brüchen oder Tagebauen stehe eine Vielzahl an alternativen Verwertungswegen gegenüber. Diese seien in der Regel nicht nur ökologisch sinnvoller, sondern auch wirtschaftlich günstiger, weil der Bodenaushub hier meist einen ansonsten aufwändig zu gewinnenden Primärbaustoff ersetzen kann.

Wirtschaftliche Verwertung

Die Beseitigung von Bodenaushub auf einer Deponie oder Sonderabfallbehandlungsanlage komme grundsätzlich erst dann in Frage, wenn eine Verwertung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar ist. Sie sollte stets die Ultima Ratio bleiben. „Vielfach fehlt es wegen mangelnder Fachkunde des Bauherrn und der Planungsbüros sowie des fehlenden Interesses der beauftragten Baufirmen an einer wirtschaftlicheren Lösung an der Ermittlung und Nutzung vorhandener Möglichkeiten zur Vermeidung und hochwertigen Verwertung des Bodenaushubs.“

Auch die politischen Gremien interessieren sich häufig eher für rein ästhetische Fragen, z.B. welche Farbe die Fassade des neuen Kindergartens haben sollte, als für das Thema, wie mit dem erforderlichen Bodenaushub umzugehen ist, stellt der Prüfungsverband fest. Nicht bewusst sei dabei häufig, dass die Erdarbeiten einen wesentlichen finanziellen Anteil auch bei Neubau-Hochbaumaßnahmen haben und hier bei ungenauer Planung und ungeschicktem Vorgehen erhebliche Kostenrisiken schlummern. „Öffentliche Auftraggeber sollten das Thema Bodenaushub auch aus Umweltschutz-Gesichtspunkten stärker als bisher im Fokus haben“, rät der BKPV.

Gezieltes Bodenmanagement

Kommunen sähen sich häufig mit unvorhergesehenen Kostensteigerungen bei der Entsorgung von Bodenaushub konfrontiert. „Unsere Erfahrungen aus der Prüfungs- und Beratungspraxis zeigen, dass durch ein gezieltes Bodenmanagement mit

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Monaten ist es eines der dominantesten Themen in den bayerischen Kommunen, seit Monaten weisen Kommunalpolitiker aller Parteien darauf hin, seit Monaten wirkt die Bundesregierung hilflos. Die Migrationskrise ist mit voller Wucht zurück und Berlin schaut tatenlos zu, statt zu handeln und das zu Lasten der Menschen vor Ort.

Die bayerischen Kommunen waren und sind bereit zu helfen, bei der Unterbringung der Flüchtlinge, der Versorgung der Familien und der erfolgreichen Integration vor Ort. Doch seit Monaten sind die Unterbringungs- und Versorgungskapazitäten in den Landkreisen ausgeschöpft. Die Notunterkünfte sind überfüllt, die ausgezahlten Sozialleistungen sind im Vergleich zu anderen Ländern



Ort lösen. Es braucht klare Entscheidungen und verstärkte Unterstützung aus Berlin und Europa. Dazu gehört eine geregelte Migrationspolitik, die den illegalen Zuzug stoppt und den Menschen hilft, die unsere Hilfe wirklich benötigen.

Es braucht mehr finanzielle Mittel für die Integration statt einer geplanten Integrationsmittelkürzung der Bundesregierung und es braucht ernsthaften Handlungswillen. Ein Flüchtlingsgipfel nach dem anderen bleibt ergebnislos und die Appelle der Kommunalen Spitzenverbände werden nicht gehört. Die Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung in der Flüchtlingsfrage ist offensichtlich und geht zu Lasten der Kommunen und der Hilfsbereitschaft vor Ort. Davon profitieren aktuell nur die politischen Ränder. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten gerade in Krisenzeiten und bei ihren Brennpunkthemen einen starken und durchsetzungsfähigen Staat.

Für die KPV ist klar: Wir brauchen einen klaren Kurs bei der Asyl- und Flüchtlingsfrage und einen gemeinsamen Kraftakt von Freistaat, Bundesregierung und Europa um das Ruder bei der Migration noch herumzureißen und ein geordnetes und gesteuertes System zu etablieren. Wir als KPV stehen hier fest an der Seite unserer bayerischen Kommunen und den Positionen der Kommunalen Spitzenverbände. Die Kommunen dürfen nicht zum Ausfallbürgen für die Uneinigkeit in Berlin und Brüssel werden.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Erfolgreiche Flüchtlingspolitik braucht klare Regeln

sehr hoch, und die Kindergärten und Schulen an der Kapazitätsgrenze. An eine geordnete Integration vor Ort ist kaum mehr zu denken.

Die bayerischen Kommunen haben aktuell wieder einmal mehr gezeigt, dass sie wahre Krisenmanager sind. Doch sie können, trotz aller lokaler Bemühungen, die Migrationskrise nicht vor

konkreten Maßnahmen zur Ausbubvermeidung in Kombination mit hinreichenden Lagerflächen zur Behebung des Kostenrisiko deutlich reduziert und ein sachgerechter Umgang mit Bodenaushub sichergestellt werden kann.“ Die Einrichtung eines dauerhaften eigenen Lagerplatzes, auf dem der bei Baumaßnahmen (nicht zu vermeidende) angefallene Bauaushub gelagert und beprobt werden kann, werde teilweise bereits erfolgreich praktiziert und könnte ein Zukunftsmodell sein, um nachhaltig, wirtschaftlich und umweltbewusst mit Bodenaushub umzugehen. „Größere Kommunen könnten einen solchen Lagerplatz allein betreiben, anzudenken wären aber auch der gemeinsame Betrieb und die Nutzung eines solchen Lagerplatzes durch mehrere Kommunen.“

Steuerfalle Kapitalertragsteuer

Stichwort Kapitalertragsteuerabzug: Die Regelung in § 27 Abs. 5 Satz 2 KStG „Nicht in das Nennkapital geleistete Einlagen“ geht laut BKPV über die sinnvolle Zielsetzung hinaus. Sie könne schlimmstenfalls wie eine Steuerfalle wirken. Eine Modifizierung wäre angezeigt.

Kritisch wäre etwa, wenn bei einer Betriebsprüfung ein Verlust erhöht werden soll und damit im Ergebnis eine zu niedrige Bescheinigung vorläge. Eine solche Verlusterhöhung könnte zum Beispiel dadurch zustande kommen, dass erfolgswirksam gebuchte Zahlungen des Gesellschafters/ Hoheitsbereichs von der Betriebsprüfung als Zuführung in die Kapitalrücklage und damit erfolgneutral gewertet würden.

Gesetzgeberischer Reformbedarf

Die Besteuerung von Verlustbetrieben in Form von Kapitalertragsteuer könne sich letztlich negativ auf die Leistungsfähigkeit der Betriebe und damit ihrer Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger auswirken. „Wir sehen hier gesetzgeberischen Reformbedarf“, macht der Prüfungsverband deutlich. **DK**

Klinikbeschäftigte befragten Spitzenpolitiker

BKG-Wahlkampf-Forum zeigte Handlungsbedarfe der Landespolitik für die Zeit nach der Wahl auf

Ende September 2023 kamen bayerische Spitzenpolitikerinnen und -politiker im Münchner Presseclub zusammen, um über die Krankenhausversorgung im Freistaat zu diskutieren. Mit dabei beim „BKG-Wahlkampf-Forum“ waren der Staatsminister für Gesundheit und Pflege, MdL Klaus Holetschek (CSU), der Landesvorsitzende der Bayern SPD und Spitzenkandidat, MdL Florian von Brunn sowie die gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, MdL Christina Haubrich, der Fraktion der FDP-Fraktion, Generalsekretärin MdL Susann Enders sowie der FDP-Fraktion, MdL Dr. Dominik Spitzer.

Unter dem Motto „Klinikbeschäftigte fragen – Spitzenpolitiker:innen antworten“ waren die Mitarbeitenden aus den bayerischen Krankenhäusern aufgerufen, vorab Fragen für die Diskussion einzureichen. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von BKG-Geschäftsführer Roland Engenhäuser und der stellvertretenden BKG-Geschäftsführerin Christina Leinhos.

Krankenhausmilliarde gefordert

Gleich zu Beginn der Diskussionsrunde wurde kontrovers über die Frage der Krankenhausfinanzierung diskutiert. Einigkeit herrschte darüber, dass die Investitionskosten des Freistaats für die Kliniken mindestens auf eine „Krankenhausmilliarde“ pro Jahr anzuheben seien. Diesen Punkt betonten von Brunn, Haubrich und Holetschek mit Hinweis auf die Wahlprogramme. Enders betont mit Hinweis auf einen künftigen Koalitionsvertrag: „Die Krankenhausmilliarde muss kommen.“

Appell an den Bund

Eine lebhaftige Debatte entspann sich dagegen über die Finanzierung der laufenden Betriebskosten der Krankenhäuser, wofür der Bund verantwortlich ist. Die hohe Inflationslücke bei den Betriebskosten wird bisher nur über zeitlich befristete Hilfsfonds teilweise ausgeglichen, doch die Kostenexplosion bleibt dauerhaft bestehen. Die BKG stellt fest, dass es unweigerlich zu Insolvenzen füh-

ren wird, wenn diese Finanzierungslücke nicht verlässlich ausgeglichen wird. Von Brunn und Haubrich verwiesen auf die bereits geflossenen Hilfgelder des Bundes, auch in der Corona-Pandemie. Holetschek verwies dagegen auf den akuten Handlungsbedarf, um die Krankenhäuser jetzt zu sichern, und appellierte an den Bund, den Krankenhäusern nun rasch unter die Arme zu greifen.

Krankenhausreform

Zur Krankenhausreform betonten Haubrich und von Brunn, dass diese Reform geeignet sei, die strukturellen Probleme der Krankenhäuser zu lösen und beklagten das Schlechtreden der Eckpunkte zur Krankenhausreform. Haubrich: „Die Reform ist notwendig. Klar ist, dass es so, wie es ist, nicht weitergehen kann.“ Von Brunn ergänzt: „Ich bin ein Fan davon, einen Transformationsfonds einzurichten, um die Krankenhäuser bei der Reform zu unterstützen.“ Dr. Spitzer forderte zudem das bayerische Gesundheitsministerium auf, eine stärkere Rolle in der Krankenhausplanung einzunehmen. Holetschek betont, Bayern hätte den Eckpunkten zur Krankenhausreform noch nicht zustimmen können, weil die Finanzierungsfrage weiter völlig ungelöst sei und keine Auswirkungenanalyse vorliege, Enders sprach sich dafür aus, ambulante, stationäre, Rettungsdienste und Pflege an einen Tisch zu bringen, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kanzler-Machtwort in der EU-Asylblockade:

Hoffnung bei Bayerns Landräten

Nach einem Machtwort von Bundeskanzler Olaf Scholz blockiert Deutschland nicht länger einen dringend notwendigen Asylkompromiss auf europäischer Ebene. Diese Nachricht kommt auch in den Reihen der bayerischen Landrätinnen und Landräte gut an.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, dazu: „Ich bin erleichtert, dass der Bundeskanzler der unsäglichen Haltung der Bundesregierung bei der Reform des europäischen Asylsystems ein Ende gesetzt hat. Mit seinem Machtwort erkennt er die Brisanz der Lage der Kommunen an und zeigt, dass es ein Weiter wie bisher nicht geben kann. Dafür sind wir dankbar.“

„Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ist ein wichtiger Schritt zur Begrenzung der illegalen Migration nach Europa und zur Entlastung der Kommunen, auch wenn es bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens der EU noch dauern wird“, so der Präsident weiter.

„Wir sind erstmals seit Monaten optimistisch, dass der Bundeskanzler die Asylkrise nun auch auf Bundesebene zur Chefsache macht und das Handlungszepter in die Hand nimmt. Während die Maßnahmen der EU mittelfristig Wirkung entfalten werden, sind die Landkreise aufgrund der heiklen Situation dringend auf kurzfristige Unterstützung angewiesen, die aufgrund der Zuständigkeiten vor allem durch den Bund kommen muss“, so Karmasin.

„Asylbewerber ohne ernsthafte Bleibeperspektive dürfen grundsätzlich nicht in der Fläche verteilt werden. Sie müssen bis zu ihrer Anerkennung in vom Bund bereitgestellten Unterkünften untergebracht werden. Zudem muss anstelle von Geldleistungen ein Bezahlkarten-System für Sachleistungen für Asylbewerber, die sich im Verfahren befinden bis zu ihrer rechtskräftigen Anerkennung, eingeführt werden. Auch müssen Leistungen an Bedingungen geknüpft sein. Wer von unseren Sozialleistungen profitieren will, muss etwas für die Gesellschaft tun. Dazu zählt auch eine Beschäftigung“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags. **□**



V.l.: Roland Weigert, Prof. Dr. Sibylle Günter, Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Wissenschaftsminister Markus Blume im Max-Planck-Institut für Plasmaphysik

Bild: StMWK

Bayern startet die Mission Kernfusion

Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Wissenschaftsminister Markus Blume stellen Masterplan vor

GARCHING/MÜNCHEN. Bayern geht beim Thema Energieerzeugung neue Wege: Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Wissenschaftsminister Markus Blume starteten am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP) in Garching die Mission Kernfusion. Der Freistaat intensiviert die Fusionsforschung mit dem Ziel, eine neue, CO₂-neutrale, vom Zugang zu Rohstoffen weitgehend unabhängige und allzeit verfügbare Energiequelle zu erschließen. Hochradioaktive Abfälle fallen dabei nicht an.

Derzeit werden bereits die physikalischen Grundlagen für ein Fusionskraftwerk erforscht, dass – ähnlich wie die Sonne – Energie aus der Verschmelzung von leichten Atomkernen gewinnen soll. Bayern beherbergt schon heute mit dem IPP eines der weltweit führenden Zentren der Fusionsforschung. Diese hervorragende Ausgangs-

position soll in einen technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Bayern startet die Mission Kernfusion. Wir wollen Pionier bei der Energieversorgung der Zukunft sein. Das Ziel ist sauberer, sicherer und CO₂-freier

Strom. Bayern baut die Erneuerbaren Energien so stark aus wie kein anderes Bundesland, aber wir brauchen auch neue Formen der Grundlastfähigkeit. Nur Technik und Innovation bringen uns in der Zukunft voran.“

Unser Masterplan Kernfusion: Zum ersten Mal wird Kernfusion in Bayern an neuen Lehrstühlen studierbar. Zudem errichten wir das „Bavarian Fusion Cluster“ und vernetzen Wissenschaft und Unternehmen in einer Expertenkommission. Am Ende soll ein Kernfusions-Kraftwerk entstehen. Wir geben dazu aus Bayern heraus einen Impuls mit vielen Partnern als Motor für Deutschland und Europa.“

Bayern ist vorne dabei

Wissenschaftsminister Markus Blume: „Der Bund steigt aus der Kernenergie aus, wir steigen in die Kernfusion ein! Wir starten das Rennen um die Mission Kernfusion – und Bayern ist vorne dabei! Die Kernfusion hat das Potenzial, die Welt zu verändern. Bayern macht sich auf, einen jahrzehntelangen Traum einer nachhaltigen, sicheren und unendlichen Energieversorgung wahr werden zu lassen. Und dieser Traum ist in greifbarer Nähe – keine Frage von Jahrzehnten!“ Blume weiter: „Energiesouveränität ist moderne Freiheit und staatliche Stabilität. Bayern setzt daher einen klaren Kontrast zur derzeitigen Energiepolitik der Bundesregierung. Wir appellieren an die Bundesregierung, Kernfusion als nationale Mission zu betrachten. Wir reichen die Hand zu einer gemein-

samen nationalen Strategie.“

Kernfusionsgipfel

Im Anschluss an einen „Kernfusionsgipfel“ mit rund 15 renommierten Vertreterinnen und Vertretern aus der Forschung und der jungen Start-up-Szene stellten Söder und Blume Bayerns „Masterplan zur Förderung der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien“ vor.

Die wissenschaftliche Direktorin des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, Professorin Dr. Sibylle Günter, führte dabei in die wissenschaftlichen Grundlagen ein: „Die Fusionsforschung ist so weit, dass es sich lohnt, den Schritt in die Anwendung zu gehen. Wir müssen jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, damit Forschung und Industrie gemeinsam ein Fusionskraftwerk entwickeln können.“

Technologieoffener Ansatz

Der Masterplan beinhaltet fünf Maßnahmen, die auf vorhandenen Kompetenzen in Bayern aufbauen und mit einschlägigen Expertinnen und Experten im Vorfeld erörtert wurden. Dabei verfolgt Bayern einen technologieoffenen Ansatz. Ziel ist ein technologie-kompetitives bayerisches Ökosystem zur Kernfusion. 1. Bayern gründet einen Think-tank der Kernfusionsforschung in Deutschland und richtet eine Expertenkommission Kernfusion ein mit rund einem Dutzend der führenden Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, die die verschiedenen technologischen Ansätze der Fusionsforschung repräsentieren. Sie ist das Vorläufergremium für den zu errichtenden Bavarian Fusion Cluster und erstellt ein Konzept zu seinem Aufbau. Zudem entwickelt sie Empfehlungen zum Aufbau und zur Stärkung fusionsrelevanter Kompetenzen an bayerischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und unterstützt die Staatsregierung bei der Auswahl der Hochschulen zur Einrichtung von Professuren und Nachwuchsforschungsgruppen.

Gleichzeitig erarbeitet sie Empfehlungen zur grundlegenden Gestaltung eines missionsgetriebenen Forschungs- und Infrastrukturprogramms zur weiteren Stärkung der Magnet- und Laserfusion und entwickelt Leitlinien für innovative Mechanismen zur Forschungskooperation mit Start-ups und Industrie-

unternehmen im Bereich aller Ansätze der Kernfusion. Hinzu kommen Eckpunkte für ein entsprechendes Förderprogramm.

2. Bayern errichtet ein Bavarian Fusion Cluster als ein Fusions-Ökosystem von Wissenschaft und Wirtschaft. Eingebunden werden alle an der Forschung und Technologieentwicklung beteiligten Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Industrieunternehmen und Start-ups. Ziel ist, über eine Austausch- und Vernetzungsplattform Bayern technologieübergreifend zu einem wissenschaftlichen Hotspot der Kernfusionsforschung zu machen und im europäischen Kontext und in internationaler Kooperation ein Demonstrationskraftwerk in Bayern zu bauen.

3. Bayern startet eine Ausbildungs-offensive an den Hochschulen und richtet neue Lehrstühle, neue Studiengänge in fusionsrelevanten Forschungsfeldern sowie bis zu 20 Nachwuchsforschungsgruppen ein. Die Auswahl der Forschungsfelder,

Denominationen und Heimat-hochschulen sowie die Besetzung erfolgen mit Unterstützung der Expertenkommission.

4. Bayern legt ein bayerisches Fusionsförderprogramm auf – technologieoffen, wettbewerblich, meilensteinorientiert. Ziel ist der Ausbau des IPP-Netzwerks, die Finanzierung von öffentlich-privaten Partnerschaften sowie die Förderung von innovativen Start-ups.

5. Bayern ergreift die Initiative für eine nationale Gesamtstrategie für Kernfusion. Für einen weltweit relevanten, in Teilbereichen auch führenden Entwicklungsbeitrag Deutschlands ist eine Bündelung der Kompetenzen von der Grundlagenforschung bis zur Technologieentwicklung in allen Teilbereichen der Kernfusion erforderlich. Auch internationale strategische Kooperationen können erforderlich werden. Gefragt ist daher eine kohärente Gesamtstrategie, die die unterschiedlichen Initiativen abstimmt und in den Grundzügen koordiniert. □

Bausteine für eine ...

(Fortsetzung von Seite 1) dungsmöglichkeiten für alle an, die im Bereich Pflege professionell tätig sind – von der Pflegefachassistentin bis zur Professorin. „Der Föderalismus wirkt hier wie eine Bremse. Es führt kein Weg daran vorbei, Weiterbildungsangebote und Studiengänge an Hochschulen auszubauen“, erläuterte die Präsidentin des Deutschen Pflegerats.

Überdies muss aus ihrer Sicht die Pflege mehr an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. „Nicht Politiker oder Ärzte, nur beruflich Pflegenden kennen den Arbeitsalltag in der Praxis. Sie wissen deswegen, welche Maßnahmen wirklich helfen, um die professionelle Pflege voranzubringen.“ Aus diesem Grund seien Selbstverwaltungsstrukturen im Bund und in allen Ländern in Form von Pflegekammern ein wichtiger Schritt, den die Politik gehen müsse.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach plant, die Arbeit von Pflegekräften mit zusätzlichen Kompetenzen aufzuwerten. Dies werde den Beruf deutlich attraktiver machen. Deutschland nutze das fachliche Potenzial der Pflege in Deutschland viel zu wenig, betonte Lauterbach. Deshalb arbeite sein Ministerium an einer Gesetzesänderung, die den Pflegekräften

mehr Entscheidungsspielraum bei ihrer Arbeit geben soll.

In Deutschland arbeiten rund 1,7 Millionen Menschen als Pflegekräfte in Krankenhäusern und Altenheimen. Rund fünf Millionen Menschen sind pflegebedürftig, die große Mehrheit wird von Angehörigen versorgt. In den vergangenen beiden Jahren blieben rund 30.000 Stellen in der Pflege unbesetzt. In gut zehn Jahren werden dem Institut der Deutschen Wirtschaft zufolge 130.000 bis 150.000 mehr Pflegekräfte gebraucht als heute.

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek warb in Berlin für eine digitale bayerische Pflegebörse: „Die Suche nach einem Pflegeplatz muss so einfach wie möglich sein. Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist digital. Wir bündeln Pflege-, Versorgungs- und Beratungsangebote auf einer Plattform und machen sie niederschwellig zugänglich. Dafür richten wir ab Anfang 2024 eine Online-Pflegebörse ein, die alle Informationen für den ganzen Freistaat leicht zugänglich zusammenfasst.“ Optimale Pflegeangebote daheim oder stationär mit nur wenigen Klicks sei das Ziel.

Strategie „Gute Pflege. Daheim in Bayern“

Holetschek zufolge soll das Angebot für die Bürger kostenlos bleiben. Damit schaffe der Freistaat ein bundesweit einmaliges Angebot für eine passgenaue Suche in einem ganzen Bundesland. Wir unterstützen das Projekt in den ersten sechs Jahren mit insgesamt 293.000 Euro.“ Umsetzungspartner ist die Firma Recare Deutschland GmbH aus Berlin. Die Pflegebörse ist Teil der bayerischen Strategie „Gute Pflege. Daheim in Bayern“.

Der Minister nutzte den Deutschen Pflegetag auch für Gespräche mit Branchenvertretern. Dabei warb er für seinen Vorschlag eines bundesweiten „Paktes für die Pflege“. Dieser solle ein breites Konzept für Reformen enthalten, mit denen der Pflegeberuf attraktiver wird und die pflegerische Versorgung verbessert werden kann. Dabei könnten kreative Wege, wie etwa steuerfreie Gehaltsbestandteile das Gehalt verbessern. Hinzu kämen vor allem attraktive Arbeitsbedingungen, die über verlässliche Arbeitszeiten durch die Finanzierung von Sprinklerkonzepten möglich wären. „Ebenso sollten wir als Gesellschaft mehr für pflegende Angehörige tun, zum Beispiel Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige einführen“, forderte Holetschek abschließend. **DK**

Vertrauen nicht verspielen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dauer des Ausreisegewahrsams, die verbesserten Möglichkeiten zur Durchsuchung und zur Auswertung von Datenträgern sowie die gesetzliche Vorgabe eines dringenden Ausweisungsinteresses bei Mitgliedern krimineller Clans können dazu beitragen, dass Ausreisepflichtige schneller abgeschoben werden können und der Aufenthalt von straffälligen Drittstaatsangehörigen einfacher beendet werden kann.“ Auch würden die angestrebten Verbesserungen zum Datenaustausch zur Entlastung der Ausländerbehörden beitragen, stellte der DLT-Chef fest.

Reformen mit Augenmaß

Der Deutsche Landkreistag sprach sich auch dafür aus, die beabsichtigten Reformen der Krankenhausstrukturen und des Rettungsdienstes mit Augenmaß zu betreiben. Reinhard Sager zufolge „lehnen wir die geplante Krankenhausstrukturreform in ihrer derzeitigen Form ab. Auch wenn eine Reform der Krankenhauslandschaft in Deutschland geboten ist, so ist zunächst bei der Überversorgung in Ballungsräumen anzusetzen. Für den notwendigen Anpassungsprozess vor allem in ländlichen Räumen braucht es geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen, die vor allem auf die Erreichbarkeit für die Bevölkerung achten. Daran fehlt es derzeit.“ Darüber hinaus dürfe es nicht zu einer Zentralisierung der Kompetenzen im Rettungsdienst kommen.

Der Bund muss handeln

Bei der Finanzierung der Krankenhäuser sei dringendes Handeln des Bundes geboten: „Die hohe Inflation und die Personalkostensteigerungen werden nicht im Geringsten gedeckt. Die Schließung von Standorten darf von der Bundespolitik nicht hingeworfen werden. Darauf haben die Krankenhäuser vollkommen zu Recht in der vergan-

genen Woche auf ihrem bundesweiten Protesttag aufmerksam gemacht.“

Mit Blick auf die Versorgungsstrukturen wies der Präsident darauf hin, „dass wir in den ländlichen Räumen mit Gesundheitsdienstleistungen ohnehin schlechter aufgestellt sind als in den Großstädten. Daher sollten Reformansätze sehr behutsam sein und müssen die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen berücksichtigen.“

Steigende Kosten des Rettungsdienstes

Dies gelte auch für die Regierungskommission, die die kleinteiligen Strukturen des Rettungsdienstes kritisiert und implizit für einen Teil der Probleme verantwortlich gemacht hat: „Dass die Kosten des Rettungsdienstes in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind, liegt am geänderten Verhalten der Menschen, der Alterung und an der gesunkenen Gesundheitskompetenz der Bevölkerung. Die Strukturen des Rettungsdienstes haben damit nichts zu tun.“ Man dürfe deshalb kein Porzellan zerschlagen, indem man an der falschen Stelle ansetze, erklärte Sager.

Scharfe Kritik an Kindergrundsicherung

Auf scharfe Kritik stößt beim Deutschen Landkreistag auch der Beschluss des Bundeskabinetts zur Kindergrundsicherung, führe dieser doch zu einer Überforderung der Familien, zu neuer Bürokratie und zu Doppelstrukturen. Zudem würden die Möglichkeiten einer Verwaltungsdigitalisierung in derart kurzer Zeit massiv überschätzt. Wie Sager darlegte, „macht uns das Vorhaben ratlos“. Es führe zu einem vollkommen überflüssigen und chaotischen Bürokratieaufbau. „Wir setzen daher auf den Bundesrat und unterstützen die Länder dabei, diesem Vorhaben so nicht zuzustimmen.“

Die Reform sei in weiten Teil-

len nicht nachvollziehbar, weise Widersprüche auf und sei unausgegoren: „Vor allem konfrontiert sie die betroffenen Familien mit mehr Bürokratie als bislang. Das liegt daran, dass ohne Not versucht wird, das bewährte System der Jobcenter zu umgehen und Teile von deren Leistungen über die Familienkassen auszuzahlen. Zugleich aber bleiben die Jobcenter parallel zuständig. Das wird ein Verwaltungs-Desaster.“

Auch seien die Strukturen der Familienkassen mit ihren lediglich 100 Standorten nicht in der Lage, die Familien flächendeckend zu beraten und zu unterstützen. Demgegenüber verfügte das Jobcenter über weit mehr als 1.000 Standorte, seien also näher an den Menschen als es die Familienkassen je sein können. „Auch nicht, wenn 300 weitere Standorte aufgebaut werden, wie es der Gesetzentwurf vorsieht. Hunderte Millionen Euro für mehr Bürokratie passen ebenso wenig zu den Ankündigungen des Bundeskanzlers zum Deutschland-Pakt. Dort heißt es, der Bund wolle Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau.“

Neues Bürokratiemonster

Zudem glaubt Sager nicht daran, dass es gelingt, eine solche neue Leistung in der kurzen verbleibenden Zeit automatisiert und digital an den Start zu bringen. „Das ist unrealistisch, weil die Kindergrundsicherung ein Maximum an Datenabrufen und Austauschen zwischen verschiedenen Behörden erfordert und dabei einen sehr hohen Grad an Komplexität aufweist. Ich fürchte, mit der Kindergrundsicherung wird etwas versprochen, das nicht zu halten ist: Die Betroffenen sind über die geringen Leistungssteigerungen enttäuscht, wir über neue Doppelstrukturen und den Aufwuchs von Bürokratie. So schafft es die Kindergrundsicherung, es niemandem Recht zu machen, gerade nicht den Kindern“, unterstrich der DLT-Präsident abschließend. **DK**

Klinikbeschäftigte befragten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Konsens herrschte darüber, dass die Arbeitsbedingungen für die Pflege verbessert werden müssten durch verlässliche Dienstpläne, Entbürokratisierung und günstigen Wohnraum. Um den Bürokratieabbau in den Kliniken voranzubringen, warb Holetschek dafür, das bayerische Modellprojekt gemeinsam mit Medizinischen Dienst, AOK, BKG und 16 Krankenhäuser unter Moderation des Gesundheitsministeriums als Blaupause für den Bund zu nehmen.

Klinikinsolvenzen verhindern

Um die Notaufnahmen der Kliniken zu entlasten, sei u. a. eine stärkere digitale Steuerung der Patienten notwendig, diese müsse jedoch auch durch geschultes Fachpersonal erfolgen. Von einer Gebühr in den Notaufnahmen hält Holetschek nichts. Dem Thema Klimaschutz im Gesundheitswesen wollen insbesondere Bündnis 90/Die Grünen künftig einen höheren Stellenwert zukommen lassen, doch auch die CSU betonte im Wahlkampfforum die besondere Notwendigkeit,

Klimaschutz und Gesundheit stärker zusammen zu denken.

Die erste Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Landrätin Tamara Bischof, fasste die Diskussion zusammen: „Alle Parteien wollen Klinikinsolvenzen in Bayern verhindern, aber die parteipolitische Brille macht uns auch nach der Diskussion weiterhin Sorgen. Für uns bleibt klar, dass der Bund nach den gesetzlichen Regelungen für die ausreichende Betriebskostenfinanzierung zuständig ist, um Insolvenzen zu verhindern. Dafür benötigen wir die Unterstützung aller Parteien in Bayern. Umso mehr ist aus BKG-Sicht erfreulich, dass es eine große politische Einigkeit über die Notwendigkeit einer Krankenhausmilliarde aus den Mitteln des Freistaates für auskömmliche Investitionen und besseren Klimaschutz gibt. Auch die grundsätzliche Wertschätzung aller Parteien für die Mitarbeitenden in unseren Krankenhäusern werten wir als positives Zeichen und erwarten, dass nach der Wahl die entsprechenden Taten folgen.“

YouTube-Kanal der BKG:
https://www.youtube.com/watch?v=1z96135_waU □

Baugipfel im Kanzleramt:

Maßnahmen gegen die Wohnkrise

Auf dem Baugipfel im Berliner Kanzleramt haben Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundesbauministerin Klara Geywitz Maßnahmen zur Entlastung der Bauwirtschaft präsentiert. Wie aus einem 14 Punkte umfassenden Papier hervorgeht, sei die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum „eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit“.

Konkret soll der Energiesparstandard EH40 für Neubauten gekippt werden, der ab 2025 hätte gelten sollen. Das Vorhaben, auf EU-Ebene eine Sanierungspflicht einzuführen, soll nicht weiterverfolgt werden. Bei entsprechenden Verhandlungen will sich die Ampel zwar „für anspruchsvolle Sanierungsquoten für den gesamten Gebäudebestand“ einsetzen, nicht aber für

verpflichtende Sanierungen. Zudem soll es bei Bauvorhaben Steuervorteile durch besondere Abschreibungsregeln, die sogenannte Afa, geben. Geplant ist auch, den „Klimabonus“, der Hauseigentümer beim Tausch alter, fossiler gegen neue, klimafreundliche Heizungen fördert, zu erhöhen und auch auf Wohnungsunternehmen und Vermieter auszuweiten.

Bayerischer Landtag:

Neues Besucherfoyer empfängt Gäste mit Beamer-Show

Nach rund zwei Jahren Bauzeit hat Landtagspräsidentin Ilse Aigner das neue Besucherfoyer im Bayerischen Landtag eröffnet. Erstmals in der Geschichte des Bayerischen Landtags werden die jährlich rund 60.000 Gäste nun in einem eigens dafür gestalteten Besucherfoyer im Maximilianeum empfangen.

Damit schlägt der Bayerische Landtag auch ein neues Kapitel in der Öffentlichkeitsarbeit auf, denn die Gäste werden mit einer Beamer-Show auf ihren Besuch eingestimmt.

Im April 2021 hatten die Bauarbeiten begonnen – nun ist das neue Westfoyer des Maximilianeums pünktlich vor der Landtagswahl fertig gestellt worden.



Ilse Aigner bei der Begrüßung. Bild: ch

Im Beisein des Landtagspräsidenten, zahlreicher Abgeordneter und der am Bau beteiligten Personen eröffnete Landtagspräsidentin Ilse Aigner das Besucherfoyer im Bayerischen Landtag.

Aigner: „Endlich können wir unsere Gäste würdig begrüßen: Der Bayerische Landtag schafft einen neuen Zugang zum Maximilianeum und damit zum Ort der politischen Debatte und Entscheidung in Bayern. Modern, offen und sicher – so empfangen wir die Bürgerinnen und Bürger und wollen bei ihrem Besuch Verständnis für politische

Prozesse schaffen, Begeisterung wecken und so Demokratie erlebbar machen.“

Erstmals werden die Besucherinnen und Besucher nun in einem repräsentativen Rahmen, dem modernen Foyer mitten im historischen Bau von 1874, empfangen, der auch den aktuellen Anforderungen an die Sicherheit entspricht. Einbauten aus Eichenholz kombiniert mit brüniertem Messing beherbergen alle notwendigen Räume wie Pforte, Toiletten und Garderobe für den Besuch von rund 300 Gästen zeitgleich.

Dem historischen Ambiente wird mit weißen Wänden und grauem Natursteinboden gegeben. In einem Halbrund werden die Besucherinnen und Besucher mit moderner Multimedia-technik anhand von neun Beamern mit verschiedenen Filmen und Projektionen emotional und informativ auf ihren Besuch im Parlament eingestimmt.

Aigner dankte bei der Eröffnung insbesondere dem Planungs-, Steuerungs- und Bauteam. Trotz der aktuellen Schwierigkeiten in der Baubranche ist das Besucherfoyer wie geplant pünktlich zur Landtagswahl fertig. Auch der Kostenrahmen von rund 10 Millionen Euro wurde eingehalten. Nach Abschluss der energetisch-technischen Generalsanierung im Maximilianeum wird es auch barrierefrei erreichbar sein. Die Projektleitung hatte das Staatliche Bauamt München 2 inne. Frank & Friker Architekten und BMC Baumanagement führten das komplexe Projekt gemeinsam mit zahlreichen weiteren Fachplanern durch. Die Beamerpräsentationen gestaltet Fantomas Design. □

Preis für baureifes Land in Bayern

Nach jüngsten Ergebnissen der Statistik der Kaufwerte für Bauland melden die bayerischen Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte im Verlauf des Jahres 2022 den Verkauf von 11.024 baureifen Grundstücken in Bayern. Damit wechseln im Freistaat Grundstücke im Wert von 4,15 Milliarden Euro ihre Eigentümerin bzw. ihren Eigentümer. Im Durchschnitt beläuft sich der Preis für baureifes Land je Quadratmeter in Bayern im Jahr 2022 auf 430 Euro.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, bestehen zwischen den einzelnen Regierungsbezirken große Preisunterschiede. So ist baureifes Land in Oberbayern mit durchschnittlich 1.343 Euro am teuersten. Wird die Stadt München nicht berücksichtigt, liegt der Quadratmeterpreis für Oberbayern um mehr als die Hälfte niedriger bei

632 Euro. In Mittelfranken müssen im Schnitt 318 Euro für den Quadratmeter bezahlt werden. In Schwaben (265 Euro) und Niederbayern (189 Euro) ist der Quadratmeterpreis deutlich geringer. Am niedrigsten sind die Werte für den Quadratmeter baureifes Land in der Oberpfalz (149 Euro), in Unterfranken (147 Euro) und in Oberfranken (109 Euro). □

Den Ländern soll eine flexible Gestaltung der Grunderwerbsteuer ermöglicht werden. Im Zeitraum von 2022 bis 2027 sollen ihnen „Programmmittel in Höhe von insgesamt 18,15 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung“ gestellt werden. In Städten und Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten ist vorgesehen, den Bau bezahlbaren Wohnraums zu vereinfachen und zu beschleunigen. KfW-Förderprogramme sollen attraktiver ausgestaltet und erweitert werden.

Stärkere Förderung von Wohneigentum

Stärker und für mehr Familien will die Ampelregierung den Erwerb von Wohneigentum fördern. Die Kredithöchstbeträge werden demnach um 30.000 Euro und die Höchstgrenze beim zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro auf 90.000 Euro angehoben. Das noch junge Programm „Wohneigentum für Familien“ war vor allem wegen der bisherigen Einkommensgrenze kaum genutzt worden.

Geplant ist zudem, die angepeilte, sogenannte Wohngemeinnützigkeit im kommenden Jahr zu starten. Dabei sollen Vermieter, die dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen, steuerlich begünstigt und gefördert werden.

Als „kleine Schritte in die richtige Richtung, die aber noch viel

Luft nach oben lassen“, kommentierte Bayerns Bauminister Christian Bernreiter die Ergebnisse des Berliner Baugipfels: „Das Papier klingt in Ansätzen ganz brauchbar und enthält auch einige Ansätze, die wir schon länger fordern. Wenn man aber genauer hinschaut, offenbart sich ein halbherziger Ansatz. Die sehnlichst erwartete degressive Abschreibung von Wohnraum ist zeitlich wieder nur begrenzt. Bayern fordert seit Jahren eine dauerhafte degressive Abschreibung. Außerdem brauchen wir gerade für Ballungsräume eine Sonderabschreibung auch auf Grundstückskosten. Ich vermisse außerdem Sonderabschreibungen für selbstbezogenes Eigentum, eine deutliche Aufstockung der KfW-Mittel und einen Ersatz für den entfallenen Paragraph 13b des Baugesetzbuches, der besonders für kleine Gemeinden im ländlichen Raum wichtig ist. Es ist mehr als fraglich, ob die 14 Punkte ausreichen, um bei der verfehlten Baupolitik der Ampelregierung das Ruder herumzureißen. Die gesetzgeberischen Maßnahmen müssen auf jeden Fall schnellstens umgesetzt werden, um Wirkung zu entfalten.“

Viel Luft nach oben

Schon im Vorfeld des Baugipfels hatten Branchenverbände deutliche Kritik an der Baupolitik des Bundes geäußert. Teilweise waren sie dem Treffen im Kanzleramt ferngeblieben. „Die ganze Branche ist massiv enttäuscht vom Bund. Sie sind noch immer von den von heute auf morgen gestrichenen KfW-Förderprogrammen zu Beginn der Ampelkoalition verunsichert, während ihnen gleichzeitig das

Heizungsgesetz die Luft zum Atmen nimmt. So schafft man kein Vertrauen bei den Hausbauern und keinen Aufwind in der Branche“, kritisiert der Minister.

Der Bund soll sich laut Bernreiter lieber ein Vorbild an Bayern nehmen: „Mit dem Wohnbau-Booster Bayern und unserem neuen Baukonjunkturprogramm steuert der Freistaat gezielt gegen den Abwärtstrend der Branche.“

Bayern steuert gegen den Abwärtstrend

Zum Beispiel vergünstigt der Freistaat mit dem Bayern-Darlehen die Zinsen bei der Schaffung von Wohneigentum um drei Prozent-Punkte und hat die Einkommensgrenzen in der Wohnraumförderung um rund 25 Prozent angehoben, so dass nun rund 60 Prozent der bayerischen Bevölkerung von einer Förderung profitieren können. Falls das Eigenkapital nicht ausreicht, gibt es auch Staatsbürgschaften für Nachrangdarlehen. „Solche Maßnahmen hätte ich mir heute auch vom Bund gewünscht“, verdeutlicht Bernreiter. „Mit solch kraftlosem Agieren wie heute wieder gezeigt ist es kein Wunder, dass der Bund jedes Jahr weiter hinter sein selbstgestecktes Wohnbauziel zurückfällt.“

Dass es auch anders geht, zeigten die drei staatlichen Wohnungsbaugesellschaften des Freistaats. Trotz der aktuell schlechten Rahmenbedingungen werde allein die BayernHeim bis Ende des Jahres 6.800 Wohnungen in Bestand, Bau oder Planung haben. Gemeinsam mit der Stadibau und dem Siedlungswerk Nürnberg werden es Bernreiter zufolge bis Ende des Jah-

res 25.800 Wohnungen sein.

Aus Sicht des Sprechers für Infrastruktur, Bauwesen und Mobilität der CSU im Bundestag, Michael Kießling, MdB, „ist das Maßnahmenpaket zur Belebung der Bauwirtschaft eine herbe Enttäuschung. Trotz der dramatischen Lage auf dem Bau präsentiert die Bundesregierung fast keine kurzfristigen Maßnahmen zur Entlastung. Zwar kündigt die Bauministerin Geywitz Gesetzesänderungen, einen Beschleunigungspakt sowie mögliche Eigentumsförderungen für das kommende Jahr an, jedoch schaffen Ankündigungen keine Investitionen. Denn all diese Forderungen müssen erst abgestimmt und dann auch gesetzgeberisch auf den Weg gebracht werden. Zudem greift das vorgelegte Maßnahmenpaket zu kurz – denn weiterhin versucht die Bundesregierung durch Kreditprogramme den Wohnungsbau anzukurbeln, anstatt mit direkten Zuschüssen die Eigenkapitalbasis von Familien zu unterstützen.“

Somit bleibe der Baugipfel weit hinter den Forderungen zurück und komme zudem viel zu spät, denn die negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen seien seit zwei Jahren bekannt, teilte Kießling mit. „Dazu passt auch, dass bereits im Vorfeld zwei der wichtigsten Branchenverbände die Reißleine gezogen haben und den Baugipfel im Kanzleramt boykottieren. Das ist nicht nur ein Zeichen des Vertrauensverlustes, sondern vor allem das Ergebnis purer Ignoranz der Bundesregierung. Anstatt Bauen jetzt zur Chefsache zu machen und sich wirklich gegen die Krise zu stemmen, werfen der Kanzler und seine Bauministerin erneut mit Nebelkerzen um sich!“ DK

Rundum digital

NÜRNBERG
KOMMUNALE
Treffen Sie uns
in Halle 9
am Stand 448

Innovative Fachverfahren

AKDB-Mitarbeitende wie Monja entwickeln heute die Fachverfahren von morgen: webbasiert, KI-gestützt und mit individualisierbaren Dashboards versehen. Für komplett digitale Workflows. Damit Sie für Ihre Bürger rundum digital aufgestellt sind.

www.akdb.de/loesungswelt

Stadt Geretsried:

Richtfest bei Quartiersentwicklung OPUS.G

Drei Jahre nach Erteilung der Baugenehmigung für das neue Quartier in Geretsried feiert die Krämmel Unternehmensgruppe einen großen Meilenstein: das Richtfest von Bauabschnitt 1 (Silva), mit dem traditionell der Rohbau abgeschlossen und der Beginn der Ausbauarbeiten eingeläutet wird. Die Krämmel Unternehmensgruppe bedankte sich mit diesem Fest bei ihren Handwerkern und Projektbeteiligten. Zu ihnen zählen die Stadt Geretsried, der Stadtrat und alle involvierten baurechtlichen Gremien, Planer, Sachverständige und Berater sowie auch die BayernHeim GmbH.

Die staatliche Wohnungsbau-Gesellschaft BayernHeim GmbH hat knapp 200 Wohnungen in dem Quartier erworben und trägt damit in erheblichem Maße zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in der Region bei.

Mit OPUS.G wird ein vielfältiges Quartier aus unterschiedlich großen Eigentums- und Mietwohnungen sowie Gewerbeflächen entstehen. Der Mix aus einkommensorientiert gefördertem und frei finanziertem Mietwohnungsbau sowie Eigentumswohnungen bietet Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen. Bei allen Wohnformen haben die Geretsrieder Bürger ein Erstzugriffsrecht.

Korbinian Krämmel, Bauunternehmer in 3. Generation, eröffnete das Richtfest mit den Worten: „Der Abschluss der

Rohbauarbeiten für den ersten Bauabschnitt Silva belegt die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Freistaat, Landkreis, Stadt und Bauwirtschaft zur Schaffung des dringend benötigten Wohnraums für die gesamte Region. Dies ist ein großer Erfolg aller Beteiligten.“

BayernHeim als kompetenter Partner

Auch Bayerns Bauminister Christian Bernreiter zeigte sich in seiner Ansprache erfreut, dass in Geretsried neuer Wohnraum entsteht: „Unsere staatliche Wohnungsbau-Gesellschaft BayernHeim hat sich als kompetenter Partner für geförderten Wohnungsbau etabliert und arbeitet mit großem Einsatz an der Realisierung von Projekten.“

Stiftungsrat der Bundesstiftung Bauakademie tagte in Berlin

Der Stiftungsrat der Bundesstiftung Bauakademie tagte im September in Berlin. Dabei hat er die Kreditanstalt für Wiederaufbau herzlich willkommen geheißen. Die KfW Bankengruppe hat Detlev Kalischer, Direktor und Leiter des Geschäftsbereichs Mittelstand und private Kunden, als Vertreter in das Gremium gesandt.

Sören Bartol, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, sowie Stiftungsratsvorsitzender der Bundesstiftung Bauakademie betonte: „Ich freue mich darüber, dass mit Herrn Kalischer jetzt auch die KfW Bankengruppe Mitglied im Stiftungsrat geworden ist. Mit Ihrer wertvollen Expertise und reichhaltigen Erfahrung ist die KfW ein wichtiger Inputgeber, der zeigt, wie verantwortungsvoll mit Zukunftsinvestitionen umgegangen wird. So ist dieser etwas andere Blickwinkel auch in Bezug auf Chancen für ein nachhaltiges Wachstum im Bau- und Immobilienbereich eine wertvolle Bereicherung für die Weiterentwicklung der Bundesstiftung.“

Detlev Kalischer, Direktor und Leiter des Geschäftsbereichs Mittelstand und private Kunden der KfW Bankengruppe: „Ich freue

mich auf die Mitarbeit im Stiftungsrat der Bundesstiftung Bauakademie. Die Aufgaben und das Programm der Stiftung sind außerordentlich unterstützenswert. Die KfW vertritt die wichtigsten Förderprogramme des Bundes, vor allem auch im Baubereich. So können wir die Sichtweise der Förderbank und ihre Erfahrung in die Debatten um Förderungen, z.B. für energieeffiziente Gebäude oder für das serielle, modulare Bauen, einbringen.“

Zentrale Dialogplattform

Die 13. Stiftungsratsitzung der Bundesstiftung Bauakademie fand im Roten Saal auf dem Baugrundstück der Bundesstiftung statt. Die Errichtung der Bundesstiftung Bauakademie als gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts und als Trägerorganisation für die Wiederer-

richtung und den Betrieb des Bauakademiegebäudes wurde 2018 vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen.

Sie soll als zentrale Dialogplattform auf nationaler Ebene mit internationaler Ausstrahlung agieren und die gesamte Wertschöpfungskette Bau repräsentieren. Die Bauakademie soll ein Ort der Reflexion, Produktion und Präsentation sein. Sie möchte den Praxispartnern des Planens und Bauens Innovations- und Transformationswissen zur Verfügung zu stellen.

Fünf ständige Mitglieder des Gremiums kommen aus den Fraktionen des Deutschen Bundestages. Des Weiteren ist die Bundesregierung mit dem Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, dem Bundesministerium der Finanzen und mit dem Auswärtigen Amt vertreten. Darüber hinaus ist das Land Berlin vertreten und als erstes kooptiertes Mitglied nun auch die KfW.

OPUS.G wurde entwickelt für Generationen, mit dem Bewusstsein für Klima, Natur und Umwelt. 770 Wohnungen, 140 Serviced Apartments, ein Haus für Kinder, moderne Gewerbeflächen, ein für das Umland außergewöhnliches Mobilitätskonzept, ein nachhaltiges Energiekonzept, das zu 80 Prozent regenerative Energiequellen nutzt und hochwertige Freianlagen entstehen auf dem fast fünf Hektar großen Areal, zentrums- und dennoch naturnah in Geretsried (Oberbayern). Insbesondere die Gestaltung der Freianlagen wurde mit Blick auf die Anforderungen der Zukunft geplant. Die großzügige Begrünung von Dächern, Fassaden und Plätzen in Kombination mit einem Schwammstadt-konzept zahlt auf den Klimaschutz ein. Zur Einsparung von Energie und Ressourcen wird in OPUS.G auf ein intelligentes Regenwassermanagement und die Nutzung von Sonnenenergie gesetzt. Die geplanten Maßnahmen leisten einen aktiven Beitrag für eine verbesserte Luft- und Lebensqualität.

Nicht umsonst wurde das Konzept durch die Zertifizierungsstelle der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) mit dem DGNB-Zertifikat in Gold für nachhaltige Stadtquartiere ausgezeichnet.

Angelehnt an „opus“, lateinisch für „das Werk“, „die Handarbeit“, „die Kunst“ oder auch „die Mühe“, steht der Name „OPUS.G“ für vier Qualitätsbausteine: Urban Wohnen im Grünen, Nachhaltigkeit, Gemeinschaft und Mobilität. Circa 1.800 Menschen werden später in dem neuen Quartier, das sich zur Neuen Mitte hin öffnet und gleichzeitig unmittelbar an einmalige Naturräume angrenzt, Platz zum Wohnen, Leben und Ankommen finden und dabei von den Vorteilen modernster Wohnraum- und Quartiersentwicklung profitieren.

ke Partnerschaften zwischen Öffentlicher Hand und Privatwirtschaft möglich ist. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Bereitschaft der Krämmel Unternehmensgruppe dieses Vorzeigeprojekt in unserer Stadt zu verwirklichen.“

75 Jahre Tradition und Fortschritt

„Ich bin stolz, nun nicht nur auf die Pläne, sondern tatsächlich auf die realisierten Gebäude blicken zu können und darauf, dass wir als Familienunternehmen ein solches Leuchtturmprojekt verwirklichen können“, so Korbinian Krämmel. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen der Immobilienbranche keine Selbstverständlichkeit. Die Krämmel Unternehmensgruppe hat ein solides Fundament, das sie sich seit mehr als 75 Jahren erarbeitet hat. „Wir sind ein Familienunternehmen mit langjähriger Tradition und Erfahrung. Der Mut und die Fähigkeit, sich regelmäßig auch an ein veränderndes Umfeld anzupassen und sich stetig weiterzuentwickeln, ist Teil unserer Unternehmens-DNA“, erläutert der geschäftsführende Gesellschafter des Bauunternehmens. So sei auch OPUS.G mit Blick auf die Zukunft geplant worden. „Wir sind seit unserer Gründung eng mit Geretsried verbunden und möchten mit dem Quartier auch ein Stück zurückgeben.“ Die Unternehmerfamilie ist überzeugt von ihrem Konzept und dem Quartier. Daher wird Krämmel den dritten Bauabschnitt Viva mit über 150 Wohnungen, einem Haus für Kinder und 140 Serviced Apartments selbst im Bestand behalten und vermieten.

DGNB-Zertifizierung in Gold für nachhaltiges Quartierskonzept

OPUS.G wurde entwickelt für Generationen, mit dem Bewusstsein für Klima, Natur und Umwelt. 770 Wohnungen, 140 Serviced Apartments, ein Haus für Kinder, moderne Gewerbeflächen, ein für das Umland außergewöhnliches Mobilitätskonzept, ein nachhaltiges Energiekonzept, das zu 80 Prozent regenerative Energiequellen nutzt und hochwertige Freianlagen entstehen auf dem fast fünf Hektar großen Areal, zentrums- und dennoch naturnah in Geretsried (Oberbayern). Insbesondere die Gestaltung der Freianlagen wurde mit Blick auf die Anforderungen der Zukunft geplant. Die großzügige Begrünung von Dächern, Fassaden und Plätzen in Kombination mit einem Schwammstadt-konzept zahlt auf den Klimaschutz ein. Zur Einsparung von Energie und Ressourcen wird in OPUS.G auf ein intelligentes Regenwassermanagement und die Nutzung von Sonnenenergie gesetzt. Die geplanten Maßnahmen leisten einen aktiven Beitrag für eine verbesserte Luft- und Lebensqualität.

Nicht umsonst wurde das Konzept durch die Zertifizierungsstelle der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) mit dem DGNB-Zertifikat in Gold für nachhaltige Stadtquartiere ausgezeichnet.

Angelehnt an „opus“, lateinisch für „das Werk“, „die Handarbeit“, „die Kunst“ oder auch „die Mühe“, steht der Name „OPUS.G“ für vier Qualitätsbausteine: Urban Wohnen im Grünen, Nachhaltigkeit, Gemeinschaft und Mobilität. Circa 1.800 Menschen werden später in dem neuen Quartier, das sich zur Neuen Mitte hin öffnet und gleichzeitig unmittelbar an einmalige Naturräume angrenzt, Platz zum Wohnen, Leben und Ankommen finden und dabei von den Vorteilen modernster Wohnraum- und Quartiersentwicklung profitieren.



V.l.: Klaus Josef Lutz, Präsident der Vollversammlung der IHK für München und Oberbayern; Korbinian Krämmel, Geschäftsführender Gesellschafter Krämmel Unternehmensgruppe; Michael Müller, erster Bürgermeister der Stadt Geretsried; Josef Niedermaier, Landrat Bad Tölz-Wolfratshausen; Christian Bernreiter, Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr; Reinhold Krämmel, Aufsichtsratsvorsitzender Krämmel Unternehmensgruppe; Ralph Büchle, Geschäftsführer BayernHeim GmbH; Marinus Krämmel, Geschäftsführender Gesellschafter Krämmel Unternehmensgruppe.

Bild: Matthias Fend

Mieten-Explosion:

Staat muss tiefer in die Tasche greifen

Zum ersten Mal werden die Job-Center in diesem Jahr mehr als 20 Milliarden Euro für die Kosten der Unterkunft ausgeben. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt mit. Die IG BAU beruft sich dabei auf eine Berechnung, die die Gewerkschaft beim Pestel-Institut (Hannover) in Auftrag gegeben hat.

Demnach haben die Job-Center von Januar bis Mai dieses Jahres bundesweit im Schnitt bereits 1,69 Milliarden Euro pro Monat für die Kosten der Unterkunft ausgegeben, um Empfänger von Bürgergeld bei der Kaltmiete sowie bei den Neben- und Heizkosten zu unterstützen. Das sind im Schnitt monatlich knapp 250 Millionen Euro mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres – ein Plus von gut 17 Prozent.

„Eine Viertelmilliarde Euro pro Monat mehr als noch vor einem Jahr – das ist Geld, das Bund und Kommunen über die Job-Center für die Kosten der Unterkunft vor allem deswegen zusätzlich ausgeben müssen, weil die Mieten rasant nach oben gegangen sind. Die gestiegenen Mietpreise sind eine enorme Mehrbelastung für den Steuerzahler. Der Staat zahlt die Mieten-Explosion kräftig mit“, sagt der Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger. Bei den Kosten der Unterkunft, die der Staat übernehme, handele es sich um Mieten für Wohnungen mit einfachem Standard. Die Kaltmiete sei hier im Bundesdurchschnitt von 5,43 Euro pro Quadratmeter (im Januar 2015) auf 7,75 Euro (im Mai 2023) enorm angestiegen – ein Plus von 43 Prozent. Das hat die Datenanalyse des Pestel-Instituts ergeben.

Der Mangel an Wohnraum zwingt den Staat „bei den Sozialausgaben immer tiefer in die Tasche zu greifen“, so Feiger. Hier räche sich eine über Jahrzehnte „falsch gelaufene Wohnungsbau-politik“. „Es fehlen mehrere Millionen bezahlbare Wohnungen. Und die Zahl der Sozialwohnungen geht seit Jahrzehnten zurück. Beim Wohnen gerät Deutschland mehr und mehr in eine soziale Schieflage. In der Wohnungsnot steckt sozialer Sprengstoff. Bund und Länder haben hier versagt. Sie unterstützen lieber Vermieter, die ihre Mieten immer weiter nach oben schrauben, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen: Der Staat investiert nur effektiv, wenn er Geld in die Wohnungsbauförderung steckt. Hier garantiert nicht, wenn er immer höhere Summen für immer höhere Mieten auf die Konten von Vermietern überweist“, sagt Robert Feiger.

Der IG BAU-Chef fordert Bund und Länder auf, dem bezahlbaren und sozialen Wohnen Vorrang einzuräumen. Wer im Niedriglohnssektor arbeite, brauche eine Sozialwohnung. Ebenso, wer als Kriegsflüchtling oder Asylsu-

chender nach Deutschland komme. „Es gab im ersten Halbjahr dieses Jahres eine Nettozuwanderung von 347.000 Menschen. Der Bedarf an Sozialwohnungen steigt Tag für Tag. Deutschland rutscht damit mehr und mehr in ein Wohn-Desaster. Gleichzeitig steckt der Wohnungsbau in der Krise: Bei den Baugenehmigungen gab es im ersten Halbjahr ein Minus von 27 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es geht also weiter bergab. Bund und Länder müssen deshalb jetzt in den Krisenmodus schalten: Ein ‚Milliarden-Booster‘ für das bezahlbare und soziale Wohnen ist dringend notwendig“, fordert Feiger.

Fördergelder aufstocken

Der Staat müsse seine Fördergelder für den Wohnungsbau bis 2025 massiv aufstocken: „Allein für den sozialen Wohnungsbau sind 50 Milliarden Euro bis zum Ende dieser Legislaturperiode notwendig – als Sondervermögen. Nur so kann es gelingen, die 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen, die sich die Ampel-Koalition vorgenommen hat“, erklärt Feiger. Kommunale, genossenschaftliche und kirchliche Wohnungsunternehmen bräuchten Zuschüsse, um bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen zu bauen. Denn sie könnten steuerliche Abschreibungen, wie von der Bundesregierung auf dem Wohnungsbau-Gipfel im Kanzleramt in der vergangenen Woche zugesagt, nicht nutzen.

„Allein mit den 20 Milliarden Euro, die die Job-Center in diesem Jahr sehr sicher für die Kosten der Unterkunft ausgeben werden, ließe sich der Neubau von 180.000 Sozialwohnungen fördern“, so Feiger. Außerdem wäre ein staatliches Sonderprogramm für das bezahlbare und soziale Wohnen eine wichtige Unterstützung in der Baukrise. „Wenn es durch das Wegbrechen von Aufträgen im Wohnungsbau zu Kurzarbeit oder sogar zu Entlassungen kommt, dann sind die Leute weg vom Bau. Und die kommen auch nicht wieder zurück. Geht der Bau erst einmal personell in die Knie, dann dauert es Jahrzehnte, bis er wieder auf die Beine kommt – wenn er es überhaupt schafft“, warnt Robert Feiger. Soweit dürfe der Staat es auf keinen Fall kommen lassen. Immerhin sei der Bau auch ein wichtiger Motor für die Binnenkonjunktur.

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten



www.bayerngrund.de

Bayern Grund

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in Ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr „Bauamt auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten
- ✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien

Grundschule Schauenstein:

Erstes „Purple-Roof“-Dach Deutschlands installiert

Wirksame Maßnahmen für eine bessere Steuerung und Nutzung von Wasser in Zeiten des Klimawandels sind in aller Munde. Ein innovativer Lösungsansatz dazu ist ab sofort an der Grundschule Schauenstein zu sehen: Hier wurde in Zusammenarbeit der Firma Browatech GmbH & Co. KG mit der Hochschule Hof das erste sogenannte Purple Roof Deutschlands installiert. Dabei handelt es sich um ein neuartiges Gründachkonzept, das die Regenwasserrückhaltung im Vergleich zu gewöhnlichen Gründächern deutlich optimiert.

Die Installation des Daches ist eingebettet in ein umfassendes Schwammstadt-Projekt der Hochschule Hof und dem Kompetenznetzwerk Wasser Energie. Es ist das erste derartige Projekt an einer bayerischen Schule. Das damit verbundene digitale Regenwassermanagement soll Thema im Grundschulunterricht werden.

Welche Relevanz das Thema Wassermanagement bei Starkregen hat, mussten einige Gemeinden im Hofer Land zuletzt im Sommer 2021 erfahren als der Katastrophenfall ausgerufen werden musste. Wenig erstaunlich also, dass sich Verantwortliche immer mehr mit innovativen Lösungen zur Wasserspeicherung befassen. Eine solche ziert nun das Dach der Turn-

halle der Grundschule Schauenstein und ist somit wohl eine der ersten, abgeschlossenen Schwammstadt Baumaßnahmen an bayerischen Schulen überhaupt.

Innovation aus dem Hofer Land

Umgesetzt wurde die Maßnahme mit Hilfe der Firma Browatech aus Langenbach bei Geroldsgrün, welche ein Kernelement der Innovation beisteuert. Die von Browatech patentierte und nur 5 Millimeter dicke sowie ultraleichte „Tech-Drainage“ ist als leistungsfähiges Drainagetextil Teil des sogenannten „Purple-Roof-Konzeptes“, das in Europa als „Detention-Roof“ bekannt ist. Es besteht aus vier

Schichten: Die „Tech-Drainage“ als unterste Schicht ist der sogenannte Detentionsleger. Er hat die Funktion, eine möglichst hohe Wassermenge zu puffern und erst zeitverzögert wieder abzugeben. Ziel des Konzeptes ist somit, das gespeicherte Wasser erst nach und nach abfließen zu lassen, sodass Überschwemmungen vermieden und bislang notwendige Rückhaltebecken oder ähnliches überflüssig oder kleiner werden. Dass diese Technik nun in Schauenstein eingesetzt werden kann, ist dem zukunftsweisenden Denken von Architekt Renee Lorenz, dem Beratendem Ingenieur Rainer Lang sowie Schauensteins Bürgermeister Florian Schaller zu verdanken, so Geschäftsführer Mario Browa. Produziert wird die Innovation aus dem Hofer Land durch die Firma Semperegreen aus den Niederlanden.

Maßnahmen gegen Starkregen und Trockenperioden

Am Projekt beteiligt ist auch die Hochschule Hof: Hauptauf-

gabe der Forschenden ist eine begleitende Analyse, um prototypische Merkmale des Projektes mit den Zielen des derzeit an der Hochschule Hof in Kooperation mit dem Kompetenznetzwerk Wasser Energie laufenden Forschungsprojektes SPÖRE abzugleichen. Bei dem von der Wilo Foundation und mit eigenen Hochschulmitteln geförderten SPÖRE geht es um die Beantwortung der Frage, wie Oberfranken mit dem Klimawandel und insbesondere mit den extremen Wetterereignissen Starkregen und Trockenheit umgehen sollte und welche Rolle digitale Lösungen dabei spielen. „Mögliche Aktionsfelder hierbei können einzelne Gebäude sein, ganze Stadtviertel, eine Ortschaft oder sogar eine ganze Region. Die Grundschule Schauenstein ist durch den Einsatz des Gründachs ein ideales Beispiel für das kleinste Aktionsfeld. Schauenstein wird daher als Best Practice Bestandteil des Handlungsleitfadens, der am Ende unseres Projektes steht“ so Prof. Günter Müller-Czygan, Leiter des Instituts für nachhaltige Wassersysteme der Hochschule Hof (inwa).

Weitere Forschungs- und Entwicklungsprojekte

Ein weiterer zu untersuchender Aspekt ist der Einfluss des Gründachs auf das Kanalsystem. „Wir möchten wissen, wie viel Regenwasser zurückgehalten werden kann, was dann nicht in den Kanal abgelassen werden muss. Hier bereitet die Hochschule einen weiteren Forschungsantrag vor, bei dem das Beispiel Schauenstein mit untersucht werden soll.“ Zusammen mit der Gemeinde Schauenstein



V.l.: Prof. Günter Müller-Czygan, Hochschule Hof; Florian Schaller, Bürgermeister Stadt Schauenstein; Mario Browa, Fa. Browatech; Rainer Lang, Bauleiter.

Bild: Hochschule Hof

möchte man anschließend Innovationspotenziale für neue Forschungs- und Entwicklungsprojekte ableiten. Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie die erforderliche Bewässerung für alle mit Pflanzen ausgestatteten Bereiche auch in längeren Trockenperioden gesichert werden kann. „Hierzu werden diverse Messsysteme eingesetzt, um z.B. die Bodenfeuchte zu messen und den Wasserbedarf zu ermitteln. Regenwasser wird in entsprechenden Speicherbehältern gesammelt und eine sparsame Wasserentnahme wird nach den Ergebnissen der Datenanalyse berechnet und durchgeführt“, so Prof. Müller-Czygan.

Regenwassermanagement im Grundschulunterricht

Im SPÖRE-Vorhaben „Digitale Grundschule Schauenstein“ wird zudem erstmals eine digitale Steuerungs- und Überwachungslösung eines Regenwas-

sermanagements für eine Schule entwickelt und soll in einem weiteren Fördervorhaben kindgerecht realisiert werden, so dass sie im Sachunterricht der Grundschule eingesetzt werden kann. „Wir möchten bewusst Kinder und Jugendliche für die Bedeutung des Themas Wasser sensibilisieren und freuen uns deshalb sehr, dass es gelungen ist, eine so innovative Technik – für alle gut sichtbar – an unserer Schule zu etablieren“, so Schulleiterin Andrea Fickenschner.

Schauensteins Bürgermeister Florian Schaller dazu: „Ich freue mich, dass wir in Schauenstein Vorreiter einer einfachen und innovativen Entwicklung sind. Es zeigt sich leider regelmäßig wieviel Schaden durch Starkregen entstehen kann, wir leisten mit unserem Turnhallendach einen kleinen Beitrag, der große Wirkung hat. Wer die Chance hat, ein solches innovatives System zu verbauen, sollte dies tun, da die Starkregenereignisse immer häufiger vorkommen.“ □

Bayerischer Ministerrat:

Bezahlbarer Wohnraum dringend gesucht

Bayern fordert den Bund in einer Bundesratsinitiative auf, ein Förderprogramm aufzulegen, mit dem Kommunen und Träger von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bei der Bereitstellung von Wohnraum für Beschäftigte in der Pflege unterstützt werden. Denn auf dem angespannten Wohnungsmarkt hätten Pflegekräfte vor allem in Großstädten und Ballungsgebieten oft wenig Chancen, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Dies gelte im Besonderen für Teilzeitbeschäftigte oder aus dem Ausland zugezogene Pflegekräfte, aber auch für Pflegekräfte, die eine Familie gründen wollen, verlautete aus dem Bayerischen Ministerrat.

Ein neues Förderprogramm für die Schaffung von Wohnraum speziell für Pflegepersonal könnte die Situation am Wohnungsmarkt für Pflegekräfte verbessern und dadurch die Attraktivität dieses Berufs auch im Vergleich zu anderen Berufen steigern. Die dauerhafte Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum schaffe auch die erforderliche Planungssicherheit bei den Pflegekräften, am jeweiligen Wohnort bleiben zu können. Mit einem Förderanreiz für die Schaffung von zielgruppenspezifischem, bezahlbarem Wohnraum würden nicht nur Pflegekräfte wirkungsvoll unterstützt. Die Schaffung von bedarfsgerechtem, bezahlbarem

Wohnraum trage auch wesentlich dazu bei, mehr Menschen für eine Tätigkeit in der Pflege (zurück) zu gewinnen und so dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken.

„Pakt für die Pflege“

Die Bundesregierung wird zu einem „Pakt für die Pflege“ aufgefordert, der weitere wesentliche Instrumente zur Stärkung der Attraktivität des Pflegeberufs enthält. Dazu zählen die Verbesserung der Einkommen etwa durch Steuerfreiheit von Gehaltsbestandteilen sowie verlässliche Arbeits- und Erholungszeiten.

Darüber hinaus drängt der

Freistaat den Bund auf neue Regelungen bei der Ausweisung kleiner Baugebiete. Durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts stünden ganze Einheimischenmodelle in manchen Kommunen faktisch vor dem Aus. Bauherren und potenzielle Mieter sähen sich mit teils jahrelangen Verzögerungen konfrontiert.

Sehr überraschend habe das Gericht den §13b des Baugesetzbuches für europarechtswidrig erklärt, da er keinen Umweltbericht vorsieht, hieß es. Gerade in Bayern sei die Regelung ein kommunalpolitisches Erfolgsmodell gewesen. Konkret wurde damit auf die längsten Verfahrensschritte in der Bauleitplanung verzichtet, was erhebliche Beschleunigungseffekte zur Folge hatte. Die Regelung ermöglichte es gerade kleineren und mittleren Gemeinden in ländlichen Regionen, schnell begrenzte Flächen am Ortsrand zu überplanen und damit dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

Laut Ministerrat kommt das Urteil gerade jetzt zur Unzeit und verunsichert Kommunen, Bauherren, Mieter und Investoren, die oftmals schon ihre Wohnbauinvestitionen getätigt haben und mit dem Bau beginnen wollten. Da die Bayerische Staatsregierung sich gleichermaßen für den Abbau von Bürokratie und die Schaffung von neuem Wohnraum einsetze und dabei eng an der Seite der Kommunen stehe, beschloss der Ministerrat eine Bundesratsinitiative, um zügig einen Ersatz für die Regelung des §13b BauGB zu schaffen.

Ziel ist es, den Kommunen ein bürgernahes und rechtssicheres Werkzeug für die Ausweisung von Wohnbaugebieten an die Hand zu geben, das auf langwierige Verfahren wie doppelte Behörden- und Bürgerbeteiligung verzichtet. Die Begrenzung des Plangebiets auf einen Hektar überbaubarer Fläche sei auch vor dem Hintergrund des Flächensparens vertretbar – die Regelung solle weiterhin nur anwendbar sein, wenn eine weitere Innenentwicklung nicht möglich ist. DK

Bürokratieabbau beim Bau

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger fordert vom Bund, überflüssige Normen und Vorgaben zu streichen, um Bauen wieder preiswerter zu machen - und damit Aufträge für das Handwerk zu sichern. Aiwanger: „Wir müssen mit weniger Vorschriften Kosten senken, damit Bauen wieder bezahlbar wird. Momentan wird zu wenig gebaut, mit gravierenden Auswirkungen auf das Handwerk. Die Zahl der Bauaufträge geht zurück - und Fachkräfte wandern in andere Branchen ab.“

Die mittelständische Bauwirtschaft gilt als eine Leitökonomie für das gesamte bayerische Handwerk. Aiwanger: „Die Politik der Bundesregierung schadet der Bauwirtschaft. Bürokratie, Zwangsvorgaben und Überregulierung nehmen ständig zu, da muss dringend umgesteuert werden, damit sich wieder mehr Bauherren dazu entscheiden, einen Bauauftrag zu vergeben.“

Betroffen seien nicht nur die über 96.000 Betriebe des Bau- und Ausbauhandwerks, sondern auch weitere baunahe Gewerke, wie Sanitär-, Heizungs-Klimatechnik oder das Elektrohandwerk. Damit unterstützt Aiwanger die Forderung des Präsidenten des Bayerischen Hand-

werkstages Franz Xaver Peteranderl nach Bürokratieabbau. Dieser hatte in einem Interview gesagt, dass die Baukosten um 15 bis 20 Prozent fallen könnten, wenn es weniger Vorschriften gebe.

Aiwanger: „Wohnraum muss erschwinglich sein, gerade auch für Familien mit Kindern und Geringverdiener. Berlin muss jetzt handeln, damit der Traum von den eigenen vier Wänden nicht zum Albtraum wird. Die hohen Baukosten stellen nicht nur ein wirtschaftliches Problem dar mit negativen Folgen fürs Handwerk, sondern bergen auch sozialen Sprengstoff. Wir müssen wieder mehr bauen und weniger dokumentieren.“ □

NÜRNBERG
KOMMUNALE
Kommunale, Messe Nürnberg
Halle 9, Stand 9-443
18. - 19.10.2023

Starke Partnerschaft.

Wir sind für Bayerns Kommunen da

Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur **Fortschrittsfinanzierung** – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunalkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen. Erfahren Sie mehr unter bayernlb.de/oeffentliche_hand

Bayern LB

Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

Landkreis Regensburg und Holzforum Regensburger Land:

Verleihung des Regionalen Holzbaupreises 2023

Zahlreiche Gäste, darunter Vertreter aus Politik, Bauherren, Architekten, Planer und Holzbaufirmen konnte Landrätin Tanja Schweiger kürzlich im Bonifaz-Wimmer-Kinderhaus in Thalmassing zur Verleihung des Holzbaupreises 2023 begrüßen. Bereits zum fünften Mal hatte der Landkreis Regensburg in Kooperation mit dem Holzforum Regensburger Land den regionalen Wettbewerb ausgelobt. Unter insgesamt 27 Einsendungen wählte die sechsköpfige Fachjury drei Preise sowie zwei Anerkennungen aus.

Den ersten Preis teilen sich das Bonifaz-Wimmer-Kinderhaus der Gemeinde Thalmassing sowie Haus A der Herbstwiesen Beratzhausen. Den dritten Preis gewann ein Ersatzbau für eine ehemalige Scheune in Beratzhausen von Nicole Mützel, der unter dem Titel „Wohnen im Stadel“ eingereicht wurde. Einer der Anerkennungspreise wurde an das Einfamilienhaus in Holzrahmenbauweise in Hemau von Marlies Mirbeth verliehen. Mit dem zweiten Anerkennungspreis wurde der neue Kreisbauhof des Landkreises Regensburg in Mintraching-Rosenhof gewürdigt.

Stärkung der regionalen Holzwirtschaft

„Unser Holzbaupreis stärkt die regionale Holzwirtschaft und zeigt, wie man mit dem heimischen Holz energiesparend und klimaschonend bauen kann“, erklärte Landrätin Tanja Schweiger die Bedeutung des Preises. Ein Drittel der Landkreisfläche bestünde aus Wald – Waldbewirtschaftung und Holzverarbeitung seien daher ein erheblicher Wirtschaftsfaktor in der Region. Kurze Wege in der Materialbeschaffung und solide Wertschöpfungsketten böten perfekte Bedingungen für modernen, nachhaltigen und regionalen Holzbau. Auch die Expertise bei der Planung und Ausführung sei vorhanden – eine Vielzahl an erfahrenden Planern und Holzbaunternehmen erleichtere den Bauinteressierten die Entscheidung fürs Bauen mit Holz.

Die Landrätin hob die große Vielfalt der 27 Wettbewerbsbeiträge hervor. Jedes der eingereichten Objekte sei wertvoll und nachahmenswert und leiste einen Beitrag zur Wertschöpfung und zum Klimaschutz in der Region. Juror Adrian Blödt, Bezirksvorsitzender Oberpfalz im Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks, erläuterte die Entscheidungen der Jury für die Prämierungen. Die Wettbewerbsbeiträge präsentierten die Relevanz und Vielseitigkeit des moder-

nen Holzbaus als Antwort auf zeitgenössische Herausforderungen. Die Jury achtete bei ihrer Bewertung auf solche Gesichtspunkte wie Nachhaltigkeit und regionale Wertschöpfung, Innovation und schlüssiges Energiekonzept.

Anerkennungspreise

Das Einfamilienhaus in Holzrahmenbauweise in Hemau von Marlies Mirbeth wurde nicht nur wegen der stimmigen und architektonisch gelungenen Ausführung mit dem Anerkennungspreis ausgezeichnet. Das Objekt erfülle das Bewertungskriterium der Regionalität in beeindruckender Weise, denn sowohl bei der Konstruktion als auch bei der Innengestaltung wurde das Holz aus eigener Forstwirtschaft im Umkreis von 500 Metern verwendet, so die Jury. Architekt Franz Dürr schilderte die gestalterischen Herausforderungen bei der Planung des Objekts, das sich möglichst gut in die bestehende Hofsituation und Umgebung integrieren sollte.

Der zweite Anerkennungspreis ging an den neuen Kreisbauhof des Landkreises Regensburg in Mintraching-Rosenhof. Adrian Blödt zählte die Besonderheiten des Objektes auf: Schon der Einsatz von Holzbaustoffen in großem Maßstab mache dieses Projekt bemerkenswert. Auch die Neuinterpretation des „schützenden Hof“-Gedanken bei dem Bau, das aus verschiedenen Gebäudeteilen für unterschiedlichste Funktionen besteht, sei gestalterisch gelungen und ermögliche effiziente Arbeitsabläufe. Die Hybridbauweise aus Holz, Stahl und Beton bleibe sichtbar und zeige die Vorteile der Verwendung des jeweiligen Baustoffs für unterschiedliche Bereiche. Vor allem aber zeige der neue Kreisbauhof, dass es möglich ist, Holz auch für solche Bauwerke einzusetzen, die in der bisherigen Wahrnehmung der mineralischen Massivbauweise vorbehalten waren. Architekt Joachim Gutthann nannte eben dieses

Miteinander von verschiedenen Baustoffen bei einem Funktionsgebäude wie dem Kreisbauhof als Lösung für ein stimmiges gestalterisches Konzept.

Gelungene Symbiose aus Tradition und moderner Architektur

Den dritten Preis bekam ein Ersatzbau für eine ehemalige Scheune in Beratzhausen von Nicole Mützel. Architekt Florian Gebauer bedankte sich bei der Bauherrin für ihren Mut, sich auf eine innovative Bauweise und Außengestaltung einzulassen. Bei dem Gebäude verzichtete man auf einen klassischen Dachbelag und setzte stattdessen über Fassade und Dachfläche eine einheitliche Verkleidung aus vorvergrauten Holzlatten in unterschiedlichen Tiefen ein, die die ursprüngliche Scheunencharakteristik aufgreift. Die herausragende reliefartige Gebäudehülle zeige die Möglichkeiten einer modernen Holzarchitektur, so die Jury. Der architektonisch und funktional gelungene Holzbau mit seiner nahezu nahtlosen Angliederung an den Bestand sei darüber hinaus beispielhaft für Nachverdichtung im ländlichen Raum.

Gebäudekomplex Herbstwiesen

Das Gebäudekomplex Herbstwiesen in Beratzhausen ermöglicht dank der altersgerechten, barrierefreien Seniorenwohnungen ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter. Die Jury bewertete vor allem den Einsatz der Holzbaupreise für den Geschloßwohnungsbau als vorbildlich und vergab dafür einen von zwei ersten Preisen.

Trotz der einfachen Verfügbarkeit von Decken in Massivholzbauweise wurde konsequent auf die Leichtbauweise zurückgegriffen. Dadurch konnten regionale Holzprodukte eingesetzt werden. Dies sei in dieser Gebäudeklasse derzeit innovativ und damit zukunftsweisend, erklärte Adrian Blödt. Auch das Energiekonzept, welches über ein sogenanntes Mieterstrom-Modell den Bewohnern günstigen Strom vom eigenen Dach zur Verfügung stellt, sei vorbildlich. Architekt Franz Dürr erläuterte sein Gestaltungskonzept mit durchdachten Grundrissen und großzügigen Balkonen, das den Bewohnern den Umzug von einem Haus in eine Wohnung erleichtern soll.



Landrätin Tanja Schweiger (Mitte) mit allen Preisträgern des Holzbaupreises 2023 und Bürgermeistern der Heimatgemeinden der Preisträger. Bild: Wenzel Neumann

Multifunktionales Kinderhaus

Der zweite erste Preis ging an das Kinderhaus mit Kinderkrippe, Kindergarten, Kinderhort und Gemeindebücherei in Thalmassing. Gewürdigt wurden bei diesem Vorhaben die gestalterische und konstruktive Exzellenz. Das multifunktionale Bauwerk setzte sich aus einzelnen Häusern zusammen, die gegeneinander verschoben sind. Die sorgfältige Planung und Umsetzung der Details mit consequentem Holzeinsatz sorgte für eine hohe Aufenthaltsqualität und freundliche Ausstrahlung. Ebenso lobenswert seien die gelungene Einfügung des Objekts in das Landschaftsbild und das durchdachte Energiekonzept. Architekt Thomas

Neumann aus München zeigte sich erfreut, wie kreativ und achtsam die Kinder und die Kinderhausleitung mit dem geplanten Bauwerk im täglichen Betrieb umgehen. Thalmassings Bürgermeister Rafael Parzefall, bekräftigte, dass sich Kinder, Eltern und das Personal in dem Holzbau sehr wohl fühlen und der Betrieb dank der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde, der Pfarrei und Kindergartenleitung vorbildlich ist. Auch habe sich das Gesamtkonzept mit der Gemeindebücherei gut bewährt.

Der Vorsitzende des Holzforums Regensburger Land, Johannes Maag, dankte allen Wettbewerbsteilnehmern, dem Landkreis Regensburg und der Jury für ihren Einsatz. Der Holzhausbau habe in den letzten Jahren

eine große Entwicklung durchgemacht. Mehrgeschossige Gebäude, Modul- oder serielle Bauweise seien die Schlagwörter für die Zukunft des Neubaus auch im ländlichen Raum. „Wir haben in unserer Region zahlreiche Holzbaufirmen, die sich vom traditionellen Handwerk zu modernen Hightech-Unternehmen entwickelt haben, die steigenden Anforderungen mit Bravour meistern und sich laufend weiterentwickeln.“

Die Publikation des Wettbewerbs 2023 kann über das Sachgebiet Wirtschaft, Regionalentwicklung und Tourismus des Landkreises Regensburg, Telefon: 0941 4009-469; E-Mail: regionalentwicklung@lra-regensburg.de, in Print- oder PDF-Format angefordert werden. □

Geht doch! Den Wandel bewusst gestalten

Fachtagung für zukunftsfähige Kommunen im November 2023

„Wandel mit Mehrwert planen“ heißt der Vortrag der Bayerischen Architektenkammer auf den Fachtagungen für den ländlichen Raum, die im Herbst stattfinden. Zusammen mit der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung und dem Bayerischen Gemeindetag geht die Bayerische Architektenkammer bewusst aufs Land, um dort zu zeigen, dass es nicht nur Probleme, sondern auch gute Lösungen für die Zukunftsentwicklung der Gemeinden gibt. Gastgeber sind die drei Schulen der Dorf- und Landentwicklung im Kloster Thierhaupten, Kloster Plankstetten und Klosterlangheim.

„Wir haben uns entschlossen, diese Tagung nicht zentral in einer Stadt zu machen, sondern wieder – gemäß unserer Idee des Wandels – dezentral dorthin zu gehen, wo die Kommunen sind, die nach Lösungen suchen“, sagt Ariane Jungwirth, Vorstandsmitglied der Bayr. Architektenkammer.

Natürlich ist es aufwändiger, an drei Orten zu drei unterschiedlichen Terminen eine Tagung abzuhalten, doch es hat auch einen nachvollziehbaren Sinn: „Wir wollen jeweils in Franken, Niederbayern/Oberpfalz und Oberbayern/Schwaben besonders gelungene und prämierte Projekte der Ortsentwicklung vorstellen“, sagt Jungwirth. „Es handelt sich um Mut-Mach-Projekte, tolle Lösungen in Architektur, Orts- und Umbauplanung, sozialer Planung und Klimaanpassung. Und da ist es einfach sehr viel ansprechender, Projekte aus erster Hand kennenzulernen, die in der näheren Umgebung realisiert wurden, anstatt Projekte kennenzulernen, die am anderen Ende des Freistaats existieren.“

Ariane Jungwirth – in der Bayerischen Architektenkammer als Vorstandsmitglied für die Bereiche „Raum, Fläche, Boden, Wohnen und Arbeiten“ zuständig, setzt sich für „integrierte ganzheitliche Projekte des Wandels“ ein. „Unsere Stadtplanung und Raumplanung steht im Grunde vor der Herausforder-

ung einen kompletten Umbau der Lebens- und Arbeitswelt zu realisieren. Wir brauchen, um den Klimawandel zu bewältigen, eine Transformation des heutigen Lebensstils.“ Dies betrifft alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens, angefangen von



Ariane Jungwirth. □

der Arbeitssituation, der davon größtenteils abhängigen Mobilität, der Integration aller Generationen in eine lebendige Dorfgemeinschaft und natürlich der wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raums. Das ist eine enorme Aufgabe, die nur dann gestemmt gut werden kann, wenn sicheres Wissen über die eigene Kommune vorhanden ist. Deshalb wird zum Thema „erweitertes kommunales Flächenmanagement“ die neuste Entwicklung in den Tagungen vorgestellt. Hierzu gibt

es inzwischen sehr nützliche Analysetools. Damit verbunden sind Datenbanken, in die jede Kommune ihr wertvolles Wissen speichern und weiterentwickeln kann, um für zukünftige Planungen verlässliche Grundlagen zu haben.

„Nur wenn alle Bereiche des dörflichen Lebens beachtet werden, wird es klimaresistente Orte, stressfreies Wohnen sowie Arbeiten und ein sicheres, menschenwürdiges Leben in allen Alters- und Gesellschaftsgruppen geben.“ Davon ist Ariane Jungwirth überzeugt. „Und der Weg dahin führt sicherlich nicht über einen „allwissenden Planer“, sondern nur über gemeinsames Erarbeiten der Ziele und Lösungen mit den Einwohnern eines Ortes. Und dafür gibt es eben schon hervorragende Lösungen, die bereits realisiert wurden. Die wollen wir bei unseren Tagungen vorstellen.“

Theresa Schäfer, die als Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten, am 7. November den Auftakt zu den drei Tagungen als Gastgeberin gestaltet, fasst zusammen: „Die Tagungen werden neugierige und mutige Kommunalpolitiker mit Fachleuten, Beratungsangeboten und Lösungen zusammenbringen. Damit wird klar, dass der Wandel in ländlichen Regionen bereits in vollem Gange ist und dass er auch erfolgreich absolviert werden kann.“

Ariane Jungwirth wird zusammen mit Andreas Rockinger den Part der Architektenkammer in Klosterlangheim am 14. November übernehmen. Andreas Rockinger von der Beratungsstelle Energie und Nachhaltigkeit (BEN) der Bayerischen Architektenkammer wird am 21. November im Kloster Plankstetten und am 7. November im Kloster Thierhaupten dabei sein. **ggb**

Wir prüfen für Ihre Sicherheit!

REI LUX Group

Stand sicherheitsprüfungen
an Beleuchtungsmasten aller Art

Besuchen Sie uns auf der
KOMMUNALE 2023! Halle 8, Stand 521

REI-LUX Prüf-, Mess-, Verfahrenstechnik GmbH & Co. KG
Erkelenz, www.rei-lux.de

GAB-Altlastensymposium in Hof:

Rechtliche Aspekte, praxisgerechte Lösungen

Mit knapp 300 Teilnehmern war das diesjährige Altlastensymposium der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) sehr gut besucht. An zwei Tagen wurden in Hof aktuelle Entwicklungen zu rechtlichen und fachlichen Aspekten der Altlastenbearbeitung, hier insbesondere zur Umsetzung der Mantelverordnung, präsentiert und Sanierungsmöglichkeiten von PFAS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) vorgestellt. Weitere Schwerpunkte waren die Themen Rüstungsaltlasten und Kampfmittelräumung sowie die Entsorgung. Vorträge zum Thema Klimawandel und Altlasten rundeten das Vortragsprogramm ab.

Neu strukturiert wurde die von Winfried Pollmann (Amt für Umwelt und Naturschutz der Stadt Kempten) vorgestellte Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung BBodSchV. So stehen die Regelungen für den vorsorgenden Bodenschutz nun am Anfang, gefolgt von den Regelungen für das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in den Boden. Es folgen die Regelungen zur Gefahrenabwehr, für Untersuchung, Bewertung und Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen und Altlasten sowie zur Vorkundung, Probenahme, Analyse und gemeinsame Bestimmungen.

Bodenschutzverordnung

Neu in der insgesamt verschlankten Verordnung ist Pollmann zufolge, dass für Schadstoffe, die aus Böden eluiert werden können, sich die Bestimmungsmethode geändert hat

und zudem das Thema der natürlichen Schadstoffminderung explizit aufgenommen wurde. Weiterhin seien Prüf-, Vorsorge- und Maßnahmenwerte an aktuelle Erkenntnisse angepasst und erweitert worden. Für organische Schadstoffe wurden für den Wirkungspfad Boden-Grundwasser weitere Prüfwerte u. a. für Chlorbenzole, Chloräthen (Vinylchlorid), sechs sprengstofftypische Verbindungen und sieben PFAS-Einzelverbindungen abgeleitet.

PFAS-Sanierungsverfahren

Dr. Judith Forberg, Bayerisches Landesamt für Umwelt in Hof, schilderte den aktuellen Stand verschiedener PFAS-Sanierungsverfahren. Sie informierte über Standardanierungsverfahren wie z. B. Abdichtung oder Überbauung bei PFAS-belasteten Böden bzw. Pump-and-Treat-Maßnahmen bei der Sanierung des PFAS-be-

lasteten Grundwassers ebenso wie über Sanierungsverfahren, die bereits auf dem Markt bzw. kurz vor Marktreife sind. Dabei ging sie bei PFAS-belasteten Böden auf die thermische Desorption, die Immobilisierung sowie die In-situ- wie auch Ex-situ-Bodenelution ein.

Für die Aufbereitung PFAS-belasteten Wassers, so die Referentin, würden aktuell eine Vielzahl an Verfahren erforscht und entwickelt. Neben der (Weiter-)Entwicklung verschiedener Sorptionsmaterialien (zum Beispiel Zeolithe, spezielle Polymere) würden destruktive Verfahren, wie die Ultraschallbehandlung, Plasmabestrahlung oder chemische Oxidations- und Reduktionsverfahren, erprobt. Nach ihrer Ansicht wird bei künftigen Sanierungen von PFAS das Augenmerk zunehmend auf Verfahrenskombinationen liegen, mit dem Ziel einer endgültigen Zerstörung der PFAS und damit deren dauerhafter Entfernung aus der Umwelt.

Über Möglichkeiten und Grenzen zur Behandlung ETV-belasteter Böden berichtete Dr. Martin Biersack, Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU). In der Vergangenheit kamen im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen bei Rüstungsaltlasten bevorzugt konventionelle Dekontaminations- oder Sicherungs-

verfahren zur Anwendung. Als mögliche Alternative wurden in den vergangenen Jahren Behandlungsverfahren Immobilisierung (IM) durch Torf oder Kompost und alkalische Hydrolyse (AH) für rüstungsspezifische organische Schadstoffparameter eingesetzt. Für beide Verfahren liegen mittlerweile auch in Bayern Anwendungsbeispiele vor.

Rüstungsaltlasten

Das LfU hat den aktuell bekannten Kenntnisstand hinsichtlich der wesentlichen Verfahren zur Behandlung von Boden- und Grundwasserkontaminationen durch sprengstoff- und pulvertypische Verbindungen (ETV-Verbindungen) bei Rüstungsaltlasten in einem Grundlagenbericht zusammengefasst. Der Bericht ist ebenso wie die Ergebnisse des LfU-Forschungsprojektes im Internetangebot des LfU eingestellt.

Darüber hinaus wies Biersack darauf hin, dass die Ergebnisse eines aktuell abgeschlossenen LfU-Projekts die Eignung von Kompost als Medium für Sorptions- und Abbauprozesse für Explosivstofftypische Verbindungen (ETV) bestätigt hätten. Der Projektbericht enthalte darüber hinaus auch Informationen zur Sanierungsplanung, zur Durchführung von Vorversuchen im Rahmen der Eignungsprüfung sowie verfahrenstechnische Vorgaben für die großtechnische Anwendung der Alkalischen Hydrolyse und der Immobilisierung mittels Kompost und werde dieses Jahr noch veröffentlicht.

Michael Kremer vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gab einen Überblick zur Umset-

zung der Mantelverordnung. Zunächst ging er auf die Fortschreibung und Weiterentwicklung des bayerischen Verfüll-Leitfadens ein. Er wies darauf hin, dass insbesondere bei allen Genehmigungen, die im Zeitraum 16.07.2021 bis 31.07.2023 erteilt wurden, ab 1.08.2023 zusätzliche Vorgaben beachtet werden müssen. So müsse der Abfallerzeuger künftig vor Verfüllung mit Bauschutt prüfen, ob eine höherwertige Verwertung erreichbar ist. Hervorgehoben wurde zudem, dass der Betreiber einer Verfüllung in jedem Fall nur Material annehmen dürfe, das für seine Verfüllung geeignet ist und dies durch laboranalytische Untersuchungen nachgewiesen werden muss.

Ersatzbaustoffverordnung

Im Hinblick auf die Ersatzbaustoffverordnung (EBV) teilte Kremer mit, dass eine Vielzahl konkreter Vorschläge Bayerns weder im Bund noch beim Bundesrat berücksichtigt wurden. Momentan werde der Spielraum geprüft, der ggf. auf Landesebene für eine praxisgerechte Lösung z. B. im Wege der Veröffentlichung bayerischer FAQs genutzt werden könnte. Abschließend wies Kremer auf die bayerische Arbeitshilfe „Umgang mit Bodenmaterial“ mit einer Reihe anschaulicher Best Practice-Beispiele hin. Hier würden insbesondere mögliche Vermeidungsmaßnahmen erläutert, um zu entsorgenden Bodenaushub („Abfall“) erst gar nicht entstehen zu lassen.

Christopher Zier, LfU, Klimazentrum Hof, informierte über den Klimawandel in Bayern und erwartbare Entwicklungen. Bei der Temperatur sei eine eindeutige Zunahme erkennbar. Dabei

würden die Sommer- und Winterhalbjahre wärmer, es gebe deutlich weniger Eis- und Frosttage, die Frostperioden seien kürzer, es gebe mehr Hitzetage und Tropennächte sowie längere Trockenperioden. Beim Jahresniederschlag sei eine tendenzielle Abnahme zu erkennen. Die Wintermonate würden niederschlagsreicher, wobei es mehr Regen und weniger Schnee geben wird. Die Sommermonate hingegen würden niederschlagsärmer mit der Folge von mehr Trockenperioden und mehr Starkregenereignissen. Wie sehr sich durch die Klimaentwicklungen die Klimafolgen in Zukunft verstärken und weitere Folgen auftreten werden, hänge zentral davon ab, wie ambitioniert Klimaschutz betrieben wird, so Zier.

Klimawandel und Grundwasser

Sein Kollege Dr. Jörg Neumann schilderte den Klimawandel im Freistaat unter dem Aspekt „Auswirkungen auf das Grundwasser“. Er berichtete, dass die bisherigen Beobachtungen in Bayern bereits deutliche Auswirkungen des Klimawandels auf das Grundwasser zeigen. Entsprechend werde seit rund 20 Jahren ein Rückgang der Messwerte festgestellt, der sich in den vergangenen Jahren vielerorts nochmals verschärft hätte. Verantwortlich für diese Entwicklung sei das Defizit bei der Grundwasserneubildung. Dies habe bereits jetzt unmittelbare Auswirkungen auf das insgesamt verfügbare Dargebot und erfordere entsprechende Anpassungsmaßnahmen im Hinblick auf verschiedene Grundwassernutzungen. **DK**

Glauber vergibt Bayerischen Ressourceneffizienzpreis

Umweltminister Thorsten Glauber hat in Bamberg die Unternehmen Maincor Rohrsysteme GmbH & Co. KG, Leipfinger-Bader GmbH, Linhardt GmbH & Co. KG und INTERATIO-MediTec GmbH mit dem Bayerischen Ressourceneffizienzpreis 2023 ausgezeichnet. Gewürdigt wurden sie für ihren Einsatz für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Damit nehmen sie laut Glauber eine Vorreiterrolle ein.

Die Schweinfurter Firma Maincor Rohrsysteme GmbH & Co. KG stellt Kunststoffrohrsysteme her. Beworben hat sich das Unternehmen mit einem neuen Verarbeitungsverfahren, durch das auch bei Heizungs- und Sanitärrohren anteilig Sekundärrohstoffe (25 %) bei der Produktion verwendet werden können, was bislang nicht möglich war. Recycling wird hier bereits beim Produktdesign mitgedacht und der CO₂-Fußabdruck reduziert.

Die Firma Leipfinger-Bader GmbH aus dem niederbayerischen Buch am Erlbach hat 2020 eine Recyclinganlage zur Wiederverwertung von Ziegelbruch in Betrieb genommen. Die dabei anfallenden kleinen Gesteinskörnungen (< 1 mm) werden in einer ressourcenschonenden und innovativen Ziegelentwicklung als „Kaltziegel“ der Bauwirtschaft zurückgeführt. Preiswürdig bei diesem Herstellungsprozess ist, dass eine hochwertige Verwer-

tung und kein Downcycling zu Füll- und Befestigungsmaterial erfolgt und nebenbei auch die Energieeffizienz deutlich verbessert wird.

MonoMaterialTube

Mit dem Projekt MonoMaterialTube bewarb sich die Linhardt GmbH & Co. KG aus dem niederbayerischen Viechtach. Dabei bestehen sowohl die Tube selbst als auch der Verschluss aus Post-Consumer recyceltem (PCR) Aluminium. Preiswürdig ist dieses Produkt, da es den Monomaterialgedanken aufgreift, die Verwendung von fossilem Kunststoff vermeidet und als Alltagsprodukt Symbolcharakter für weitere ähnliche Produktideen in der Verpackungsbranche hat.

Neuartiges Lavage System

Auf Medizinprodukte der modernen Zementiertechnik hat sich die INTERATIO-MediTec GmbH im niederbayerischen Steinach spezialisiert. Das Unternehmen bewarb sich mit einem neuartigen Lavage System, das während der Implantation eines künstlichen Knie- oder Hüftgelenks zur Spülung des Knochens zum Einsatz kommt. Dabei kann der Antrieb mit einer hochwertigen Aluminium-Außenhülle mehrfach verwendet werden und nur die Spülsets werden zur Einmalverwendung hergestellt.

Herkömmliche Systeme sind als Ganzes ausschließlich für die Einmalverwendung vorgesehen. Preiswürdig ist dieses Produkt, da es als Vorreiter für die Entwicklung weiterer zukunftsfähiger Mehrwegtechnologien in der Medizintechnik dienen kann, in der es aufgrund der erforderlichen Hygienebedingungen schwieriger ist, Mehrwegtechnologien einzusetzen, als in anderen Bereichen. **DK**

700 Millionen alte Handys:

Empfehlungen für mehr Rückgabe und Wiederverwertung

Die Europäische Kommission unterstützt die EU-Staaten mit neuen Empfehlungen dabei, die Rückgabequoten von gebrauchten Mobiltelefonen, Tablets, Laptops und deren Ladegeräten zu verbessern. EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius sagte: „In unseren Schubladen liegen mehr als 700 Millionen alte Handys herum - das sind fast zwei für jeden Menschen in der EU. Wir können es klarer und einfacher machen, solche Produkte zurückzugeben, zu reparieren und zu recyceln. Die Empfehlungen konzentrieren sich auf wirksame Maßnahmen und Anreize, um die Sammelquote für Elektrokleingeräte in der EU zu erhöhen und ihnen ein zweites Leben zu geben.“

Die Kommissions-Empfehlungen umfassen beispielsweise finanzielle Anreize wie Rabatte, Gutscheine, Pfand- und Rücknahmesysteme oder Geldprämien; besser bekannte und erreichbare Sammelstellen, an denen die Menschen Kleinelektrogeräte zurückgeben können; Bereitstellung von vorfrankierten Umschlägen oder Etiketten für die Rückgabe von solchen Geräten; Aufbau von Partner-

schaften zwischen Wiederverwendungsorganisationen und Betreibern von Rücknahmesystemen sowie konkret festgelegte Ziele für die Wiederverwendung und die Vorbereitung der Wiederverwendung.

Diese Empfehlungen dienen den nationalen Behörden bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (sog. WEEE-Richtlinie). **DK**



WIR FÖRDERN ENERGIESCHAFFEN UND ENERGIESPAREN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 089 / 21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

Lfa Förderbank Bayern

Von 5,4 auf 13,5 Millionen in zwei Jahren:

Kommunen steigern nachhaltige Einkäufe

Kommunen in der Metropolregion Nürnberg beschaffen immer nachhaltiger. Das Netzwerk aus Fairtrade-Gemeinden und -Städten wächst kontinuierlich – so auch die nachhaltigen Einkäufe der Kommunen. Von 5,4 Millionen Euro im Jahr 2020 ist die Summe für faire Arbeitskleidung, Spülmittel oder Bleistifte auf 13,5 Millionen Euro gestiegen. Besonders viel investierten die Städte Coburg, Fürth, Nürnberg und Neumarkt i.d.OPf., die auf dem Fair Trade Gipfel der Metropolregion in der Stadthalle Fürth geehrt wurden.

Ein lebendiges Netzwerk und ein hohes Engagement bei allen Beteiligten: Die Europäische Metropolregion Nürnberg gehört zu den Fairtrade-Vorzeigerregionen in Deutschland. Neben den mittlerweile 83 Fairtrade Towns gibt es 100 Fairtrade Schools und 7 Fairtrade Universities. Gemeinsam engagieren sie sich für den Fairen Handel – unterstützt werden die Aktivitäten von der „Ent-

wicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg“ in der Geschäftsstelle der Europäischen Metropolregion Nürnberg, die auch zum Fair Trade Gipfel geladen hat mit rund 80 Teilnehmenden aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Die Parlamentarische Staatssekretärin der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Bärbel Kof-

ler betonte die Bedeutung der lokalen Ebene: „Kommunen spielen eine große Rolle für die globale Entwicklung. Wenn Kommunen in Deutschland sich für fairen Handel und nachhaltige Beschaffung entscheiden, hat das Auswirkungen auf die Lebensrealitäten von Menschen im Globalen Süden. Die teilnehmenden Kommunen sind Vorbilder und machen Bürgerinnen und Bürgern Mut für konkrete Schritte zu mehr Nachhaltigkeit. Nur gemeinsam mit lokalen Akteuren in Deutschland und der Welt gelingt die Aufholjagd zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele.“

Nach der Begrüßung durch den Fürther Landrat Matthias Dießl sowie den Ratsvorsitzenden der Metropolregion Nürnberg und Bamberger Landrat Johann Kalb, sprach Prof. Dr. Frank Ebinger, Professor für nachhaltigkeitsorientiertes Innovations- und Transformationsmanagement an der Technischen Hochschule Nürnberg, mit der Moderatorin über die Rolle der Kommunen in der Nachhaltigkeitstransformation. Er stellte ein steigendes Verständnis der Städte und Kommunen in Sachen fairer Einkauf fest, unter anderem durch die Impulse seitens der Entwicklungsagentur Faire Metropolregion Nürnberg. „Nach Jahren der Aufbauarbeit zeigen sich vielfältige Wirkungen - von Nachhaltigkeitsstrategien bis hin zum Einkauf“, betonte Ebinger.

Workshops

In fünf Workshops gab es beispielsweise Tipps zur Einführung nachhaltiger Beschaffungsrichtlinien, einen fairen Stadtspaziergang sowie vielfältige Aktionsideen für Kommunen, Schulen und Hochschulen rund um das Thema Fairer Handel.

Die Entwicklung der Fairen Metropolregion Nürnberg verläuft positiv: 86 Mitgliedskommunen haben den gemeinsamen Pakt zur nachhaltigen Beschaffung seit 2019 unterzeichnet. 2020 beschafften die Kommunen für 5,4 Millionen Euro nach Sozial- und Umweltstandards, 2021 waren es bereits 8,8 Millionen Euro. Das nächste Ziel von 10 Millionen Euro übertrafen sie 2022 bei Weitem: Insgesamt konnten Produkte im Wert von über 13,5 Millionen Euro nachhaltig beschafft werden.

Das Initiativkreissprecher-Duo der Fairen Metropolregion Nürn-

berg, Dr. Roland Oeser und Barbara Schroeder, zeigte auf, welche Kommunen besonders erfolgreich abgeschnitten haben. Die Stadt Coburg zeichnete sich dieses Jahr durch ihr besonders hohes Engagement aus, da sie im kommunalen Vergleich die höchste Gesamtsumme pro Einwohner an nachhaltigen Beschaffungen beitragen konnte. Den größten Anteil an nachhaltig beschafften Produkten machte die IT-Ausstattung aus, bei der besonderer Wert auf die Reparierbarkeit gelegt wurde, sowie 567 neue Stühle aus nachhaltigem Holz.

Gewinnerkommunen

Vorbildlich waren auch die Städte Fürth und Nürnberg, die großen Wert auf Bio-Essen und Kindertagesstätten legten. Die Stadt Neumarkt i.d.OPf. erhielt einen Sonderpreis in der Kategorie sozialverträgliche Beschaffungen.

„Nachhaltige Entwicklung voranzutreiben ist eine Mammutaufgabe, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Deshalb sind die in den letzten Jahren entstandenen Strukturen in der Metropolregion wie z.B. die Entwicklungsagentur, der Fairtrade Gipfel und der Beschaffungspakt so wichtig. Wir sollten uns aufgrund des enormen Mehrwerts für alle Mitgliedskommunen darauf konzentrieren, diese Strukturen mit Unterstützung des Bundes weiter zu entwickeln, denn die Metropolregion Nürnberg ist schon heute in diesem Bereich eine Modellregion in Deutschland, deren Erfahrungen weit darüber hinaus genutzt werden können und sollten“, sagte Thomas Thumann, Neumarkter Oberbürgermeister sowie politischer Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung in der Metropolregion.

Das Geheimnis, welche Kommunen den Titel im bundesweiten Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels 2023“ tragen dürfen, wurde ebenfalls enthüllt. Die letzten Titel gingen in die Metropolregion, nach Neumarkt (2019) und nach Fürth (2021), nun dürfen sich mit Sankt Peter-Ording, Ingelheim am Rhein und München erstmals drei Hauptstädte als kleine, mittlere und große Kommune mit dem Titel schmücken. Organisiert wird der Wettbewerb, der mit insgesamt 250.000 Euro dotiert ist, von der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW)

In der Metropolregion Nürnberg konnten gleich drei Städte Platzierungen mit nach Hause nehmen: Herrieden den 2. Platz in der Kategorie Kleinstadt, Amberg einen Sonderpreis für das Bildungsprojekt Zukunftswerkstatt und Ebern den Publikumspreis. □

Brände durch Batterien und Akkus gefährden Recyclingwirtschaft:

Verbände fordern sofortiges Handeln

Falsch entsorgte Batterien verhindern in zunehmendem Maße die Rohstoffsicherung in Deutschland. Das Versagen des derzeitigen Systems führt täglich zu verheerenden Bränden in Recyclinganlagen, Abfallsammelfahrzeugen und auf Recyclinghöfen, die der Rohstoffwirtschaft erhebliche Schäden in Millionenhöhe zufügen. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die anstehende Fortentwicklung des ElektroG haben die Spitzenverbände der Recycling- und Entsorgungswirtschaft - BDE, BDSV, bvse und VDM - geeignete Maßnahmen entwickelt, die sowohl den Bränden in Entsorgungsanlagen entgegenwirken als auch die Fortentwicklung des ElektroG hin zu einer nachhaltigen und sicheren Kreislaufwirtschaft für Elektroaltgeräte und Batterien unterstützen.

Vorrangiges Ziel muss nach Verbandsangaben die Steigerung der Sammelqualität sein. Dadurch könne die Sicherheit auf den Entsorgungsanlagen erhöht und das Brandrisiko verringert werden.

Im Rahmen der anstehenden Novellierung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes wird die Bundesregierung aufgefordert, verschiedene Regelungslücken umgehend zu schließen und auf die Veränderungen angemessen zu reagieren. Im Mittelpunkt der Forderungen steht die Erfassung auf kommunalen Wertstoffhöfen. Dieser Bereich macht den weitaus größten Teil der E-Schrott-Rücknahme aus. Folgende Maßnahmen haben aus Sicht der Verbände Priorität:

Maßnahmenkatalog

1. Verpflichtende Annahme von Elektro(nik)-Altgeräten durch Fachpersonal und eine damit verbundene zielgerichtete Sortierung batteriehaltiger Altgeräte von batteriefreien Geräten.
2. Erklärung der Batteriefreiheit: Die Übergabestellen bestätigen mit der Vollmeldung, dass die mit Elektroaltgeräten der Sammelgruppen 2 (Bildschirmgeräte), 4 (Großgeräte) und 5 (Kleingeräte) befüllten Behälter frei von Batterien und batteriehaltigen Altgeräten sind.
3. Einführung einer Sammelgruppe für batteriehaltige Altgeräte: Durch die gemeinschaftliche Erfassung von batteriehaltigen Altgeräten aus den verschiedenen Sammelgruppen in einer neuen, separaten Sammelgruppe kann die Brandgefahr durch Fehlwürfe deutlich reduziert werden. Gleichzeitig vereinfacht eine separate Sammelgruppe die operative und logistische Handhabung durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger und reduziert den Infrastrukturaufwand für die Erfassung von Elektroaltgeräten.
4. Leistungsgerechte Finanzierung der kommunalen Erfassungsleistung durch die Hersteller: Um

den organisatorischen Mehraufwand bei den Kommunen auszugleichen und dem Fachkräfte bzw. Personalmangel entgegenzutreten, empfehlen die beteiligten Recycler- und Entsorgerverbände die Schaffung eines finanziellen Anreizes durch die entsorgungspflichtigen Hersteller und Inverkehrbringer, der Kommunen immer dann zur Verfügung gestellt wird, wenn diese nachweislich sicherstellen, dass keine batteriehaltigen Elektroaltgeräte in falsche Kanäle gelangen und die erfassten Elektroaltgeräte nach den Vorgaben des ElektroG korrekt erfasst wurden.

5. Verstärkung der Informationsarbeit gegenüber den privaten Haushalten. Die Produktverantwortlichen sowie die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sind gefordert, weiterhin und verstärkt auf die Risiken einer unsachgemäßen Entsorgung hinzuweisen.

Zudem führen die Verbände an, dass es jenseits des Regelungsbedarfs des ElektroG weitere Maßnahmenbündel wie etwa mehr Mitwirkung der Hersteller und ein Batteriepfand braucht, um der unsachgemäßen Entsorgung von Altbatterien Einhalt zu gebieten. Bisherige Insellösungen nur für bestimmte Batterietypen verhindern ein besseres Verständnis der Bürger für die ordnungsgemäße Entsorgung von Altbatterien und batteriehaltigen Elektrogeräten.

Die in der EU BattV vorgesehene Regelung zur Überprüfung der Durchführbarkeit sei unbefriedigend, da der Prüfungszeitraum bis Ende 2027 viel zu lang ist. Im gleichen Zeitraum werde die Zahl der Batterien und Akkumulatoren stark ansteigen. Bereits heute würden beispielsweise jährlich 80 Millionen Einweg-E-Zigaretten in Verkehr gebracht. Aus Sicht der Verbände ist ein Gegensteuern für eine ordnungsgemäße Rückführung oder ein Verbot dieser umweltschädlichen Produkte kurzfristig notwendig. DK

Bayerischer Klimaschutzpreis für vorbildliche Initiativen

Für herausragende Verdienste um den Klimaschutz hat Umweltminister Thorsten Glauber in München den Bayerischen Klimaschutzpreis verliehen. Der Klimaschutzpreis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert.

„Tu was! Sinzing“ (Preisgeld 7.500 Euro) ist ein Aktionsbündnis engagierter Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Regensburg, die Klimaschutz und Klimaanpassung, Umweltbildung und soziales Miteinander vor Ort verknüpfen und fördern. Mittelpunkt ihres Vorhabens sind die beiden Vielfaltsgärten, die sie generationenübergreifend bewirtschaften. Im ersten Garten steht die Umweltbildung im Mittelpunkt. Gemeinsame Gartenarbeit mit Kindern, Kräuterkunde und Experimente beispielsweise zum Verrottungsprozess sensibilisieren schon die Jüngsten für die Bedeutung von Natur und Umwelt. Im zweiten Garten stehen die Zucht und die Optimierung resilienter Sorten im Vordergrund. Aktuell sind 30 Sorten in der Entwicklung, die über eine Open-Source-Plattform der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung gestellt werden soll.

Das Projekt A.ckerwert (5.000 Euro) der Diplom-Ingenieurin Lioba Degenfelder aus Weihmichl (Landkreis Landshut) vermittelt zwischen Flächeneigentümern und Landwirtschaft für eine ökologischere Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen. Im Zentrum stehen dabei insbesondere die klimaschonende Landwirtschaft, die Resilienzsteigerung der Landschaft gegen klimati-

sche Veränderungen und fundierte Kommunikationskonzepte, um die Transformation zu mehr Klimaschutz voranzubringen. In nur drei Jahren Teilzeitarbeit hat Lioba Degenfelder 130 Eigentümer begleitet und Beratungsarbeit für 760 Hektar geleistet. Dies ist ein Beitrag zum Klimaschutz, der durch die Ausweitung des Projekts künftig auch in weiteren Bezirken möglich sein wird.

Gebrauchte Bauteile erfassen, verkaufen und weiterverwenden: Das Pilotprojekt des Staatlichen Bauamtes Augsburg und der Technischen Hochschule Augsburg „Architektur. Im Kreis. So wird ein Gebäude weiterverwendet“ (Preisgeld 3.000 Euro) zeigt, wie zirkuläres Bauen umgesetzt werden kann. Gemeinsam mit Studenten wurde die alte Stadtbücherei in Augsburg vermessen und recycelt und so zum Lehrstück für die Stadt, die Technische Hochschule und die Verwaltung. Ziel des Projekts war und ist es, die Verschwendung von Energie und Ressourcen im Bausektor zu verringern und damit regional und global zum Klimaschutz beizutragen. Der Erfolg hat auch die letzten Skeptiker überzeugt: 78 Prozent der rund 400 angebotenen Bauteile wurden verkauft, 18 Tonnen CO₂-Äquivalente eingespart. DK

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de



TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Bayerische Umweltindikatoren

Kenngrößen für den Zustand der Umwelt

Um die Umwelt wirksam zu schützen, muss man wissen, wie es um sie steht. Die kontinuierliche Auswertung von Umweltdaten liefert verlässliche Aussagen. Wie sieht die Umweltsituation in Bayern aus? Indikatoren, die das Landesamt für Umwelt in Bayern (LfU) regelmäßig aktualisiert, geben darüber Auskunft. Für die Handlungsfelder „Klima und Energie“, „Natur und Landschaft“, „Umwelt und Gesundheit“ sowie „Ressourcen und Effizienz“ führen diese Indikatoren bestehende Daten zusammen. Sie stellen anschaulich dar, wie es um die Qualität von Wasser, Boden und Luft, den Zustand der Natur oder unseren Umgang mit Rohstoffen, Energie und Flächen bestellt ist.

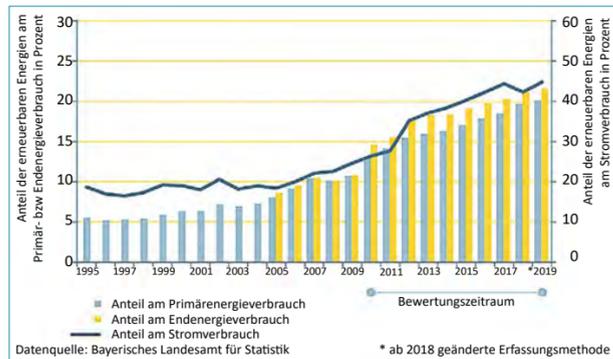
Häufig sind Umweltsachverhalte schwer zu beschreiben. Deshalb bedient man sich der Indikatoren als aussagekräftige

stadien der Pflanzen bemerkbar macht. In den 10 Jahren zwischen 2011 und 2021 hat sich der Wert, der jeweils über 30

Quadratkilometer in Prozent der Landesfläche dar. Der aktuell gültige Wert von 2015 liegt bei 22 Prozent.

Mit den Umweltindikatoren werden unterschiedliche politische Handlungsfelder berührt. Indikatoren wie „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ oder „Öffentlicher Personennahverkehr“ betreffen die Gestaltung der Infrastruktur auf Gemeinde-, Landkreis- oder Länderebene. Andere, wie „Arten auf der Roten Liste“ oder „Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert“, zielen auf die Gestaltung der Landnutzung und die Ausweisung von Schutzgebieten ab. Die Indikatoren „Kohlendioxidemissionen“ und „Energieverbrauch“ widmen sich dem Thema Klima und Energie. „Ressourceneffizienz“ und „Verwertungsquote“ spiegeln die Wertschöpfung beim Umgang mit Rohstoffen wider.

Der Trend, den die Indikatoren abbilden, gibt den Handlungsträgern in Politik und Gesellschaft Anhaltspunkte und Argumentationshilfen. Beispielsweise zeigen die Zunahme der ökologischen Landwirtschaft in Bayern auf mehr als 13 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (Wert von 2021) oder die Steigerung der Produktivität in Bezug auf die dafür eingesetzte Energie auf 170 Prozent im Vergleich zu 1990 erfreuliche Erfolge. Ebenso sind Bioenergie, Photovoltaik, Wasserkraft und Windkraft zu wichtigen Bausteinen der Energieversorgung geworden. Der Anteil dieser erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch betrug in Bayern 2019 bereits 20,1 Prozent. Er hat sich damit seit 1990 mehr als verfünffacht. Handlungsbedarf besteht dagegen in den Bereichen Siedlungs- und Verkehrsfläche sowie Flächenverbrauch. Auch der Nitratgehalt im Grundwasser liegt unverändert hoch.



Leitgrößen für Zusammenhänge, die sich nicht unmittelbar messen lassen. Beispielsweise sind Klimaveränderungen komplexer Natur. Sie zeigen sich in zusammengefassten Einzelgrößen, wie steigenden Jahresmitteltemperaturen, aber auch in veränderten Verhalten von Pflanzen und Tieren. Der Indikator „Klimawandel und Vegetationsentwicklung“ gibt zum Beispiel anschaulich wieder, wie sich die Knospenöffnung von Apfelblüten im Frühjahr immer weiter nach vorne verlegt – ein Zeichen dafür, dass sich die Klimaveränderung auch in den Wachstums-

Jahre gemittelt wird, um vier Tage vom 1. Mai auf den 27. April verschoben.

Indikatoren und politische Handlungsfelder

Auch das Maß, in dem Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie das Naturerleben der Menschen durch Straßen, Bahnstrecken und Flughäfen beeinträchtigt werden, lässt sich nur indirekt darstellen. Der Indikator „Landschaftszerschneidung“ stellt den noch verbleibenden Anteil der unzerschnittenen, verkehrsfreien Räume über 100

Einwegkunststofffondsverordnung

Bundestag legt Abgaben für To-Go-Becher und Zigarettenkippen aus Einwegplastik fest

Der Deutsche Bundestag hat die Einwegkunststofffondsverordnung beschlossen. Sie legt die Höhe der Abgabesätze und das Auszahlungssystem für den Einwegkunststofffonds fest. In den Fonds zahlen die Hersteller von bestimmten Einwegkunststoffprodukten eine Abgabe ein, um die öffentliche Hand bei der Bekämpfung der Vermüllung der Umwelt zu unterstützen. Die Verordnungsermächtigung ist in dem im Mai 2023 verabschiedeten Einwegkunststofffondsgesetz verankert. Das Gesetz schafft die rechtlichen Grundlagen für die Errichtung und Verwaltung des Einwegkunststofffonds durch das Umweltbundesamt.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „Zigarettenkippen, To-Go-Becher und Einmal-Essensbehälter landen viel zu oft an Straßenrändern, in unseren Parks und Wäldern und sind Ausdruck der Verschmutzungskrise. Die Kosten für Reinigung und Entsorgung des achtlos weggeworfenen Wegwerfplastiks trägt bislang die Allgemeinheit. Das wird sich ab 2024 ändern. Wer sein Geschäft darauf stützt, Wegwerfprodukte aus Plastik auf den Markt zu bringen, wird sich dann an den Sammlungs- und Reinigungskosten der Kommunen beteiligen. Mit der Verordnung schaffen wir nun auch die nötige Rechtssicherheit für alle betroffenen Akteure.“

Die in der Verordnung vorgesehenen Abgabesätze sind im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie des Umweltbundesamtes ermittelt worden. Für je Kilogramm in Verkehr gebrachte Produkte werden folgende Abgaben fällig: Tabakfilter: 8,972 Euro/kg, To-Go-Getränkbecher: 1,236 Euro/kg, To-Go-Lebensmittelbehälter: 0,177 Euro/kg, Tüten und Folienverpackungen: 0,876 Euro/kg, Getränkebehälter ohne Pfand: 0,181 Euro/kg, Getränkebehälter mit Pfand: 0,001 Euro/kg, leichte Plastiktüten: 3,801 Euro/kg, Feuchttücher: 0,061 Euro/kg und Luftballons: 4,340 Euro/kg.

Auf der Basis der angegebene-

nen Abgabesätze kann jedes Unternehmen anhand der in Verkehr gebrachten Menge konkret berechnen, in welcher Höhe die Abgabe ab dem Frühjahr 2025 zu leisten ist.

Auch das Punktesystem für die Auszahlung der Fondsmittel an die anspruchsberechtigten Kommunen wird durch die Einwegkunststofffondsverordnung festgelegt. Es sieht für die Reinigungs-, Sammlungs-, Entsorgungs- und Sensibilisierungsleistungen im Innerorts- wie im Außerortsbereich die Vergabe von Punkten vor. Dabei wurde darauf geachtet, dass die von den Anspruchsberechtigten anzugebenden Kennzahlen so genau wie nötig, aber so unbürokratisch wie möglich festgelegt wurden. Anzugeben von den Kommunen sind z.B. das Papierkorvvolumen, die gefahrenen Reinigungskilometer und die entsorgte Abfallmenge.

Die Abgabesätze und das Punktesystem werden nach den gesetzlichen Vorgaben alle drei Jahre durch die Bundesregierung überprüft. Das Umweltbundesamt (UBA) wird dazu eine Studie zur Ermittlung der notwendigen Daten in Auftrag geben. Bei der Konzeptionierung dieser Studie und der anschließenden Änderung der Verordnung wird die neue Einwegkunststoffkommission beteiligt. Die Bayerische Gemeindezeitung wünscht viel Vergnügen! □

Maßnahmenpakete zur Klimaneutralität

Der Freistaat Bayern begegnet Entwicklungen der Umwelt im Rahmen seiner Gesetze und Maßnahmenpakete. Das Bayerische Klimaschutzprogramm formuliert auf der Grundlage des Bayerischen Klimaschutzgesetzes konkrete Maßnahmen in breitgefächerten Themenfeldern, die zur Abmilderung der Klimaveränderung beitragen können. Ziel ist die Klimaneutralität des Freistaats spätestens bis zum Jahr 2040. In der Bayerischen Biodiversitätsstrategie formuliert Bayern unter anderem das Ziel, Flächen von hohem ökologischen Wert zu erhalten und fortschreitende Verluste biologischer Vielfalt zu stoppen. Dieses Anliegen wird durch verschiedene Programme auf kommunaler Ebene umgesetzt.

In Bayern werden 27 Umweltindikatoren bereits seit 2004 regelmäßig veröffentlicht. Sie finden sich auf der Webseite des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU) unter www.lfu.bayern.de/umweltdaten/indikatoren/index.htm. Dort sind auch die Hinweise auf die Daten und Verfahren, die beim Berechnen des jeweiligen Indikators genutzt werden, abrufbar.

Damit die Anzahl an Umweltindikatoren überschaubar bleibt, werden sie länderübergreifend abgestimmt und an neue Themenfelder angepasst. Diese Pflege leistet eine Arbeitsgruppe der Umweltfachbehörden der Länder und des Bundes (Länderinitiative Kernindikatoren) mit Unterstützung der amtlichen Statistik bei der Datenbeschaffung. □



V.l.: Jürgen Lochbihler, Geschäftsführer „Der Pschorr“, Angela Inselkammer, Präsidentin DEHOGA Bayern, Staatsministerin Michaela Kaniber und Dr. Thomas Geppert, Landesgeschäftsführer DEHOGA Bayern. Bild: Stefanie Büchl/StMELF

Teller statt Tonne

Initiative gegen Lebensmittelverschwendung in der Gastronomie Ernährungministerin Michaela Kaniber gibt Startschuss

Sage und schreibe 84.000 Tonnen Lebensmittelabfälle landen Jahr für Jahr in Mülltonnen bayerischer Wirtshäuser und Beherbergungsbetriebe. Das muss aber nicht sein. Denn wenn solche Essensreste erst gar nicht in die Küche zurückgehen, dann müssen die eigentlich noch genießbaren Lebensmittel auch nicht entsorgt werden, wie das sonst vorgeschrieben ist. Alternativ könnte der Gast seine nicht verzehrten Speisen mit nach Hause nehmen oder unter variablen Portionsgrößen auf der Karte auswählen.

Nicht zuletzt aus diesem Grund hat Bayerns Ernährungministerin Michaela Kaniber gemeinsam mit dem Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bayern e. V.) jetzt eine Initiative gegen Lebensmittelverschwendung in der bayerischen Gastronomie gestartet.

Aktiver Beitrag von Gastronomen und Gästen

Dazu Ministerin Kaniber im Rahmen der Auftaktveranstaltung in München: „Wir wol-

len gemeinsam mit unseren engagierten Gastwirten zeigen, dass in bayerischen Wirtshäusern möglichst wenig Essen in der Tonne landen muss. Sowohl Gastronomen als auch Gäste können dazu ihren aktiven Beitrag leisten.“

Die neue Initiative setzen zuerst Gasthäuser um, die das Qualitätssiegel „Ausgezeichnete Bayerische Küche“ tragen. Das ist ein gemeinsames Programm des Bayerischen Landwirtschaftsministeriums und dem DEHOGA Bayern. Das Ge-

meinschaftsprojekt fördert die bayerische Genussskultur. Die zertifizierten Gasthäuser bieten unter anderem variable Portionsgrößen oder das Mitnehmen nicht vollständig verzehrter Speisen an. Lebensmittelverschwendung schon in der Küche zu vermeiden, gehört ebenfalls zum Maßnahmenkatalog der Initiative, genauso wie die Gäste über die Möglichkeiten aktiv aufzuklären.

Kompetenzzentrum für Ernährung

Der Anlass für die Initiative ist eine Studie des zum Bayerischen Landwirtschaftsministerium gehörenden Kompetenzzentrums für Ernährung. Demnach fallen in Bayern jährlich rund eine Millionen Tonnen vermeidbare Lebensmittelverluste an. Nahezu ein Fünftel davon, rund 18 Prozent, verursacht die Außer-Haus-Verpflegung. Wiederum etwa die Hälfte davon tritt in der Gastronomie auf.

Wertvolle Ressourcen nicht verschwenden

„Wenn wir Lebensmittel verschwenden, gehen wertvolle Ressourcen verloren. Das können wir uns nicht leisten – ganz gleich an welcher Stelle in der Lebensmittelkette. Und verschwendete Lebensmittel sind ein Schlag ins Gesicht unserer hart arbeitenden Ernährungswirtschaft, die uns tagtäglich mit hochwertigen Produkten versorgt“, so Kaniber. Die Initiative soll künftig auf sämtliche Gastronomiebetriebe in Bayern ausgeweitet werden.

Mehr Informationen zur Initiative: www.bayerischekueche.de/lebensmittel-retten/. □



BayWa

Helden des Winters
Unser exklusives
100 Jahre BayWa
Gewinnspiel!

Ob für die Straße, Parkplätze oder das Landwirtschaftliche Betriebsgelände:

Der Einkammer-Dreipunktstreuer der Firma Kugelmann überzeugt durch unschlagbare Langlebigkeit, Wirtschaftlichkeit, hohe Nutzlast und Fahrsicherheit.



Gewinnspiel

Nehmen Sie bis zum 19.10.2023 am Gewinnspiel teil und sichern Sie sich die Chance auf einen Dreipunktstreuer D301 von Kugelmann.

Jetzt QR Code scannen und gewinnen!

Teilnahmebedingungen auf baywa.de/de/marken/kugelmann

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

BayWa AG, Technik
Arabellastraße 4
81925 München
baywa.de/kommunaltechnik

Landesgartenschau in Kirchheim:

11.500 Besucher beim Baustellenfest

Knapp 900 verkaufte Dauerkarten am ersten Wochenende

Die Bayerische Landesgartenschau Kirchheim 2024 blickt auf ein fantastisches Ereignis zurück: Zum großen Baustellenfest waren trotz Regens zu Beginn der Veranstaltung über den Tag verteilt 11.500 Besucher gekommen. Ebenfalls sehr erfolgreich angelaufen ist der Dauerkartenvorverkauf: Allein am ersten Wochenende wurden beim Baustellenfest und im Online-Shop schon knapp 900 Dauerkarten verkauft.

Das Baustellenfest ist ein Höhepunkt im Veranstaltungskalender von Landesgartenschauen – und das schon acht Monate vor dem offiziellen Start der Großveranstaltung. In Kirchheim b. München waren 11.500 Besucherin-

nen und Besucher zum großen Familienfest auf die Landesgartenschau-Baustelle gekommen, um das Gelände besser kennenzulernen und einen Tag lang gemeinsam zu feiern. Durch das Bühnenprogramm, unter ande-

rem mit der Musikkapelle Kirchheim, „Hanni & Stefan“, „Kasita Kanto“, den „Trouble Shooters“ und dem Tanz der Landesgartenschau-Maskottchen Stetti und Kirk, führte Radio-Arabella-Moderatorin Steffi Schaller, die selbst in Kirchheim lebt.

Höhepunkt zum Abschluss des Baustellenfestes war die Darbietungen der Abraxas Musical Akademie aus dem Musical „Hair“.

Großen Anklang bei den 11.500 Gästen fanden die Foodtruck- und Getränkestände, die

Baustellenführungen und die vielen Mitmach-Angebote. In allen künftigen Ausstellungsflächen (mit Ausnahme der Inselwelt und der „Schule im Grünen“ in der Sphäre Wildnis) boten über 40 Mitwirkende Programmpunkte an: Ob Comiczeichnen, Herzsteine basteln, Biertische bemalen, Minibagger fahren oder Schätze ausbuddeln; ob Körbe bepflanzen, Pflanzen erraten oder einen Rundum-Blick mit dem Roto-Teleskopplader genießen: der Mitmach-Tag auf der Baustelle war ein voller Erfolg!

Zusammenhalt entsteht

„Wir freuen uns sehr, dass wir so vielen Besuchern einen Einblick in unser Landesgartenschau-Gelände geben konnten – und ihnen schon einmal einen Vorgeschmack auf das vielseitige Programm 2024 gegeben haben“, sagte Maximilian Heyland, einer der beiden Geschäftsführer der Kirchheim 2024 GmbH, im Nachgang der Veranstaltung. Kirchheims Erster Bürgermeister Maximilian Böttl hatte in seiner Begrüßungsrede den „Zusammenhalt“ hervorgehoben, den der neue Ortspark, der zwischen den Gemeindeteilen Kirchheim und Heimstetten entsteht, bieten soll. Erstmals werden Kirchheim und Heimstetten, die gemeinsam mit Hausen seit 1978 die Gemeinde Kirchheim b. München bilden, durch einen ca. einen Kilometer langen Park räumlich miteinander verbunden. Höhepunkte in dem vom Landschaftsarchitekturbüro SINAI Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbH geplanten Park sind der neue Parksee, die Park-Kanzel mit Blick bis in die Alpen, der Parkpavillon und der 3.000 Quadratmeter große Spielplatz „Keltenswelten“.

Fünf Naturräume

Die Ausdehnung von Nord nach Süd beträgt einen Kilometer und umfasst die fünf unterschiedlich gestalteten Naturräume „Garten“, „Wildnis“, „Wasser“, „Wald“ und „Wiese“.

Beim Baustellenfest boten die Mitarbeiter der Kirchheim 2024 GmbH (Durchführungsgesellschaft der Bayerischen Landesgartenschau Kirchheim 2024) Baustellenführungen über das Gelände an.

Erfolgreicher Start des Dauerkartenvorverkaufs

Teil des offiziellen Bühnenprogramms war der Startschuss für den Dauerkartenvorverkauf. Die ersten beiden Dauerkarten gingen an die Vertreter der beiden Gesellschafter der Kirchheim 2024 GmbH – an Kirchheims Bürgermeister Maximilian Böttl für die Gemeinde Kirchheim b. München und den Vorsitzenden der Bayerischen Landesgartenschau GmbH, Gerhard Zäh, für die Bayerische Landesgartenschau GmbH.

Sehr viele Besucherinnen und Besucher nutzten das Angebot, ihren Dauerkartengutschein direkt beim Baustellenfest zu erwerben oder sich online eine Dauerkarte zu holen. Allein am ersten Wochenende wurden vor Ort beim Baustellenfest und im Online-Shop bereits knapp 900 Dauerkarten verkauft!

„Dieses schöne Ergebnis freut uns sehr“, betonte Johannes Pinzel, einer der beiden Geschäftsführer der Kirchheim 2024 GmbH, am Montag. „Denn die Dauerkarte ist das perfekte Angebot für alle, die die Gartenschau 2024 intensiv kennenlernen und erleben wollen.“

Zum Kauf jeder Dauerkarte gibt es zusätzlich ein Gutscheineheft mit Vergünstigungen von mehr als 35 Geschäften und Freizeitdestinationen. Eröffnung der Bayerischen Landesgartenschau Kirchheim ist am 15. Mai 2024.

Landesgartenschau in Freyung:

Bilanz eines „Sommermärchens“

Nach 132 abwechslungsreichen Tagen ist die bayerische Landesgartenschau in Freyung zu Ende gegangen. Mit rund 2.500 Veranstaltungen, begeisterten Rückmeldungen und einer großen medialen Aufmerksamkeit sei die Schau unter dem Motto „Wald.Weite.Wunderbar“ ein großer Erfolg für die Stadt Freyung sowie die gesamte Region gewesen, teilte Bürgermeister Olaf Heinrich mit.

80 Prozent der baulichen Maßnahmen bleiben stehen

„Die Besucherzahl liegt über den Erwartungen, die Menschen waren zufrieden und haben dies auch sehr häufig zurückgemeldet. Für die Stadt und die Region war es ein Sommermärchen“, betonte Freyungs Rathauschef. Die Investitionen hätten sich kurzfristig und langfristige gelohnt. Etwa 80 Prozent der baulichen Maßnahmen, die anlässlich der Landesgartenschau umgesetzt wurden, sollen bestehen bleiben. Dazu zählen der Waldparkplatz, ein Wiesen- und Gesteinspfad, die Terrassierung am südöstlichen Geyersberg sowie Rundwege mit Ruhebänken. Auch der Kletterpark soll weiterhin die Attraktivität des Geyersbergs steigern.

Auf einer Höhe von 80 Metern gelegen, bot die Landesgartenschau den Besuchern nicht nur eine atemberaubende Aussicht auf die umliegende Landschaft, sondern auch eine Vielzahl von Gartenlandschaften, Kunstinstallationen und Informationsveranstaltungen rund um Gartengestaltung, Natur-, Umweltschutz und klimagerechtes Gärtnern, gepaart mit einem bunten Veranstaltungsprogramm.

Nach Angaben des Bayerischen Umweltministeriums hat der Freistaat in den vergangenen gut 40 Jahren rund 75 Millionen Euro an Fördergeldern in Landesgartenschauen investiert. Insgesamt knapp 530 Hektar Flächen sind in Bayern demnach begrünt und aufgewertet worden.

Die erste Landesgartenschau fand 1980 in Neu-Ulm statt, die Jubiläumsausgabe 2030 ist in Nürnberg geplant. Für die Schau 2024 ist Kirchheim bei München der Austragungsort. **DK**



Beispiel einer intensiven Dachbegrünung aus dem Stadtteil Zellerau. Nicht nur schön für das Auge, sondern mit ausgesprochen guter Kühl- und Wasser-Speicherfunktion. Bild: Jürgen Herrmannsdorfer

Stadt Würzburg:

Belohnung für Begrünung und Flächenentsiegelung

Bis zu 10.000 Euro

Die Stadt Würzburg fördert Maßnahmen für mehr Stadtgrün an Gebäuden und deren Umfeld. Dazu gehören Fassadenbegrünung, Dachbegrünung und der Einbau von Zisternen. Rund ums Gebäude wird die Entsiegelung, Baumpflanzungen und das Anlegen von Gemeinschaftsgärten belohnt. Ziel des Programms ist es, den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken, allen voran Hitze und Starkregen

Das kontinuierliche Vorschreiten des Klimawandels, das mit immer wieder neuen Temperaturrekorden, Trockenphasen und Starkregen-Ereignissen einhergeht, stellt besonders Städte vor Herausforderungen. Denn innerstädtische Quartiere mit dichter Bebauung, starker Versiegelung und wenig Grün wärmen sich durch den Stadtklimaeffekt zusätzlich auf. Zudem wird der Regen kaum zurückgehalten und fließt ungenutzt ab.

Überwärmung und Extremwetter-Ereignisse

Messungen in Würzburg zeigen, dass die Innenstadt besonders an heißen Tagen nochmals um bis zu 7°C höher ist als im Umland. „Die innerstädtische Überwärmung und Extremwetter-Ereignisse sind die größten planerischen Herausforderungen für unsere Stadt. Mit dem Vorschreiten des Klimawandels können daraus deutliche Einbußen für die Lebensqualität der Würzburgerinnen und Würzburger resultieren“, betont Bürgermeister Martin Heilig.

Zuschüsse für freiwillige Begrünungsmaßnahmen

Die Stadt Würzburg begegnet diesen Herausforderungen mit einer Reihe von Maßnahmen, doch eine davon dürfte für die Bürgerinnen und Bürger besonders interessant sein. Mit dem Förderprogramm Stadtgrün und Klimaanpassung wurden attraktive finanzielle Zuschüsse für die Umsetzung freiwilliger Begrünungsmaßnahmen geschaffen.

Dach- und Fassadenbegrünungen, werden mit bis zu 10.000 Euro unterstützt. Ebenfalls bis zu 10.000 Euro gibt es für Flächenentsiegelungen und anschließende Begrünung, die ein angenehmes Mikroklima schafft.

Daneben werden auch kleinere Maßnahmen unterstützt, wie etwa Baumpflanzungen mit bis zu 3.000 Euro oder Gemeinschaftsgarten-Projekte, die eine Förderung von bis 1.000 Euro erhalten.

Alle Informationen zum Förderprogramm sind im Internet zu finden unter www.wuerzburg.de/stadtgruen.

Moorverträgliche Landwirtschaft

Ministerin Michaela Kaniber genehmigt neues Projekt zum Aufbau von Wertschöpfungsketten

Bayern forscht intensiv, um die landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden weiter voranzubringen. Denn intakte Moorböden sind wirksame Speicher von Kohlendioxid. Im Zentrum der Forschung stehen die Verwertung von moorverträglich erzeugten Produkten und der Aufbau von entsprechenden Wertschöpfungsketten. Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat nun ein weiteres Forschungsprojekt mit rund 690.000 Euro im Donaumoos genehmigt.

Mit dem Folgeprojekt kann die Prozessoptimierung der Faserergewinnung bis hin zu konkreten Anwendungstests. Ministerin Kaniber sieht hier einen „wichtigen Innovationsansatz, um neue Produkte aus Moorkulturen zu entwickeln, die es bislang nur auf Basis von herkömmlichen Rohstoffen wie Zellstoff, Altpapier und von Industrieabfällen gibt.“ So soll im Rahmen des

Projekts Papier erzeugt werden, das zu 100 Prozent aus Moorfasern besteht.

Kartonagen und Wellpappe aus Moorfaser

Auch die Herstellung von Kartonagen und Wellpappe mit unterschiedlich hohen Anteilen an Moorfasern wird dabei getestet und weitere Produkte aus reinen Moorkulturen entwickelt. Die enge Zusammenarbeit mit Stakeholdern aus der ganzen Wertschöpfungskette, Industriepartnern und Endkunden soll dazu beitragen, dass das Projekt auch möglichst marktrelevante Ergebnisse liefert. **□**

„Aktion Streuobst“ 2023

Über 300 Streuobst-Veranstaltungen in Bayern

Die „Aktion Streuobst“, zu deren Teilnahme die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) heuer wieder aufgerufen hatte, bietet kreative, informative und genussvolle Streuobstveranstaltungen in ganz Bayern. Sie zeigt die Vielfalt der Streuobst-Akteure und ist ein wichtiger Bestandteil des 2021 ins Leben gerufenen Bayerischen Streuobstpakts.

„Streuobst erleben und genießen“ – unter diesem Motto können Besucherinnen und Besucher sich auch in diesem Jahr auf Streuobstmärkten, bei Verkostungen und Festen über Sortenvielfalt informieren, edle

Streuobstprodukte testen und regionale Spezialitäten probieren. Genauso kann bei Brennern beim Destillieren über die Schulte geschaut oder beim Saftkeltern mitgemacht werden. Ins traditionelle Streuobsthandwerk

können Interessierte bei Sortenbestimmungen, Obstbaumschnitt- oder Veredelungskursen einsteigen oder aber einfach nur herumschlendern und die Atmosphäre genießen.

Seit 23 Jahren unterstützt die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) – gefördert vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – die Streuobst-Akteure in Bayern mit kostenlosem Werbe- und Informationsmaterial für ihre Streuobstveranstaltungen.

Einzigartiger Lebensraum

Die Veranstalter sind dabei so vielfältig wie die Streuobst-Akteure in Bayern: Landwirte als Erzeuger oder Direktvermarkter, Keltereien oder Edelbrenner als Verarbeiter, Gartenbauvereine, Verbände, Fachberater, Kommunen, Bildungseinrichtungen, Streuobstinitiativen und viele mehr sind mit viel Herzblut und Tatkraft Streuobst-Pfleger, -Bewirtschafter, -Verarbeiter, -Vermarkter und Streuobst-Botschafter.

Das Ziel ist, einzigartigen, aber hochgradig gefährdeten Lebensraum zu erhalten: Mit 5.000 Tier- und Pflanzenarten und über 2.000 Obstsorten sind Streuobstwiesen und -äcker Schatzkästchen der Biodiversität. Durch ihre Struktur mildern sie Klimaextreme, sind attraktiv als Naherholungsgebiet und interessant für den Tourismus.

Direkt vor unserer Haustüre liefern Streuobstbestände jährlich viele Tausend Tonnen gesundes Obst für den Direktverzehr und die Weiterverarbeitung.

Bayerischer Streuobstpakt

Die „Aktion Streuobst“ ist ein wichtiger Baustein im Bayerischen Streuobstpakt. Im Jahr 2021 gestartet, bietet der Pakt eine große Unterstützung und Anerkennung für die Streuobst-Akteure z.B. mit deutlich verbesserten Fördermöglichkeiten für die Pflanzung, den Erhalt, die Pflege von Streuobstbeständen und für Umsetzungsprojekte vor Ort. **□**

Neue Broschüre von BZL und BZfE:

Selbsterntegärten als Einkommensalternative

Das Konzept ist einfach: Eine Ackerfläche wird von einem landwirtschaftlichen Betrieb oder einer Kommune mit Gemüse, Kräutern und Blumen bepflanzt und in Parzellen aufgeteilt. Diese können Kundinnen und Kunden pachten, pflegen und am Saisonende das Gemüse ernten – danach geht die Fläche an den Betrieb zurück. Wie Betreiberinnen und Betreiber mit solchen Selbsterntegärten eine tragfähige Einkommensalternative aufbauen können, zeigt der neue Leitfaden „Selbsterntegärten – so geht's“ des Bundeszentrums für Ernährung (BZfE) und des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL).

Auf 112 Seiten erfahren landwirtschaftliche oder gärtnerische Betriebe, Kommunen oder Existenzgründende wie sie eine Selbsternte eigenständig einrichten können. Drei erfolgreiche Betriebe berichten von ihren Erfahrungen und bieten eine fundierte Anleitung: Von der Anbauplanung und Ausstattung über betriebswirtschaftliche Betrachtung und Investitionen bis hin zur Besteuerung sowie der richtigen Rechtsform. Alle Bereiche werden ausführlich erläutert und mit Praxisbeispielen ergänzt.

Bunt gemustert für alle ein Gewinn

Den Betrieben liefern die Selbsterntegärten ein geregeltes Einkommen, unabhängig vom Weltmarkt und schwankenden Preisen. Die Pächterinnen und Pächter der Gemüseparzellen sind meist Menschen ohne eigenen Garten, die sich über erntefrisches Gemüse freuen – für manche verbunden mit einer spannenden Lernreise: Wann wächst was? Wie werden Jungpflanzen gepflegt? Was ist mulchen und wie gießt man richtig? Dies trägt wiederum zur Wertschätzung der Lebensmittel bei. Zudem leisten die Gemüseparzellen einen Beitrag zur regionalen Versorgung mit kostengünstigem Gemüse und sind Begegnungsorte für Menschen. Auch die Natur profitiert von dem Konzept, denn die bunten Parzellen sind Orte der biologischen Vielfalt.

Die kostenfreie Broschüre kann unter der Artikelnummer 7661 im Medienservice der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), in der das BZL und BZfE angesiedelt sind, bestellt werden: www.ble-medienservice.de. **□**

Deutscher Landschaftspflegetag in Potsdam:

Biodiversität und Klimaschutz

Beim Deutschen Landschaftspflegetag 2023 in Potsdam unterstrich der DVL das enorme Potenzial der Landschaftspflege im Biodiversitäts- und Klimaschutz vor Ort. Unter dem Motto „30 Jahre DVL – Wir haben Vergangenheit und leben Zukunft!“ diskutierten über 200 Teilnehmer, welche Folgen Klima- und Biodiversitätskrise für Landwirtschaft und Umwelt haben. Im Mittelpunkt stand zudem die Frage nach Möglichkeiten der Wertschöpfung in benachteiligten Gebieten. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Weiterentwicklung der Landschaftspflegeorganisationen, insbesondere mit Blick auf die Gewinnung von Nachwuchskräften vor Ort.

Wie die wiedergewählte DVL-Vorsitzende Maria Noichl, MdEP, erläuterte, „ist der DVL das Rückgrat der Landschaftspflege in Deutschland. Heute arbeiten in 197 Landschaftspflegeorganisationen Vertreterinnen und Vertreter aus Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunalpolitik auf Augenhöhe und freiwilliger Basis zusammen. Die letzten 30 Jahre beweisen es: Die Drittelparität ist ein Erfolgsmodell und die Landschaftspflegeorganisationen sind bewährte Heimatbewahrer und erfolgreiche Regionalentwickler. Ob klassische Landschaftspflegemaßnahmen wie Pflanzungen, Entbuschungen, Heckenpflege, Pflegemahd, oder die Umsetzung von Beweidungs- und Streuobstprojekten, von komplexen Artenschutzprojekten oder Moorbodenschutz – alle Tätigkeiten werden fachlich professionell und engagiert angegangen. Von diesem einzigartigen Wissensschatz und der jahrzehntelangen Praxiserfahrung profitieren Menschen und Natur.“

Zentrale Partner und bundesweit Vorbild

„Damit unsere Landschaften in ihrer Vielfalt erhalten bleiben, müssen wir Schützen und Nutzen in Einklang bringen“, hob Dr. Ophelia Nick, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und

Landwirtschaft, hervor. Dabei seien die kooperativ organisierten Landschaftspflegeverbände zentrale Partner und bundesweit Vorbild.

Umwelt- und Tierwohleleistungen

Auf die Veränderungen in der Landwirtschaft verwies Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Der „Zukunftsbauer“ stehe mitten in der Gesellschaft und erzeuge neben hochwertigen Lebensmitteln auch Umwelt- und Tierwohleleistungen und vieles mehr. „Was Gemeinwohleleistungen der Landwirtschaft und deren Honorierung anbelangt, sind wir in einem guten Austausch mit dem DVL“, betonte Rukwied.

Gemeinwohlprämie

Da der Transformationsprozess der Landwirtschaft neue Konzepte der Agrarpolitik erfordert, hat der DVL mit landwirtschaftlichen Betrieben die Gemeinwohlprämie entwickelt. Als innovatives Geschäftsmodell für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft entspricht sie den Beschlüssen der Zukunftskommission Landwirtschaft, dem Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichem Verbraucherschutz sowie den Empfehlungen der Europäischen

Kommission zum deutschen Strategieplan, die traditionelle Einkommensstützung angesichts der ökologischen Herausforderungen so zu gestalten, dass Umwelteleistungen belohnt werden.

„Mit der Gemeinwohlprämie haben wir das passende Modell parat, den Zukunftsbauern lebendig werden zu lassen. Aus der

75 Jahre Lindner

Einladung zur Werksausstellung

Von 19. bis 21. Oktober zeigt das Tiroler Familienunternehmen Lindner seine stufenlose Lintrac LDrive-Serie, die geschaltete Lintrac LS-Baureihe und die vielseitigen Unitrac-Transporter. Bei Werksführungen warten spannende Einblicke in die Produktion, die vor genau 75 Jahren startete.

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner lädt von 19. bis 21. Oktober zur Herbst-Werksausstellung ins Innovationszentrum nach Kundl in Tirol. Die Besucherinnen und Besucher bekommen alle Infos zu den Traktoren und Transportern, die ihre Stärken im Steilhang ebenso ausspielen wie auf dem Acker, im Forst, im Weinberg oder im kommunalen Winterdienst. Sowohl die stufenlose Lintrac LDrive-Serie als auch die geschaltete Lintrac LS-Reihe sind mit den besonders sauberen und sparsamen Motoren der Stufe 5 ausgestattet. Die stufenlosen Modelle sind dank 4-Rad-Lenkung überdurchschnittlich wendig, was beim Manövrieren am Feldende ebenso zum Tragen kommt wie in engen Gassen oder im Stall.

Vom Bergspezialisten bis zum Allrounder

Die stufenlose Lintrac LDrive-Serie besteht aus den Lintracs 80, 100 und 130. Der Lintrac 80

täglichen Praxis landwirtschaftlicher Betriebe entwickelt, zeigen wir, wie Landwirtinnen und Landwirte durch Umwelt-, Biodiversitäts-, Klima- und Gewässerschutz Einkommen erzielen können“, unterstrich DVL-Chefin Noichl.

Auszeichnung für engagierte Personen

Aufgrund herausragender Leistungen zum Erhalt und zur Entwicklung der Kulturlandschaften

wurden Richard Ittner und Hans Seitz aus dem Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim mit dem Zweiten Preis des Deutschen Landschaftspflegepreises in der Kategorie „Engagierte Personen“ ausgezeichnet. Seit über 30 Jahren setzen sich die ausgebildeten Landwirte für die Kulturlandschaft in ihrer Region ein. Sie sind gefragte Experten, die durch ihr ehrenamtliches Engagement die Anliegen der Landschaftspflege in die Öffentlichkeit tragen.

Richard Ittner, Vorsitzender der Bauernschaft Weigenheim, kündigt sich vor allem um die Entbuschung von Hutungsflächen und die Pflege von Kopfweiden und alten Obstbäumen. Hans Seitz, seit über 20 Jahren Mitglied des LPV-Vorstands, leitet ehrenamtlich Bestimmungskurse, Exkursionen und Wanderungen. Mit Hilfe eines Spezialgerätes entbuscht er zudem Hangflächen eines Trockenbiotop-Verbandes. **DK**



Werksausstellung Herbst 2023.

Bild: Lindner Traktoren

Pioniergeist seit 75 Jahren

Den ersten Traktor produzierte Lindner im Jahr 1948. In den vergangenen sieben Jahrzehnten punktete Lindner mit Innovationen wie dem ersten Allrad-Traktor, der Erfindung der Seitenschaltung oder dem TracLink-System, mit dem Anbaugeräte immer perfekt eingestellt sind und alle Einsätze online dokumentiert werden. Lindner beschäftigt heute 273 Mitarbeiter und fertigt jährlich 1.200 Traktoren und Transporter. Infos: www.lindner-traktoren.at

mit 4-Zylindern und 122 PS (90 kW) sorgt für die notwendige Power. Bis zu 6.000 kg Nutzlast und gute Zugkraft ermöglichen schwere Transportarbeiten. Ein weiteres Highlight der „Farm Machine 2022“ ist die kippbare Komfortkabine. Am Testgelände können während der Werksausstellung verschiedene Maschinen Probe gefahren werden. Im Rahmen von Werksführungen gibt es spannende Einblicke in die Produktion der Tiroler Traktoren und Transporter – von der Montage bis zu Lackiererei.

Stufenloser Profi-Transporter

Top-Modell im Transporterbereich ist der stufenlose Unitrac 122 LDrive, der für schwere Einsätze maßgeschneidert ist. Die Einsatzgebiete reichen vom Transport über die Heuernte bis zum Winterdienst. Der Perkins-Syncro-Turbodiesel-Motor



V.l.: Peter Hofmann, Mulag, Rolf Trampert, Daimler Truck, Straßenwärterin und Influencerin Lina-Marie Frank, Thomas Rieger, Geschäftsleitung Henne Nutzfahrzeuge, Rene Sensor, Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge, Victoria Rasoulkhani, Geschäftsleitung Bucher Municipal, Fabian Duschl, Henne Nutzfahrzeuge und Thorsten Heinzelmann, Daimler Truck vor einem Unimog U 535 mit dem Grünpflegekopf ECO 1200 plus von Mulag.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Was der Alleskönner alles kann

Neueste Technik für das Team Orange zeigen die Unimog Expert-Partner Bucher Municipal und Mulag in einer gemeinsamen Roadshow

Für interessierte Fachleute aus dem „Team Orange“ organisierten die Mercedes-Benz Unimog ExpertPartner Bucher Municipal und Mulag gemeinsam mit den Unimog-Generalvertretungen Henne Nutzfahrzeuge, KLMV, Ing. Kurt Herold, Wilhelm Mayer und Carl Beuthhauser eine Roadshow, um die neuesten Einsatzmöglichkeiten dem Fachpublikum live und vor Ort zu präsentieren. Die Show machte Station in Schlüsselfeld, Himmelkron, Gangkofen und Denkingen.

Bei allen Veranstaltungen hatten die Teilnehmer die Gelegenheit umweltschonende Innovationen im Winterdienst und in der Mähtechnik live zu erleben. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Gastgeber folgten Vorträge über aktuelle technische Neuerungen und Standards der Branche. Im Anschluss wurden die Anbaugeräte und Unimog im Freien vorgeführt. Hier blieb ausreichend Zeit, um die Technik genau unter die Lu-

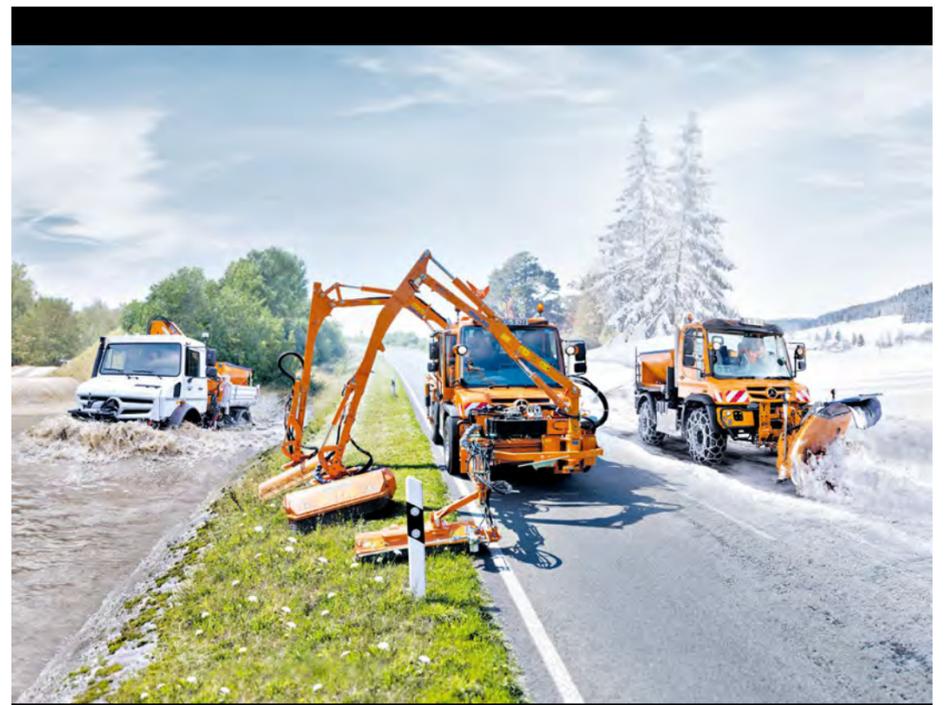
pe zu nehmen. Ca. 700 Besucher nahmen diese Gelegenheit wahr.

Starkes Team

Die Geschäftsführerin von Bucher Municipal, Victoria Rasoulkhani, zeigte sich sehr zufrieden mit der Resonanz und dem Engagement der organisierenden Partner: „Es war uns eine Freude, mit den Vertretern von MBS Trucks, den Mannschaften der

UGVen und dem Team von Mulag, an den Erfolg der ersten Roadshow in 2020 anzuknüpfen. Unimog und dessen ExpertPartner Bucher und Mulag haben sich mal wieder als starkes Team mit einem Rundum-Paket für innovative, ökologische und ökonomische Winter- und Sommerdienstlösungen den Kunden präsentiert.“

Thomas Rieger, Geschäftsführer von Henne Nutzfahrzeuge, hebt als besonders positiv die lockere und konstruktive Atmosphäre auf allen Veranstaltungen hervor: „Dadurch entstand ein Austausch auf Augenhöhe und unter echten Profis der Kommunalbranche. Die leckere Verkostung der Teilnehmer rundete das Ganze ab.“



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthhauser.de, Internet: www.beuthhauser.de

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthhauser.de, Internet: www.beuthhauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



V.l.: Regierungsvizepräsidentin Monika Linseisen, die vier Geehrten Reiner Dietl, Kathrin Glasschröder, Monika Wöfl und Nelli Estina sowie Bezirkstagsvizepräsident Dr. Thomas Pröckl und die Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Gudrun Brendel-Fischer.

Bild: Regierung von Niederbayern

Verleihung des niederbayerischen Integrationspreises:

Lebendige Werte der Gesellschaft

„Mit der Verleihung des Niederbayerischen Integrationspreises möchten wir ein Zeichen setzen, dass es in Niederbayern Menschen gibt, die durch ihre Arbeit die Werte unserer Gesellschaft lebendig werden lassen und damit wesentlich den Zusammenhalt stärken“, betonte Regierungsvizepräsidentin Monika Linseisen anlässlich der Preisverleihung in der Regierung von Niederbayern.

In Landshut ist der Niederbayerische Integrationspreis 2023 verliehen worden. Gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Gudrun Brendel-Fischer, würdigte Regierungsvizepräsidentin Monika Linseisen vier herausragende Projekte und Einzelpersonen, die Integration selbst erfolgreich vorleben und die die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in Niederbayern in vorbildlicher Weise unterstützen. Die Geehrten dürfen sich über ein Preisgeld in Höhe von jeweils 1.500 Euro freuen.

Die Geehrten

Mit dem Niederbayerischen Integrationspreis ausgezeichnet wurden Reiner Dietl – „Großes Herz“ (Landkreis Straubing-Bogen, Elisabethzell), Kathrin Glasschröder – Koliibri e.V. (Stadt Deggendorf), Monika Wöfl – „Willkommenskultur erleben“ (Landkreis Regen, Bodenmais) und Nelli Estina – Anlaufstelle für Migration und Soziales (Landkreis Passau, Bad Füssing und Kirchham).

Als 2015 viele Menschen nach Deutschland flohen, hat Bäckermeister Reiner Dietl nicht tatenlos zugehört, sondern sich für diese Menschen eingesetzt. Besonders nahm er sich eines damals 17-jährigen Afghanen an und unterstützte ihn dabei, Schule und Ausbildung zum Bäcker in Dietls Betrieb erfolgreich abzuschließen. Die Verbindung zwischen den beiden wurde so stark, dass der junge Flüchtling adoptiert wurde. Mittlerweile ist Dietls Sohn in den familiären Bäcker-Betrieb miteingestiegen.

Ausbildungsplatz mit Zukunft

Auch als der Krieg in der Ukraine ausbrach, hat Dietl nicht tatenlos zugehört, sondern sich auf den Weg ins Kriegsgebiet gemacht, um vor Ort zu helfen. Hier begegnete ihm ein 18-Jähriger, den er als Pflegekind bei sich aufnahm und auch ihm die Möglichkeit bot, in seinem Betrieb eine Ausbildung zum Bürokaufmann zu machen und anschließend mit in den Bäckerei-Betrieb einzusteigen. Im April dieses Jahres wurde schließlich ein bei einem erneuten Hilfskonvoi in die Ukraine ein 19-Jähriger mitgenommen, der nun auch ein Zuhause bei Reiner Dietl gefunden hat.

Nur wenige Wochen nach dem Beginn des schrecklichen Ukraine-Krieges hat Kathrin Glasschröder im Mai 2022 mit Ihren Mit-

streitern den Verein Koliibri e.V. aus der Taufe gehoben. In der Kulturhalle in Deggendorf entstand ein Ort der Begegnung, des Austauschs und des Miteinanders. Die Geflüchteten aus der Ukraine finden dort nicht nur Unterstützung bei Behördengängen und der Wohnungssuche, sondern ein vielfältiges Angebot, das vom Kinderballett über Chor und Yoga bis hin zur Kinderbetreuung reicht. Vor allem aber ist die Kulturhalle für die Menschen aus der Ukraine ein Ort, an dem ihre Heimat lebendig werden kann und darf. Der Verein Koliibri e.V. schlägt so Brücken zwischen unterschiedlichen Kulturen, zwischen unterschiedlichen Welten. Und obwohl der Verein noch so jung ist, wächst er schon zu einer festen Institution in der Stadtgesellschaft heran.

Geflüchteten aus der Ukraine zu helfen, hat sich Nelli Estina mit Ihrem Team zur Aufgabe gemacht, als sie im Februar 2022 die ehrenamtliche Anlaufstelle für Migration und Soziales in Bad Füssing und Kirchham ins Leben rief. Als „Muttersprachlerin“ gelingt es ihr, gemeinsam mit ihren Kolleginnen den Geflüchteten ein Stück Vertrautheit und Orientierung in einem fremden Land zu geben. Nicht nur die Geflüchteten schätzen Estinas Arbeit sehr, sondern auch Behörden und Institutionen. Durch die fachlich hervorragende Begleitung der Geflüchteten können Anträge deutlich schneller bearbeitet werden. Und damit kann auch die Integration (in den Arbeitsmarkt) deutlich schneller beginnen. Mit der Anlaufstelle für Migration und Soziales wurde ein Ort geschaffen, an dem Geflüchtete Unterstützung, Empathie und Solidarität erfahren. Gleichzeitig sorgen die vielen Freizeitaktivitäten und kulturellen Angebote für zahlreiche Begegnungsmöglichkeiten. Einheimische und Geflüchtete können sich so leichter kennenlernen.

Der Name des Projekts „Willkommenskultur erleben“ ist Programm. Seit Oktober 2018 heißt Monika Wöfl mit ihrem Team Geflüchtete, insbesondere Familien mit Kindern, in Bodenmais willkommen. Sie hilft den Geflüchteten unter anderem bei Behördengängen, organisiert kulturelle Veranstaltungen sowie Freizeitangebote, Sprachkurse und eine eigene Kinderbetreuung, damit auch Mütter die Chance haben, Sprachkurse besuchen

Ehemalige Geflüchtete wirken ehrenamtlich mit

zu können. Dass Wöfls Projekt Früchte trägt, wird zum einen darin deutlich, dass mittlerweile ehemalige Geflüchtete selbst ehrenamtlich im Projekt mitwirken oder als Sprach- und Kulturmittler für den Integrationslotsen im Landratsamt Regen tätig sind. Zum anderen ist in Bodenmais immer wieder zu hören, „unsere Bodenmaiser Syrer sind jetzt syrische Bodenmaiser“.

Anstrengungsbereitschaft und Ausdauer ist erforderlich

Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer sagte anerkennend: „Die ausgezeichneten Projekte in Niederbayern zeigen jedes Jahr aufs Neue, welche große Anstrengungsbereitschaft und Ausdauer von Zugewanderten und ehrenamtlichen Helferkreisen erforderlich ist, um Integrationsprozesse erfolgreich zu gestalten und wie wichtig eine gute Zusammenarbeit mit Behörden und Trägern ist.“

Regierungsvizepräsidentin Monika Linseisen bekräftigte: „Damit Integration gelingt, braucht es Menschen wie Sie, die das Miteinander leben. Denn Integration ist der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben und erfordert auf beiden Seiten Offenheit. Gelingt Integration, dann gewinnen beide Seiten. Mit Ihren Projekten, mit Ihrem herausragenden Einsatz für die Gesellschaft leisten Sie vorbildhafte Integrationsarbeit. Bitte bleiben Sie weiter so engagiert! Niederbayern braucht Sie!“ DK

Tag der Franken 2024 in Wunsiedel

Die Luisenburg steht im kommenden Jahr im Zentrum des Festaktes zum Tag der Franken am 7. Juli. Unter dem Motto „Vorhang auf für Franken!“ wird Wunsiedel als Festspielstadt ebenso gewürdigt wie die große Theatervielfalt in Ober-, Mittel- und Unterfranken. Die Vorbereitungen hinter den Kulissen laufen bereits auf Hochtouren. Bezirkstagspräsident Henry Schramm und Wunsiedels Bürgermeister Nicolas Lahovnik haben jetzt im Rahmen einer Pressekonferenz auf der Luisenburg den aktuellen Planungsstand präsentiert.

Der Tag der Franken geht auf einen Beschluss des Bayerischen Landtags aus dem Jahr 2006 zurück. Bezirkstagspräsident Henry Schramm, der damals dem Parlament angehörte, erklärte: „Dieser Tag ist eine Chance, die Traditionen und die Leistungskraft Frankens herauszustellen und deutlich zu machen, dass sich Franken im Freistaat Bayern nicht zu verstecken braucht.“ Der Tag wird alljährlich Anfang Juli begangen, weil am 2. Juli 1500 der Fränkische Reichskreis entstand, ein Zusammenschluss der fränkischen Territorien.

Der Festakt beim Tag der Franken 2024, zu dem der bayerische Ministerpräsident auf der Luisenburg erwartet wird, beginnt um 10 Uhr. Weitere Redner wer-

den der Bezirkstagspräsident von Oberfranken und Wunsiedels Erster Bürgermeister sein. Diverse Szenen aus aktuellen Theater- und Musicalproduktionen der Luisenburg bieten lebendige Einblicke in die Arbeit der landesweit renommierten Freilichtbühne. Die Moderation übernimmt Luisenburg-Intendantin Birgit Simmler.

Nach dem Festakt sind die Besucher zu einem Stadtfest in die Innenstadt eingeladen, bei dem sich Wunsiedel und die Region auf vielfältige Weise präsentieren.

Bezirkstagspräsident Henry Schramm freut sich auf die gemeinsame Veranstaltung: „Der Tag der Franken ist immer wieder ein schöner Anlass, unsere fränkische Heimat in Szene zu setzen. Schließlich können wir aus einem

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie? Markt Fischach mit sieben Ortsteilen und derzeit knapp 5.200 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig? Ich bin seit dem Jahr 2008 hauptamtlicher Erster Bürgermeister.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus? Ich war vor meinem Amtsantritt 26 Jahre lang als selbstständiger Rechtsanwalt tätig. Als kommunaler Wahlbeamter darf und übe ich diesen Beruf während meiner Amtszeit nicht aus.

Peter Ziegelmeier

Erster Bürgermeister, Markt Fischach

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen? Ich bin in Fischach geboren. Die Gemeinde ist meine Heimat, deren Gestaltung und Entwicklung mir ein echtes Anliegen war und immer noch ist. Außerdem wollte ich nach den langen Jahren meiner Anwaltstätigkeit noch einmal etwas anderes machen.

Wie haben Sie sich vorbereitet? Vor meinem Amtsantritt war ich sechs Jahre als Marktgemeinderat und dann 18 Jahre als Zweiter Bürgermeister ehrenamtlich tätig, sodass ich mit den kommunalen Angelegenheiten durchaus vertraut war.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen? Vordringliche Aufgabe und ja auch Herausforderung bei meinem Amtsantritt war die noch nicht abgeschlossene Beitragsabrechnung mehrerer Baugebiete und Ausbaustreßen.

In gleicher Weise sofort beschäftigt hat mich der Ausbau unserer Grund- und Mittelschule, der infolge der gestiegenen Schülerzahlen (derzeit 620 Schülerinnen und Schüler) dringend erforderlich war.

Darüber hinaus war eine weitere vordringliche Aufgabe bei meinem Amtsantritt die Erschließung des damals noch im Planungsstadium befindlichen Gewerbegebiets mit immerhin 40.000 qm Grundfläche fortzuführen und zum Abschluss zu bringen.

Auch die Eröffnung des Naturfreibades mit all ihren Vorbereitungen auf die erste Badesaison war eine echte Herausforderung, gleichzeitig aber auch der Start für einen riesigen Besuchermagneten für den Markt Fischach und die Region, der uns alljährlich auf's Neue begeistert.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan? Derzeit intensiv beschäftigt bin ich mit den Folgen der angespannten Haushaltslage aufgrund eines für den Markt Fischach völlig „ungewohnter“ Einbruchs der Gewerbesteuer in ganz erheblicher Höhe.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen? Nach derzeitigem Stand ist die für die Anbindung (ÖPNV) des ländlichen Raums und damit auch für meine Gemeinde sehr bedeutsame Reaktivierung der „Staudenbahn“ auf einem sehr guten Weg. Von gleicher Bedeutung für die Gemeinde ist auch die weitere Unterstützung der Fa. Müller Milch durch die Gemeinde beim Ausbau des Standortes dieser Firma hier im Ortsteil Aretsried. Zudem muss die Grund- und Mittelschule mit OGTS (Offene Ganztagschule, Amn. d. Red.) weiter ausgebaut werden, was ebenso auch gilt, schon aufgrund des immer noch erheblichen Zuzugs auch junger Familien, für die Sicherstellung ausreichender Kindergartenplätze.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen? Vielleicht den: Es allen recht zu machen, ist eine Kunst, die niemand kann.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein? Durch wirklich ständige Gespräche sowohl mit den Kolleginnen und Kollegen des Marktgemeinderats wie auch den Bürgerinnen und Bürgern bei allen möglichen Gelegenheiten. Und was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus betrifft, so steht meine Tür für jede und jeden offen. Zudem habe ich im Rathaus eine regelmäßig an jedem Montagmorgen stattfindende sog. „Montagsbesprechung“ mit den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie auch dem Zweiten Bürgermeister und der Dritten Bürgermeisterin, eingeführt.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben? Ganz grundsätzlich gilt, dass Digitalisierung ohne personelles Know-how nicht umsetzbar ist, zumal die damit verbundene Anpassung von Verwaltungsprozessen zudem einen ganz erheblichen finanziellen Aufwand bedeutet und insbesondere im Hinblick auf Datenschutz und Datenzugang eine große Herausforderung darstellt. Kommunalpolitisch betrachtet wird die Digitalisierung den Bürgerinnen und Bürgern zwar sicher den Zugang zum Rathaus erheblich erleichtern. Der aus meiner Sicht gerade in kleineren Gemeinden unabdingbar notwendige, persönliche Kontakt der Gemeindebürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung, dem Bürgermeister geht jedoch mehr und mehr verloren. Im übrigen: Vor wenigen Wochen ist hier in der Gemeinde aufgrund von Reparaturarbeiten an einer Stromleitung der Strom ausgefallen. Die Folge war, dass die in den vergangenen Jahren mit – wie ausgeführt – erheblichem finanziellen Aufwand ausgebaut digitale Infrastruktur schlicht nicht mehr nutzbar war.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet? Herbert Wehner hat einmal gesagt: „Trotz alledem: Weiterarbeiten und nicht verzweifeln.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben? Noch bin ich da und im Amt. □

GZ ZU GAST BEI ...



le, Amn. d. Red.) weiter ausgebaut werden, was ebenso auch gilt, schon aufgrund des immer noch erheblichen Zuzugs auch junger Familien, für die Sicherstellung ausreichender Kindergartenplätze.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Vielleicht den: Es allen recht zu machen, ist eine Kunst, die niemand kann.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Durch wirklich ständige Gespräche sowohl mit den Kolleginnen und Kollegen des Marktgemeinderats wie auch den Bürgerinnen und Bürgern bei allen möglichen Gelegenheiten. Und was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus betrifft, so steht meine Tür für jede und jeden offen. Zudem habe ich im Rathaus eine regelmäßig an jedem Montagmorgen stattfindende sog. „Montagsbesprechung“ mit den leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie auch dem Zweiten Bürgermeister und der Dritten Bürgermeisterin, eingeführt.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Ganz grundsätzlich gilt, dass Digitalisierung ohne personelles Know-how nicht umsetzbar ist, zumal die damit verbundene Anpassung von Verwaltungsprozessen zudem einen ganz erheblichen finanziellen Aufwand bedeutet und insbesondere im Hinblick auf Datenschutz und Datenzugang eine große Herausforderung darstellt. Kommunalpolitisch betrachtet wird die Digitalisierung den Bürgerinnen und Bürgern zwar sicher den Zugang zum Rathaus erheblich erleichtern. Der aus meiner Sicht gerade in kleineren Gemeinden unabdingbar notwendige, persönliche Kontakt der Gemeindebürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung, dem Bürgermeister geht jedoch mehr und mehr verloren. Im übrigen: Vor wenigen Wochen ist hier in der Gemeinde aufgrund von Reparaturarbeiten an einer Stromleitung der Strom ausgefallen. Die Folge war, dass die in den vergangenen Jahren mit – wie ausgeführt – erheblichem finanziellen Aufwand ausgebaut digitale Infrastruktur schlicht nicht mehr nutzbar war.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet? Herbert Wehner hat einmal gesagt: „Trotz alledem: Weiterarbeiten und nicht verzweifeln.“

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben? Noch bin ich da und im Amt. □



V.l.: Wunsiedels Bürgermeister Nicolas Lahovnik, Bezirkstagspräsident Henry Schramm und Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold.

Bild: Florian Bergmann

reichen Erbe schöpfen – sei es aus Kultur, Wirtschaft oder Natur.“

„Die Luisenburg-Festspiele mit ihrer einzigartigen Naturbühne sind die ideale Kulisse für den Tag der Franken. Wir freuen uns in Wunsiedel, dass wir dieses Kultur-Highlight, unsere schöne Stadt und ganz Franken an diesem Tag präsentieren dürfen“, so Erster Bürgermeister Nicolas Lahovnik.

Kultur auf hohem Niveau

Im Vorfeld der Veranstaltung wird eine eigene Homepage über den Tag der Franken 2024, das Programm und die Hintergrün-

de informieren. Das Motto bietet, so betont Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold, eine große Chance: „Wir können herausstellen, dass gerade in Franken Kultur auf hohem Niveau nicht nur in den großen Städten stattfindet. Gerade die vielen Freilichtbühnen Frankens, wie sie in Kleinstädten und sogar in Dörfern bestehen, sind Zeugnis einer quicklebendigen Kulturszene.“

Unterstützt wird die Großveranstaltung des Bezirks Oberfranken und der Stadt Wunsiedel von der Oberfrankenstiftung und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. □

Landkreis Donau-Ries:

Bayerns Geheimtipp zählt zu den vielversprechendsten Landkreisen

Das Forschungsinstitut Prognos hat im Auftrag der Fachzeitschrift „Markt und Mittelstand“ ermittelt, wo in Deutschland Wachstumspotenziale auf größere freie Flächen stoßen. Prognos wollte wissen, wo expandierende Unternehmen vor allem des deutschen Mittelstandes vielversprechende Standorte finden. Zwei Kernfragen standen im Fokus der Untersuchung: „In welchen Kreisen und kreisfreien Städten sind größere, besonders bedeutsame Gewerbeflächen verfügbar?“ und „Wie spielen die Wettbewerbsstärke von Regionen und die Verfügbarkeit von großen Gewerbeflächen zusammen?“ Für die wirtschaftlichen Aussichten wurde der Prognos Zukunftsatlas 2022 herangezogen und zur Ermittlung des Ergebnisses die zukünftigen Wachstumsregionen an den Schnittstellen verortet.

Das Ergebnis ist für den Landkreis Donau-Ries mehr als erfreulich: Die Region floriert und ist beliebt bei der mittelständischen Wirtschaft. Die Fachkräftesituation ist, von einigen Bereichen abgesehen, im Großen und Ganzen noch annähernd im Rahmen und es gibt ein sehr attraktives Industrieumfeld. Der Landkreis zählt damit zu den vielversprechendsten Landkreisen in ganz Deutschland und wird als der Bayerische Geheimtipp gesehen. Dies zeigt sich auch beim Blick auf die Pendlerquote, die seit einigen Jahren sehr hoch ist. Dabei ist die Zahl der Menschen, die täglich für die Arbeit in den Landkreis Donau-Ries pendeln deutlich höher, als die der Auspendler.

Der Landkreis ist, so das Prognos-Ergebnis, sehr ländlich geprägt und so verwundert es nicht, dass hier noch viele Flächen für Neuansiedlungen vor-

handen sind. Trotzdem hat man nicht den Eindruck, wie die Studie berichtet, dass händeringend nach neuen Investoren gesucht wird. Kein Wunder: Die rund 137.000 Bewohner sind prinzipiell bereits gut versorgt. Zuletzt wurde eine Arbeitslosenquote von 2,2 Prozent gemeldet – eine der niedrigsten in Deutschland.

Landkreis mit größter Aufstiegsdynamik

Zu den bekanntesten Arbeitgebern gehört das Hubschrauberwerk von Airbus. Den Kern der lokalen Wirtschaft bilden jedoch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Betriebe mit einem breiten Branchenmix. Sie sorgen dafür, dass Donau-Ries zu den erfolgreichsten Regionen gehört. Bundesweit zählt der Landstrich zu denen mit der größten Aufstiegsdynamik. Zudem befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft die Industriezentren Aalen, Ingolstadt, Augsburg und Ulm. Nürnberg und München sind eine knappe Autostunde entfernt. Gut 15.000 Menschen pendeln täglich in die Nachbarregionen. Dort sind unter anderem Unternehmen wie Zeiss, MAN, Audi und Bosch angesiedelt. Diese Position macht, so das Ergebnis der Untersuchung – aus der außerhalb Bayerns eher unbekanntem Region für Investoren einen Geheimtipp.

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten sind in Maschinen- und Fahrzeugbau, Luftfahrtindustrie, Baugewerbe, Forschung und Entwicklung, Gesundheitswirtschaft sowie IT- und Kom-

munikationsdienstleistungen tätig. Vor allem der Maschinenbau entwickelt sich in der Region gut. Aber auch der Tourismus spielt eine wichtige Rolle. Anziehungspunkte sind schmucke Städte und vor allem das Nördlinger Ries, eine riesige kraterartige Senke, die vor 15 Millionen Jahren durch einen Meteoriteneinschlag entstanden ist.

Harter Kampf um Fachkräfte

Aber auch eine so florierende Region hat ihre Schattenseiten. So müssen sich die Betriebe darauf einstellen, dass sie wegen der demografischen Entwicklung bis 2040 im Schnitt 37 Prozent der Belegschaft ersetzen müssen – ein sehr hoher Wert. Bundesweit werden bis dahin 25 Prozent der Beschäftigten in Rente gehen. Wer sich ansiedeln möchte, muss sich auf einen harten Kampf um Fachkräfte einstellen. „Fachkräftesicherung ist und bleibt ein sehr wichtiges Ziel für unsere Wirtschaftsregion“, betont daher Landrat Stefan Rößle, der sich über das überaus positive Ergebnis des Landkreises natürlich sehr freut. Rößle sieht hierin eine Bestätigung, dass der Landkreis mit seiner Arbeit auf dem richtigen Weg ist. Schon seit geraumer Zeit geht die Region deshalb das Thema Fachkräftesicherung intensiv an, um Menschen für die lokale Wirtschaft zu gewinnen. Der Wirtschaftsförderverband DONAURIEN realisiert dazu im Rahmen der Regionenmarke DONAURIEN zahlreiche Projekte, die genau daran anknüpfen und die regionalen Unternehmen dabei unterstützen, nachhaltig Fachkräfte zu gewinnen und diese zu halten.

„Und wir werden in den kommenden Jahren unsere Aktivitäten noch forcieren“, bestätigt der Geschäftsführer des Wirtschaftsförderverbands Klemens Heininger. Dies ist richtig und wichtig, damit der „Bayerische Geheimtipp“ Donau Ries auch in Zukunft einer der vielversprechendsten Landkreise bleibt. □

Landkreis München:

Aktion Zukunft+ freut sich über neues Mitglied

Landkreis Ebersberg unterzeichnet Kooperationsvertrag

Der Startschuss ist gefallen: Christoph Göbel und Robert Niedergesäß, die Landräte der Landkreise München und Ebersberg, haben einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Damit tritt der Landkreis Ebersberg der Aktion Zukunft+ zum Januar 2024 offiziell bei.

Die Landkreise stehen vor der Frage, was sie aktiv unternehmen können, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Aus diesem Grund hat der Landkreis München die Aktion Zukunft+ im Rahmen der 29++ Klima. Energie. Initiative. In Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH gestartet. Mit dem Beschluss der Kreistage der beiden Landkreise ist die Zusammenarbeit ab Januar 2024 nun offiziell. Projektvorschläge und Anträge können ab sofort eingereicht werden.

Regionale Projekte aus den Landkreisen München und Ebersberg können ab sofort von Kommunen, eingetragenen Vereinen, Genossenschaften, Organisationen, Eigentümergemeinschaften, privaten Initiativen, Unternehmen sowie volljährigen Privatpersonen per E-Mail an projekte@aktion-zukunft-plus.de eingereicht werden. Die aufgenommenen Projekte werden anschließend über einen Spenden-Crowdfunding-Mechanismus gefördert. Alle aktuellen Projekte sind online einsehbar

unter www.aktion-zukunft-plus.de.

„Die Aktion Zukunft+ ist ein Gemeinschaftsprojekt: Während der Landkreis München die Werkzeuge zur Verfügung stellt, bringen sich sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Organisationen, Unternehmen und Kommunen aktiv für den Klimaschutz ein. Gemeinsam sind wir stärker! Daher sind wir stolz darauf, den Landkreis Ebersberg als starken Partner an unserer Seite zu haben“, so Landrat Christoph Göbel. □



Christoph Göbel, Landrat Landkreis München, und Robert Niedergesäß, Landrat Landkreis Ebersberg, sind künftig Partner bei der Aktion Zukunft+.

GZ PINOS WELT

Herzlichen Glückwunsch! Die Deutschen haben es wieder einmal geschafft, ihren Nationalfeiertag zum Tag-des-sich-Asche-aufs-Haupt-streuen zu machen. Dabei wären alle Zutaten zu einem entspannten Feiertag gegeben gewesen: Kaiserwetter, ein vorgeschalteter Brückentag, keine akuten Krisen im Land wie Pandemie oder Terror, und das Oktoberfest wurde um zwei Tage verlängert. Was will man mehr?

Gut, vielleicht sind die Deutschen vom Typ her nicht dazu gemacht, wie die Franzosen am 14. Juli wild mit Freunden, Nachbarn und Fremden auf den Straßen zu tanzen und ausgelassen zu feiern. Vielleicht ist es im Frühherbst auch etwas zu unbeständig, als dass sich Traditionen wie ein Riesen-Picknick oder ein grandioses Feuerwerk einnisten könnten, wie sie den 4. Juli in den



damaligen Beitrittsgebiet den Begriff „junge Länder“ zu etablieren. Das klang nach Aufbruch, Chance, Dynamik – nach 33 Jahren kennt diesen Begriff praktisch niemand mehr und wir fabulieren noch immer von Ossis und Wessis.

Überhaupt, was ist nach über drei Jahrzehnten gemeinsamer Staatlichkeit noch ein Ostdeutscher? Ist das der im

Gebiet östlich der ehemaligen Zonengrenze geborene Mann, der im Alter von sieben Jahren mit seinen Eltern nach Nürnberg zog und heute dort einen Handwerksbetrieb leitet? Ist es die westlich der Zonengrenze geborene Frau, die sich nach ihrem Jurastudium Anfang der 90er Jahre eine Anwaltskanzlei in Radebeul aufgebaut hat und dort engagiert Kommunalpolitik macht? Ist der wohlstandsverwahrloste Radikalinski aus bester Stuttgarter Familie, der nach Leipzig-Connewitz ins linksradikale Antifa-Milieu gezogen ist, Ostdeutscher? Ist der Mathecrack aus Halle an der Saale ein Westdeutscher, der bei Google in München arbeitet? Ich denke, Deutschland ist mittlerweile zu verwoben und die Nachwendekinder mit ihren 33, 34 Jahren zu alt, um Gegensätze konstruieren zu können.

Aber die Stereotypen halten sich, etwa das Märchen von der Benachteiligung des Ostens in der Rente. Dabei gibt sogar die Bundesregierung, die sich einen moralinsauren Westankläger genannt Ostbeauftragter hält, an, dass die Rentenangleichung im Juli 2023 abgeschlossen war. Oder die Klage von den angeblich nicht gewürdigten Ostbiografen. Ich persönlich bewundere jeden, der wie der Staat, in dem er lebte, beim Aufbau des Sozialismus versagt hat. Es war nicht seine Schuld, sondern es konnte halt nicht klappen, trotz mieser Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung apokalyptischen Ausmaßes. Nicht aber achte ich die Spitzel und Regimeprofiteure, die den Unterdrückungsapparat der SED ge- und unterstützt haben und jetzt auf Seniorennachmittagen der Partei Die Linke (= SED/PDS) gegen den Kapitalismus wettern.

Statt dem Steinmeier-Interview hätte man im Fernsehen besser Bilder von den Braunkohlewäldern über Bitterfeld vor 1990 zeigen sollen. Dann wäre auch klar, wie Recht Helmut Kohl mit seinem Satz hatte: „Die Deutschen sind auf sehr unsympathische Weise Weltmeister im Jammern.“

Nationalfeier- oder Nationaljammertag

USA kennzeichnen. Aber Leute, muss es wirklich sein, dass der 3. Oktober zum Nationaljammertag verkommt? Kein Geringerer als die oberste Bundespaßbremse, der durch und durch westdeutsch sozialisierte Bundespräsident, hat in einem sauertröpfischen Interview den Ton vorgegeben: Alles ist Mist. Zu wenige Ostdeutsche in den Unternehmen, zu wenige Ostdeutsche in den Medien. Weitere beliebte Jammerepunkte: Die Ost-Biografen werden nicht anerkannt. Immer noch gibt es geringere Renten im Osten.

Für mich beginnt das Elend schon in den Begrifflichkeiten. Was soll „Ostdeutschland“ denn heißen? Die prosperierende Clusterregion Silicon Saxony oder die pulsierende Universitäts- und Kulturstadt Leipzig? Das entvölkerte Vorpommern oder die maroden Plattenbauten in der brandenburgischen Provinz? Bei Lichte besehen gibt es wenig Unterschiede zum alten Westen, der Boomregionen wie München und Umland ebenso kennt, wie soziale Brennpunkte in Ludwigshafen, Duisburg oder Essen. Hellsichtige und engagiert patriotische Persönlichkeiten wie Theo Waigel oder Lothar Späth haben in den 90er Jahren versucht, für die Länder im

Ihr Pino

Organisatorische Neuigkeiten

Im Rahmen der Projektoperation wird der Lenkungsbeirat der Aktion Zukunft+ um drei Vertreterinnen und Vertreter des Ebersberger Kreistags sowie einer überregionalen Institution erweitert. Der Lenkungsbeirat setzt sich aus einem Gremium von legitimierten Experten zusammen, das sowohl eine beratende Funktion in Bezug auf die strategische Projektentwicklung hat als auch für die endgültige Freigabe der lokalen und globalen Projekte verantwortlich ist.

Landrat Robert Niedergesäß sieht in der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags ein klares Bekenntnis zu aktivem Klimaschutz und einer nachhaltigen Gestaltung der Zukunft: „Wir sind überzeugt davon, dass wir durch die Bündelung unserer Ressourcen und Kompetenzen erheblich mehr bewirken können als im Alleingang. In der Aktion Zukunft+ sehen wir eine exzellente Möglichkeit, konkrete und wirksame Projekte für mehr Umwelt- und Klimaschutz auf den Weg zu bringen.“ □



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Elisabeth Makepeace-Vondrak, Erste Vorsitzende der KlinikClowns, Clownin „Rosa Socke“ und Kulturreferentin Dr. Cindy Drexel.

Lachen ist die beste Medizin

KlinikClowns zu Besuch bei Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich Landshut. Ihre Mission ist es, Menschen, denen es nicht gut geht, ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern – die KlinikClowns. Der gemeinnützige Verein mit Sitz in Freising wird seit 2016 vom Bezirk Niederbayern unterstützt. Für 2023 hatte der Kultur-, Jugend- und Sportausschuss Fördermittel in Höhe von 10.000 Euro für die Clowns-Visiten genehmigt. Elisabeth Makepeace-Vondrak, erste Vorsitzende und Gründerin der KlinikClowns, und Clownin „Rosa Socke“ besuchten Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich nun in Landshut.

Im Oktober feiern die KlinikClowns 25-jähriges Jubiläum. Seit Gründung absolvierten sie über 40.000 Visiten in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Behinderteneinrichtungen und Hospizen und bringen damit Lachen und Leichtigkeit in den oftmals sehr ernstesten Alltag der Einrichtungsbewohner bzw. Patienten. Mittlerweile arbeiten 70 professionelle Clowns für den Verein.

Die Corona-Jahre seien eine schwierige Zeit gewesen, erzählt Elisabeth Makepeace-Vondrak. „Wir haben improvisiert und sogar Online-Visiten gemacht. Jetzt aber ist die Nachfrage nach den Clownsvisiten größer denn je.“ Aktuell besuchen sie Menschen in 115 Einrichtungen in ganz Bayern – vom Kleinkind bis zu den betagten Senioren. „Damit wir möglichst vielen Anfragen nachkommen können, sind wir auf Spenden ange-

wiesen – und auf Unterstützer wie den Bezirk Niederbayern“, so Makepeace-Vondrak. „Diese Hilfe ist eine tolle Anerkennung für unsere Arbeit und wir hoffen auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.“

„Fast 90 Prozent der Ausgaben des Bezirks Niederbayern entfallen auf Hilfen für behinderte, pflegebedürftige und kranke Menschen“, so Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich. „Ich bin davon überzeugt, dass in dem Sprichwort ‚Lachen ist die beste Medizin‘ viel Wahres steckt. Selbst, wenn Humor alleine keine Krankheit heilen kann, so hilft er doch bei der Genesung oder zumindest, um einige Minuten seine Sorgen zu vergessen. Daher ist es den Mitgliedern des niederbayerischen Bezirkstags und auch mir persönlich sehr wichtig, die Arbeit der KlinikClowns zu unterstützen.“

– sb –

Das EZD in Selb wächst:

Das neue Gebäude wird feierlich in Betrieb genommen

Nach knapp 15 Monaten Bauzeit konnte die Erweiterung des Europäischen Zentrums für Dispersionstechnologien (EZD) in Selb Ende Juli feierlich in Betrieb genommen werden. In dem Neubau stehen nun zusätzliche 700 m² für Forschung und Entwicklung zur Verfügung.

Das EZD hat sich seit der Gründung im Jahr 2014 als wichtiger Entwicklungspartner für die Industrie etabliert, an den sich Unternehmen wenden können, in dem neue Ideen getestet werden können, Mitarbeiter geschult und auch firmeninterne Abläufe optimiert werden. Seit der Inbetriebnahme wurden am EZD

mehr als 1.100 Projekte im Bereich der Formulierung, Herstellung, Charakterisierung sowie Schulung für Dispersionen, mit insgesamt mehr als 500 unterschiedlichen Unternehmen, bearbeitet.

Fläche verdoppelt

Bereits wenige Jahre nach der Gründung folgt jetzt schon der nächste Meilenstein in der noch jungen, aber erfolgreichen Entwicklung des EZD: Die vorhandene Fläche wird verdoppelt. „Wir sind ein anerkannter Entwicklungspartner der Farb-, Lack- und Kunststoffindustrie. Das EZD-Team leistet hervorragende Arbeit, sodass wir unseren Standort personell und thematisch erwei-

tern. Im neuen Gebäude bauen wir u. a. ein Beschichtungslabor und ein Dispergier-Technikum auf. Somit können wir unsere Aufgabe, nämlich Unternehmen bei der Entwicklung und Herstellung innovativer Produkte zu unterstützen, noch besser erfüllen“, so Standortleiter Dr.-Ing. Felipe Wolff-Fabris.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert die Erweiterung des EZD in Selb mit ca. 4,1 Mio. Euro. Die Investitionssumme für den Bau und die Ausstattung der Labore beläuft sich auf ca. 5,2 Mio. Euro. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert: „Das Europäische Zentrum für Dispersionstechnologien gewinnt durch die Erweiterung national und international noch mehr Strahlkraft. Als hochinnovative und leistungsstarke Einrichtung treibt das EZD gemeinsam mit dem Kunststoff-Zentrum SKZ den Technologietransfer von der Forschung in die industrielle Anwendung und in die Märkte voran.“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eingenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Thema Straßensanierung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



Feierliche Einweihung in Selb, v.l.: Tobias Hoffmann, stellv. Hauptgeschäftsführer IHK für Oberfranken Bayreuth, MdL Ursula Sowa, MdL, Peter Berek, Landrat Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge, Prof. Martin Bastian, Vorstandsvorsitzender SKZ, Dr.-Ing. Felipe Wolff-Fabris, Standortleiter EZD, Dipl.-Ing. Ingo Rädisch (MBA), CEO, NETZSCH Geschäftsbereich Mahlen & Dispergieren, Regierungsvizepräsident Thomas Engel, Martin Schöffel, MdL, Rainer Ludwig, MdL und Oberbürgermeister Ulrich Pötzsch, Stadt Selb. Bild: EZD

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20/2023, die am 26. Oktober 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser – Abwasser
- Kommunales Verkehrswesen – ÖPNV
- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Öffentliche Beleuchtung, Straßenbeleuchtung
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen, Kommunale Rechtsfragen

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Energiedienstleistung



Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Fahnen Masten Roll-Ups Bekleidung uvm.

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.
Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

HIGHSPEED-INTERNET

www.netcom-bw.de

Ein Unternehmen der EnBW

UG Unsere Grüne Glasfaser

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten sichern unter: **0800 410 1410 111**

powered by Allianz

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB ext. ISB
BSI-Kommunal CISIS12
Schulungen eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
- Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
- Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
- KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Softwarelösungen

KOMMUNE-AKTIV.de
Sitzungsmanagement / Kollaborationssystem

Der leichte Weg hin zu mehr Digitalisierung. kommune-aktiv.de

M71 SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m71-service.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Klimaanlage

LRS
Lüftungsservice

„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Lüftungs-Reinigungs-Service
Franz Sedlmeier GmbH
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
eMail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Wartung und Reinigung von:
• Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
• Prozesslufttechnische Anlagen
• Kontrollierte Wohnraumlüftung

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@f-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



Vorher



Nachher

PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

KOMMUNALE NÜRNBERG

18. – 19. Oktober 2023
Halle 8, Stand 624

Straßensanierungen trotz Budgetknappheit

Bei Haushaltsverhandlungen in Kommunen ein großes Thema

Gerne werden Projekte nach dem Motto zurückgestellt „die Straße geht schon noch“, denn die Gelder werden an anderer Stelle dringender gebraucht. Bei den Bürgern wächst derweil der Unmut über die oft desolaten Straßen.

Das Panmax-Verfahren ist eine interessante, kostengünstige und hochwertige Alternative zum Bodenaustauschverfahren. Die Bayerische GemeindeZeitung hat sich über die Methode informiert und dabei die gängigen Fragen angesprochen.

Warum das Panmax-Verfahren?

Eine kaputte Straße hat immer auch eine Ursache. Meist ist es die schlechte Entwässerung oder der qualitativ minderwertige Unterbau, der den modernen Traglastanforderungen nicht mehr gerecht wird. Beides kann mit dem Panmax-Verfahren behoben werden.

Da die gesamte Fläche gefräst wird, besteht die Möglichkeit, den Straßenkörper zu modellieren. Sollte das vorhandene Material nicht ausreichen, wird Kies oder aber auch geprüftes Fräsgut aus anderen Projekten der Gemeinde verwendet. So wird die Straße optimal entwässert. Die Haltbarkeit

verlängert sich dadurch um Jahre. Aufgrund der Stabilisierung durch Beimischung von Zement werden auch die Traglasten deutlich erhöht.

Generell ist das Panmax-Verfahren eine Alternative zum Bodenaustauschverfahren. Die erzielten Traglastwerte liegen meist zwischen 120 und 200 MN/qm². Der große Vorteil im Vergleich dazu ist der geringe Zeitbedarf. Bei einer Tagesleistung von 3.000 bis 4.000 qm sind viele Projekte schon nach einem Tag fertig. Nach weiteren 24 Stunden Aushärtungszeit ist die Fläche wieder befahrbar. Die Kostenreduktion beträgt dabei bis zu 50 %.

Bis zu 50 % günstiger
www.panmax.de





Das Panmax-Profiteam führt mit viel Erfahrung und Können den Straßenbau der Zukunft aus. Foto: edinger communication

Wie ist der zeitliche Ablauf eines Projekts?

- | **Schürfung**
mit Entnahme einer Bodenprobe
- | **Vorarbeiten**
z.B. Bankette abziehen, Kies vorlegen
- | **Stabilisierungsarbeiten**
Zement vorlegen, fräsen mit Boden-Stabilisierer unter Einleitung des Wasser-Nanopolymergemisches, grädern, verdichten
- | **Asphaltarbeiten**
Einbau einer mind. 6 cm dicken Asphaltsschicht oder einer doppelten Oberflächenbehandlung

Kann das Panmax-Verfahren auch innerorts eingesetzt werden?

Das ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Schieber und Schächte behindern das Vorhaben keineswegs. Wenn sie vor Baubeginn abgesenkt und gemeinsam mit den Verantwortlichen der Auftraggeber genau angezeichnet werden, stellt dies kein Problem dar.

Großes Thema sind meist die Höhen der Hauszufahrten. Durch das Volumen des aufgetragenen Zements und zusätzlich ca. 6 cm Asphalt wird die Höhe des vorherigen Bestands schon mal 8 cm übertroffen. Wenn dann keine Ausgleichsflächen vorhanden sind, in die vorhandenes Material verschoben werden kann, bleibt nur den bestehenden Asphalt vorher abzufräsen und somit die Höhe zu reduzieren. Hier

gilt es, jedes Projekt gesondert zu betrachten und zu beurteilen.

Warum ist das Panmax-Verfahren auch in moorigen Bereichen geeignet?

Gerade hier ist ein Bodenaustausch aufwändig; wo fängt man an und wo hört man auf? Reichen 50 cm oder doch lieber 1,20 m? Evtl. kommt auch nach 3 m immer noch keine tragfähige Schicht. Ob ein Vlies den Kieskoffer vor dem Abwandern des Materials ausreichend schützt, muss gemeinsam mit dem Auftraggeber abgewogen werden.

Das Panmax-Verfahren setzt hier ganz anders an. Natürlich kann auch hier nicht gezaubert werden. Grundsätzlich werden mindestens 30 – 40 cm Kiesaufbau inkl. Asphaltdecke benötigt. Dieses Material wird recycelt und es wird eine Platte auf den schwammigen Untergrund gelegt. Rissbildungen können vorkommen. Ein Projekt in einer Moorgegend bei Bad Aibling hatte nach Unternehmensangaben auf einer Länge von ca. 400 m einen Querriss. Dieser wurde bei regelmäßigen Kontrollfahrten von der Firma selbst festgestellt und daraufhin mit Bitumen vergossen. Seither sind keine weiteren Beanstandungen aufgetreten.

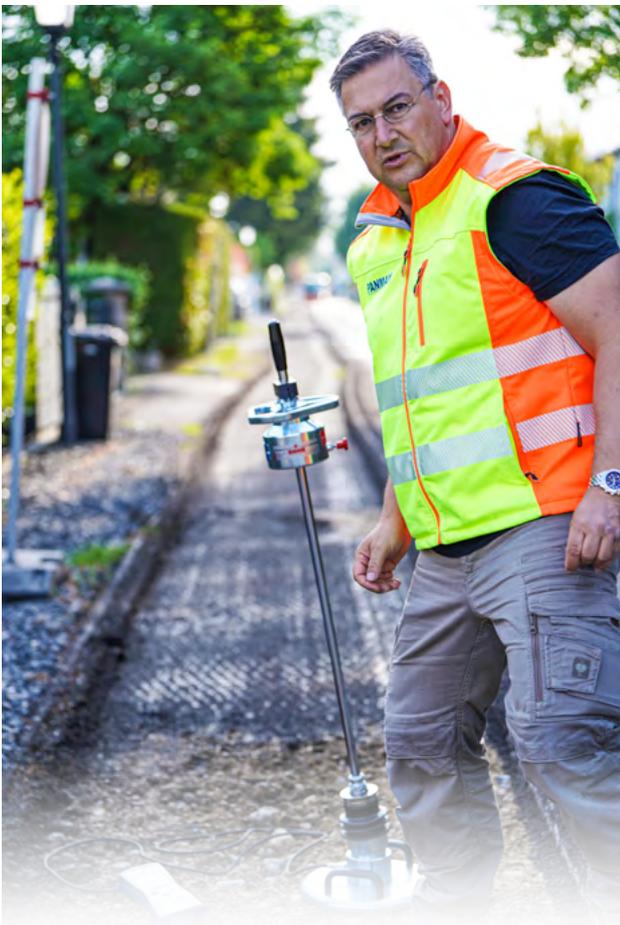
Wie hoch sind die Kosten des Panmax-Verfahrens?

Das ist abhängig von verschiedenen Faktoren wie beispielsweise Traglastanforderungen, Oberflächenbelag, Größe der Baustelle. Aufgrund des hohen Maschineneinsatzes sind die Kosten für die Baustelleneinrichtung entsprechend hoch. Bei kleineren Flächen verteilen sie sich deutlich ungünstiger als bei großen. Bei einem Fahrradweg reichen 20 cm Frästiefe aus, wobei bei intensiver landwirtschaft-

licher Nutzung 30 cm gefordert sind. Für den einen Weg reicht eine doppelte Oberflächenbehandlung, beim anderen ist eine Asphaltierung gewünscht. Generell müssen 45 bis 60 Euro brutto pro Quadratmeter gerechnet werden. Wenn Länge und Breite sowie die Anforderungen bekannt sind, ist eine erste Kostenaufstellung schnell erstellt und macht den Aufwand für den Auftraggeber transparent und nachvollziehbar.

Ausschreibung und Vergabe

Bei Interesse am Panmax-Verfahren können Kommunen sich an einem Gutachten orientieren, das von Prof. Dr. Klaus Englert, Honorarprofessor für Baurecht an der HDU Hochschule Deggendorf, erstellt wurde und das Kriterien berücksichtigt, auf die in einer Ausschreibung Wert gelegt werden sollte.



Andreas Paulus, Geschäftsführer Panmax, beim Belastungsdrucktest.

Foto: Panmax

Wie lange ist die Gewährleistung?

„Wir geben fünf Jahre Gewährleistung. Wo gehobelt wird, fallen Späne und trotz gewissenhaftester Vorbereitung und Ausführung können auch wir keine Probleme ausschließen. Wichtig ist dann, dass man zusammen eine Lösung findet und immer offen für das Gespräch bleibt. Die Panmax GmbH existiert seit über 20 Jahren und will auch in 20 Jahren ihr zuverlässiger Partner sein. Daher liegt uns die Zufriedenheit unserer Kunden sehr am Herzen“, so Andreas Paulus von der Panmax GmbH aus Bayern.

Referenzen:

Gemeinde Buxheim - Oberer Scheideweg
 Gemeine Rohrdorf - Franzosenweg
 Markt Ergolding - Brenneisen
 Gemeinde Roßbach - Oberglaim 10
 Gemeinde Roßbach - Dambach 2
 Gemeinde Roßbach - Moserholz 1
 Gemeinde Roßbach - Moserholz Teilstück
 Gemeinde Roßbach - Kennersberg
 Gemeinde Neubiberg - Zwergerweg
 Stadt Grafing - Moosstraße
 Markt Nandlstadt - Kleinwolferdsdorf
 Saal an der Donau - Wirtschaftsweg
 Gemeinde Aham - GVS Oberwinden
 Gemeinde Feldkirchen - Sanierung Siedlungsstraßen
 Gemeinde Rudelzhausen - Sanierung Zufahrt Kreuth 1
 Markt Buchbach Sanierung Engolding
 Gemeinde Hörgertshausen - Sanierung Am Anger
 Gemeinde Oberaudorf - Sanierung Florianistraße
 Gemeinde Kiefersfelden - Sanierung Laiminger Weg
 Gemeinde Neubiberg - Sanierung Radweg an der Bahnhofstraße
 Gemeinde Ried - Sanierung Högelweg und Holzburg
 Gemeinde Niederbergkirchen - Sanierung Franzenseck
 Stadt Vilsbiburg - Sanierung Lichtenhaager Straße
 Gemeinde Gerzen - Sanierung Lichtenhaager Straße
 Gemeinde Allershausen - Sanierung GVS Unterkienberg - Aiterbach
 Innwerksiedlung - Sanierung Siedlungsstraße
 Gemeinde Angerberg - Sanierung Badl
 Gemeinde Anberberg - Sanierung Edwald
 Markt Bad Endorf - Sanierung Chiemseeweg
 Gemeinde Mengkofen - Sanierung GVS Gern-Weitenhülln
 Gemeinde Münsing - Sanierung GVS Schechen-Seeshaupt

Informieren Sie sich auch
auf YouTube 

[https://www.youtube.com/results?
search_query=panmax+gmbh](https://www.youtube.com/results?search_query=panmax+gmbh)

www.panmax.de



Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Bilder: wie angegeben
 Gestaltung: Britta Eriskat
 Redaktion: Constanze von Hassel (verantwortlich), Walter Edinger
 Druck: Creo-Druck, Bamberg
 Verlag: Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
 info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de
 Inhaber und Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Geschäftsführerinnen: Annemarie-von Hassel,
 Constanze von Hassel, Theresa von Hassel

STRASSEN-SANIERUNG BIS ZU 50 % GÜNSTIGER



Folgen Sie uns auf Youtube!

- LANGLEBIGER
- SCHNELLER
- TRAGFÄHIGER
- GÜNSTIGER
- ÖKOLOGISCHER

DIE LÖSUNG: DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)



PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

Tel. 08083 908 00 33 | office@panmax.de | www.panmax.de